

D Allgemein bildende Schulen

D 1 Grundschule

D 1.1 Einschulung

Im September des Schuljahres 2006/07 wurden in Baden-Württemberg 113 997 Kinder eingeschult, davon mit knapp 95 % die allermeisten an einer Grundschule, 1,6 % an einer Freien Waldorfschule und 3,8 % an einer Sonderschule. Vor zehn Jahren verteilten sich die Schulanfänger noch zu 96 % auf die Grundschulen, nur zu 1,3 % auf die Freien Waldorfschulen und zu 2,8 % auf die Sonderschulen. Da die meisten Kinder ihren ersten Schultag an einer Grundschule feiern, wird sich das Kapitel im Folgenden auf diese Schulart konzentrieren.

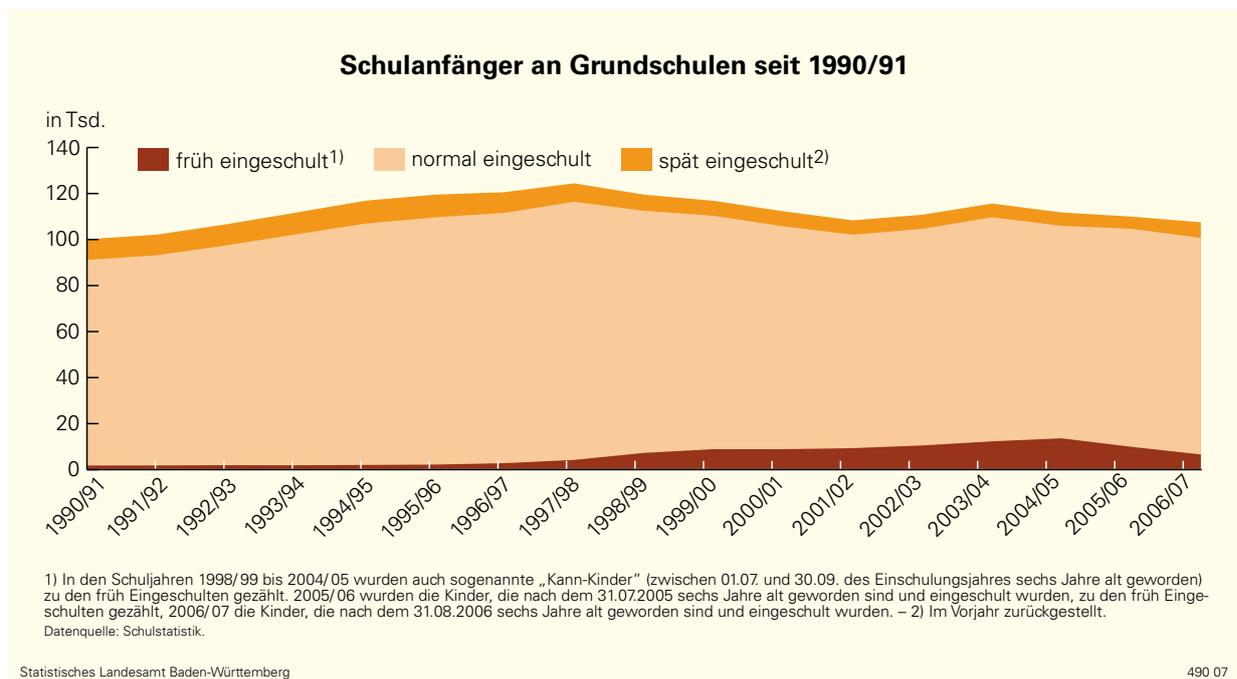
Mehr Rückstellungen seit der Erweiterung der Schulpflicht

Erstmals schulpflichtig waren insgesamt 103 800 Kinder. So viele waren zwischen dem 1. August 2005 und dem 31. August 2006 sechs Jahre alt geworden und nicht im Vorjahr schon freiwillig

früher eingeschult worden. Allerdings wurden 9 106 Kinder vom Schulbesuch zurückgestellt. Dies waren fast 9 % der erstmals Schulpflichtigen und somit die höchste Rückstellungsquote seit 1994. Schon im Vorjahr, als der Einschulungstichtag um einen Monat erweitert und auf den 31. Juli gelegt worden war, war der Anteil der Zurückgestellten auf gut 7 % angestiegen. Hier war wohl bei den Eltern, deren Kinder im Juli oder August sechs Jahre alt geworden sind, noch eine gewisse Verunsicherung vorhanden, ob die Kinder auch wirklich schon schulreif sind. Offenbar haben daher einige von ihnen ihr Kind lieber zurückstellen und erst ein Jahr später einschulen lassen.

Wie in den Vorjahren auch, wurden Jungen deutlich häufiger als nicht schulreif eingestuft und vom Schulbesuch zurückgestellt als Mädchen: elf von 100 Jungen wurden zurückgestellt, obwohl sie dem Alter nach schulpflichtig gewesen wären, aber nicht einmal sieben von 100 Mädchen ([Tabelle D 1.1 \(T1\) im Anhang](#)).

Grafik D1.1 (G1)



Trend zur Früheinschulung seit der Erweiterung der Schulpflicht gebrochen

An den öffentlichen und privaten Grundschulen des Landes wurden im Herbst 2006 insgesamt 107 842 Schulanfänger eingeschult. Das waren gut 2 % weniger als im Vorjahr. Damit hat sich der seit 2003 neuerlich einsetzende Abwärtstrend bei der Zahl der Schulanfänger weiter fortgesetzt. Anfang der 90er-Jahre war die Zahl der ABC-Schützen noch von Jahr zu Jahr gestiegen, bis auf fast 125 000 im Jahr 1997. Seit 1997 gingen die Einschulungen dann zurück, mit zwei Unterbrechungen in den Schuljahren 2002/03 und 2003/04 (Grafik D 1.1 (G1)).

Die Einschulungen setzten sich zusammen aus

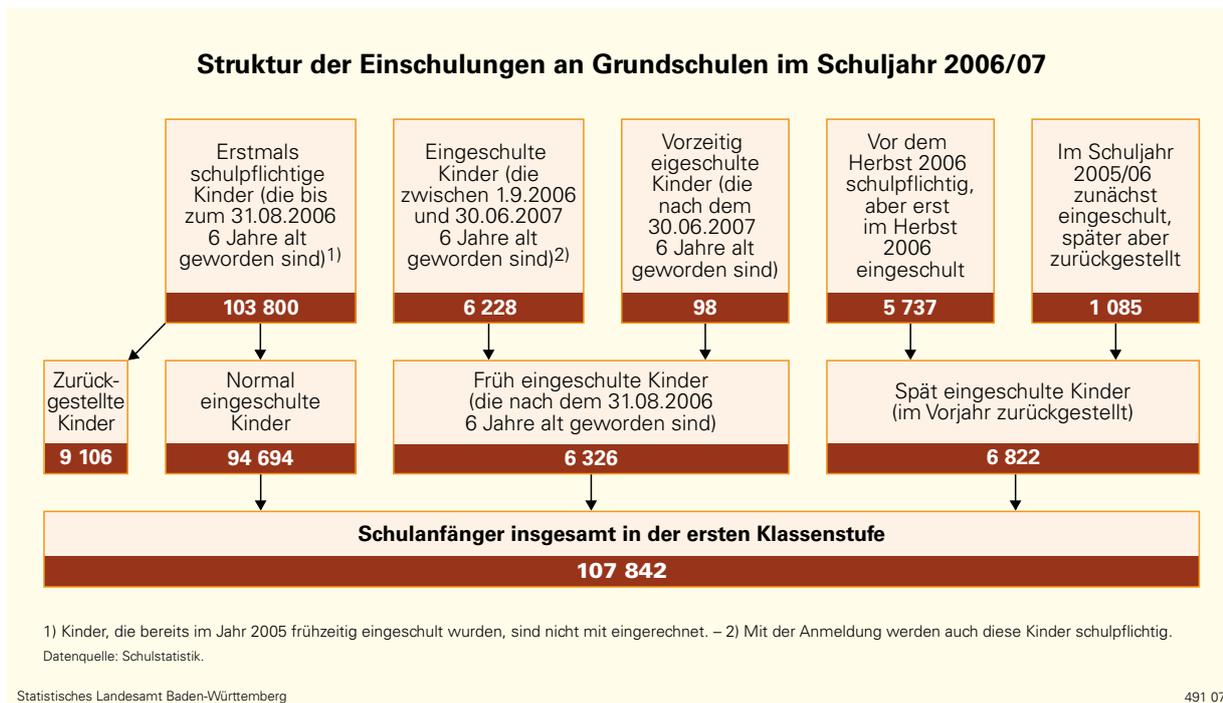
- 94 694 bzw. 88 % „normal“ Eingeschulten (erstmalig schulpflichtig und bis 31. August 2006 sechs Jahre alt geworden),
- 6 326 bzw. 6 % „früh“ Eingeschulten (nach dem 31. August 2006 sechs Jahre alt geworden) und

- 6 822 bzw. gut 6 % „spät“ eingeschulten (im Vorjahr zurückgestellten) Kindern (Grafik D 1.1 (G2)).

Während der Anteil der früh eingeschulten Kinder von 1,5 % im Jahr 1994 auf rund 12 % im Jahr 2004 kontinuierlich zugenommen hatte, sank er 2005 auf knapp 9 % und 2006 sogar auf etwa 6 %. Damit ist der langjährige Trend zur Früheinschulung gebrochen. Dies dürfte – ähnlich wie bei den Rückstellungen der erstmals Schulpflichtigen – eine Folge der Verlegung der Stichtage um jeweils einen Monat auf den 31. Juli 2005 bzw. 31. August 2006 sein. Die absoluten Rückgänge entsprechen in etwa dem Monatsdurchschnitt der „Kann-Kinder“ im Jahr 2004. Unter den früh Eingeschulten waren 98 Kinder, die erst nach dem 30. Juni 2007, also erst zum Ende ihres ersten Schuljahres oder später, sechs Jahre alt geworden waren.

Andererseits war seit Beginn der 90er-Jahre der Anteil der spät eingeschulten Kinder, die im Vorjahr vom Schulbesuch zurückgestellt wurden,

Grafik D1.1 (G2)



tendenziell rückläufig, von 9 % im Jahr 1990 auf knapp 5 % im Jahr 2005. Dieser Trend wurde im Jahr 2006 deutlich unterbrochen, der Anteil der spät Eingeschulten stieg auf über 6 %.

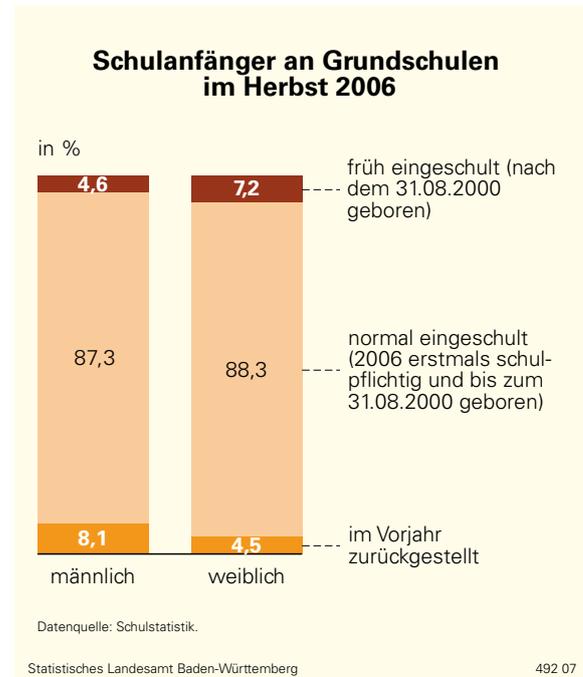
Mädchen werden häufiger früh und seltener spät eingeschult als Jungen

Bei den Einschulungen gab es deutliche Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen. Die Anteile der normalen Einschulungen lagen bei Jungen und Mädchen noch auf recht ähnlichem Niveau (87 % bei den Jungen, 88 % bei den Mädchen). Aber nur knapp 5 % der Jungen waren früh eingeschult worden, im Gegensatz zu gut 7 % der Mädchen. Entsprechend war der Anteil der im Vorjahr Zurückgestellten bei den männlichen Schulanfängern mit gut 8 % merklich höher als bei den weiblichen mit knapp 5 %. Diese Struktur wird auch durch die Ergebnisse früherer Jahre bestätigt (Grafik D 1.1 (G3)).

Regional große Unterschiede bei der Struktur der Einschulungen

Die anteilmäßig meisten früh Eingeschulten unter den Stadt- und Landkreisen wiesen die akademisch geprägten Stadtkreise Heidelberg und Freiburg im Breisgau auf (gut 12 % und fast 11 %). Die geringsten Anteile sind dagegen mit

Grafik D1.1 (G3)



gut 3 % im Landkreis Freudenstadt, im Schwarzwald-Baar-Kreis, im Neckar-Odenwald-Kreis und im Landkreis Waldshut zu beobachten. Den höchsten Anteil an spät eingeschulten Kindern verzeichnete der Landkreis Lörrach mit gut 9 %, den niedrigsten der Landkreis Schwäbisch Hall mit rund 4 % (Tabelle D 1.1 (T2) im Anhang).

Stichtagsflexibilisierung und andere Wege zu einer früheren Einschulung

Die Diskussion um das relativ hohe Einschulungsalter sowie die langen Schul- und Ausbildungszeiten, die Deutschland im Vergleich zu den europäischen Nachbarstaaten hat, veranlasste die Kultusministerkonferenz im Oktober 1997, eine Lockerung der Stichtagsregelung bei der Einschulung zu empfehlen. Die Länder können seitdem eine Stichtagsverlegung vornehmen oder einen zweiten Stichtag einführen.

Bereits seit dem Schuljahr 1997/98 erproben ausgewählte Grundschulen in Baden-Württemberg im „Schulanfang auf neuen Wegen“ neue Formen der Einschulung. Im „Modell A1“ werden die Klassenstufen 1 und 2 zu einer jahrgangsgemischten „Eingangsstufe“ zusammengefasst, ohne vorher die Schulfähigkeit der Kinder zu überprüfen. Diese Eingangsstufe kann ein bis drei Jahre dauern und hat insbesondere das Ziel, die verschiedenen Lernvoraussetzungen der Kinder zu berücksichtigen. An einigen Grundschulen gibt es im „Modell A2“ zusätzlich einen zweiten Einschulungstermin zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres. Dadurch soll der Einschulungszeitpunkt besser an die Entwicklungsvoraussetzungen des Kindes angepasst werden. Im „Modell B“ erfolgt eine enge Verzahnung zwischen einer Grundschulförderklasse und der Grundschule. Darüber hinaus können Grundschulen weitere Einzelmaßnahmen, wie zum Beispiel vorzeitige Einschulung, erweiterte Kooperationen mit Kindergärten oder flexible Einschulung erproben („Modell C“).

Im Projekt „Schulreifes Kind“ werden Kindergartenkinder im Jahr vor der Einschulung in verschiedenen Modellen auf den Schuleinstieg vorbereitet. Diese Kinder zählen in der amtlichen Schulstatistik nicht als Schüler. Im Herbst 2006 startete dieses Modellprojekt an 50 Standorten mit 61 Grundschulen und 158 Kindergärten. Im Schuljahr 2007/08 nehmen 265 Grundschulen und 592 Kindergärten an 245 Standorten teil.

Ab Herbst 2007 beteiligen sich an insgesamt 23 Standorten 34 Kindertageseinrichtungen und 23 Grundschulen am Modellprojekt „Bildungshaus für Drei- bis Zehnjährige“. Hier lernen und spielen Kinder der beteiligten Einrichtungen in jahrgangsgemischten Gruppen miteinander. Die individuellen Entwicklungsverläufe der Kinder werden in strukturierter Form dokumentiert, um die optimale Entwicklung der Kinder zu fördern.

Die Stichtagsregelung wurde seit 1998 zunehmend flexibilisiert. Vor 1998 war schulpflichtig, wer bis zum 30.06. des Einschulungsjahres sechs Jahre alt geworden war. Wer später geboren wurde und eingeschult werden wollte, musste sich erst testen lassen. Von 1998 bis einschließlich 2004 galt die sogenannte „Kann-Kinder-Regelung“. Danach konnten die Eltern frei und ohne weitere behördliche Prüfung entscheiden, ob sie ihre Kinder, die in den Monaten Juli, August oder September des Einschulungsjahres sechs Jahre alt wurden, zum Schulbesuch anmelden oder nicht. Mit der Anmeldung wurden diese Kinder dann schulpflichtig. Grundsätzlich schulpflichtig waren alle Kinder, die bis zum 30.06. des Einschulungsjahres das sechste Lebensjahr vollendet hatten. Zum Schuljahr 2005/06 ist dann eine umfangreiche Stichtagsflexibilisierung in Kraft getreten: Der Stichtag wurde stufenweise verlegt auf den

31.07.2005 im Schuljahr 2005/06,

31.08.2006 im Schuljahr 2006/07 und

30.09.2007 im Schuljahr 2007/08.

Schulpflichtig wird auch, wer bis zum 30. Juni des folgenden Kalenderjahres das sechste Lebensjahr vollendet hat und von den Erziehungsberechtigten in der Grundschule angemeldet wird.

D 1.2 Strukturen und Entwicklung der Grundschulen

Im Schuljahr 2006/07 verfügte Baden-Württemberg über 2 552 Grundschulen mit 447 796 Schülern. Seit dem Schuljahr 1998/99, in dem 486 737 Grundschüler unterrichtet wurden, schlagen sich die rückläufigen Geburtenzahlen in entsprechend sinkenden Schülerzahlen nieder. Lediglich im Schuljahr 2005/06 war im Vergleich zum Vorjahr ein minimaler Anstieg zu verzeichnen. Der Grund hierfür war allerdings hauptsächlich die Verlegung des Einschulungstichtags (siehe Kapitel D1.1).

Schülerzahlen von Geburtenentwicklung geprägt

Die Entwicklung der Schülerzahl an den Grundschulen wird fast ausschließlich von der Geburtenentwicklung bestimmt. Die geburten schwachen Jahrgänge in der zweiten Hälfte der 70er-Jahre und zu Beginn der 80er-Jahre führten hier im Schuljahr 1985/86 zur bisher niedrigsten in Baden-Württemberg zu beobachtenden Schülerzahl von nur 347 504 (Tabelle D 1.2 (T1) im Anhang). Zu Beginn der 70er-Jahre lag die Schülerzahl dagegen noch weit über 600 000 mit der Spitze von 632 716 im Schuljahr 1971/72.

Steigende Zahl privater Grundschulen

Die 66 Grundschulen in freier Trägerschaft wurden im Schuljahr 2006/07 von 7 568 Schülern besucht. Damit hat sich die Schülerzahl der privaten Grundschulen seit dem Schuljahr 1990/91 annähernd verdoppelt. Der Anteil an der gesamten Schülerschaft der Grundschulen liegt dennoch nur bei knapp 2 %. Viele dieser privaten Einrichtungen verfolgen ein besonderes pädagogisches Konzept oder sind von einem kirchlich orientierten Träger gegründet worden.

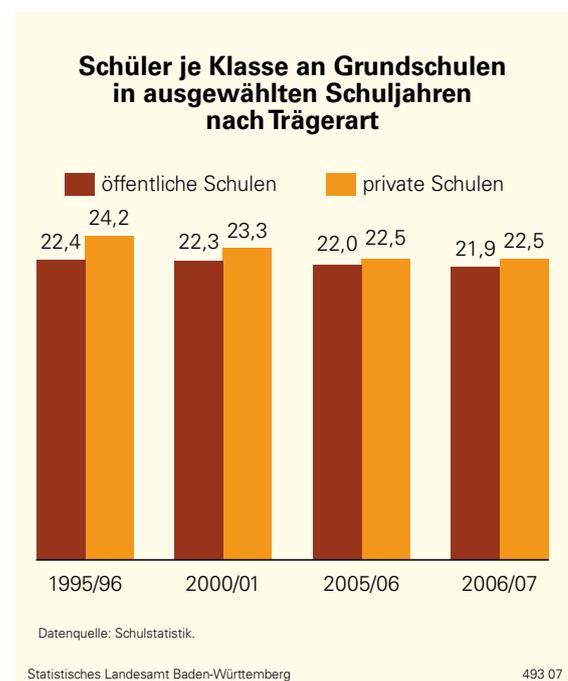
Trotz der gestiegenen Zahl privater Grundschulen ist noch nicht in jedem Kreis des Landes eine solche Einrichtung vorhanden (Tabelle D 1.2 (T2) im Anhang): In acht Landkreisen sowie in den Städten Mannheim und Pforzheim gibt es derzeit kein entsprechendes Angebot. Die höchsten Schülerzahlen sind in den Landkreisen Ravensburg und Reutlingen sowie in der Landeshauptstadt Stuttgart zu verzeichnen.

Im Landesdurchschnitt rund 22 Schüler je Klasse

Durchschnittlich waren im Schuljahr 2006/07 rund 22 Schüler in einer Grundschulklasse zu finden. Dieser Wert blieb damit in etwa auf dem Vorjahresniveau. Seit einiger Zeit ist ein leichter Rückgang der Schülerzahl je Klasse zu beobachten. Im Schuljahr mit der in den letzten Jahren höchsten Schülerzahl, 1998/99, lag der Durchschnitt bei 22,6 Schülern je Klasse. Seitdem ist der Wert auf 21,9 Schüler je Klasse gesunken.

In privaten Grundschulen sind meist mehr Schüler pro Klasse zu finden als in öffentlichen. Allerdings hat sich das Niveau in den letzten Jahren deutlich angenähert (Grafik D 1.2 (G1)). Im Schuljahr 1995/96 lag der Durchschnitt der privaten Grundschulen mit 24,2 Schülern je Klasse noch um 1,8 über dem Wert der öffentlichen Schulen. 2006/07 hatte sich der Abstand auf 0,6 Schüler je Klasse verringert. Möglicherweise hängt dies mit dem Ausbau des Angebots an privaten Grundschulen in diesem Zeitraum zusammen. Neu gegründete Schulen weisen anfangs häufiger noch kleinere Klassen auf.

Grafik D1.2 (G1)



Trend der Schülerzahlen zeigt differenzierte Entwicklungen in den Stadt- und Landkreisen

Die Entwicklung der Einwohnerzahlen prägt auch auf Kreisebene den Verlauf der Schülerzahlen an den Grundschulen: So weist unter den Kreisen und kreisfreien Städten des Landes zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2006/07 allein die Stadt Freiburg im Breisgau mit 5 % einen Zuwachs auf (**Grafik D 1.2 (G2)**). In der Stadt Heilbronn sowie in den Landkreisen Konstanz und Tuttlingen ist die Schülerzahl bei einem Rückgang von weniger als 2 % noch relativ stabil geblieben. In Baden-Württemberg insgesamt ist die Anzahl der Grundschüler in diesem Zeitraum um 6 % zurückgegangen. Im Zollernalbkreis wurden dagegen rund 16 % weniger Grundschüler gezählt – der mit Abstand größte Rückgang in allen Kreisen. Mit einem Minus von annähernd 12 % folgen die Landkreise Heidenheim und Freudenstadt.

Tendenziell sank die Schülerzahl in den kreisfreien Städten weniger stark als in den Landkreisen. Mit Ausnahme der Stadt Mannheim (über 9 % Minus) verzeichneten alle kreisfreien Städte des Landes einen geringeren Schülerschwund als der Landesdurchschnitt – im Fall von Freiburg im Breisgau sogar noch einen Zuwachs. Die Kreise, in denen der Rückgang bei mehr als 10 % lag, sind dagegen eher ländlich geprägt. Diese Entwicklung dürfte darauf zurückzuführen sein, dass in Kreisen mit bisher noch relativ höheren Geburtenzahlen diese nun ebenfalls deutlicher absinken. In den Städten war bereits früher ein vergleichsweise niedriges Geburtenniveau erreicht worden.

Fremdsprachen bereits ab der ersten Klasse

Die Schüler erlernen seit dem Schuljahr 2003/04 bereits in der Grundschule, der Förderschule sowie in der Sonderschule mit Bildungsgang Grundschule ab Klasse 1 eine erste Fremdsprache. Dabei wird an den Schulen am Oberrhein mit Französisch begonnen, mit Englisch in den Schulen der anderen Landesteile. Der Landkreis Karlsruhe ist dabei in etwa geteilt (**Grafik D1.2 (G3)**). Somit erlernen etwa 83 % der Schüler Englisch als erste Fremdsprache und die übrigen rund 17 % Französisch.

Neben den oben genannten Schularten bieten auch die Freien Waldorfschulen das Erlernen von Fremdsprachen bereits ab dem ersten Schuljahr an. In der Regel wird dort sogar mit zwei Fremdsprachen begonnen. Neben Englisch und Französisch kann dort auch Russisch als erste Fremdsprache gewählt werden. Im Schuljahr 2006/07 erhielten dort 541 Erstklässler Russischunterricht.

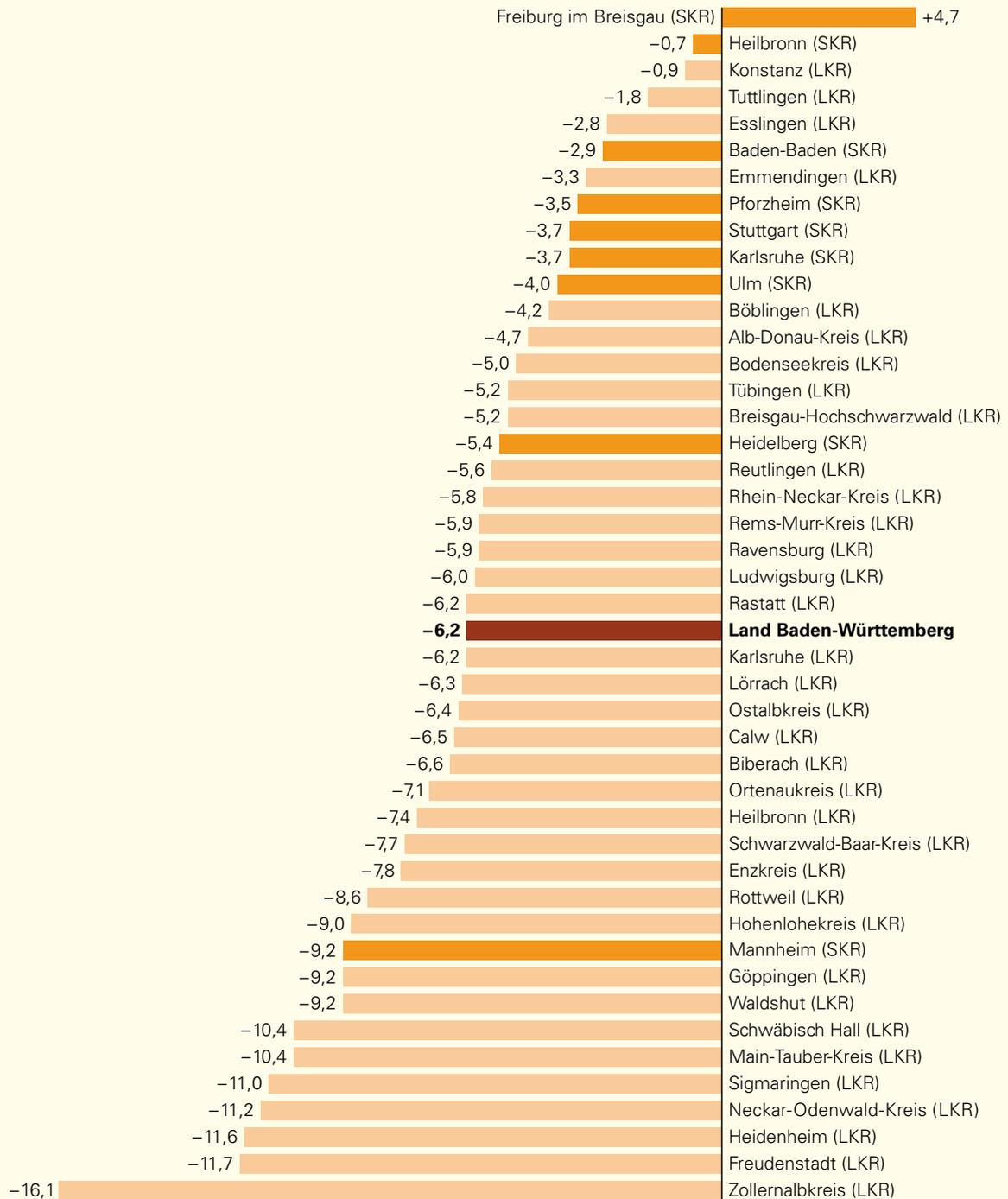
Hohe Ausländeranteile vor allem in den Städten

In der Schulstatistik werden von den Schülern mit Migrationshintergrund lediglich die Zahlen der Ausländer und Aussiedler erhoben. Angaben zu bereits hier geborenen Schülern mit deutscher Staatsangehörigkeit, deren Eltern Ausländer oder Aussiedler sind oder eingebürgert wurden, liegen dagegen nicht vor. Im Vergleich zu den in **Kapitel B 1.3** genannten Zahlen des Mikrozensus liegt hier somit eine engere Eingrenzung des Migrationshintergrunds vor.

Von den 447 796 Grundschulern des Schuljahres 2006/07 waren 13 % Ausländer und etwa 2 % Aussiedler. Betrachtet man die addierten Anteile von Ausländern und Aussiedlern in den Grundschulen auf Kreisebene, zeigen sich allerdings erhebliche Differenzen (**Grafik D1.2 (G4)**). In den Städten Heilbronn, Stuttgart und Mannheim weisen sie Anteilswerte von über 30 % auf. Nur knapp dahinter rangiert Pforzheim mit einem Anteil von zusammen 28 %. Unter den Landkreisen verfügten die Kreise der Region Stuttgart mit Werten zwischen knapp 17 % und gut 19 % über die höchsten Anteile. Lediglich der Landkreis Göppingen schert hier mit gut 15 % etwas aus, liegt aber immer noch über dem Landesdurchschnitt. Am geringsten sind die Anteile mit Werten von zusammen unter 8 % in den Landkreisen Biberach und Breisgau-Hochschwarzwald. Der Aussiedleranteil liegt in einigen Kreisen bei über 4 %. Dies trifft auf den Hohenlohekreis, den Neckar-Odenwald-Kreis, den Schwarzwald-Baar-Kreis, den Landkreis Rottweil, den Ortenaukreis sowie den Main-Tauber-Kreis zu. Bei Einbeziehung der Aussiedler in diese Betrachtung ergibt sich daher ein etwas anderes Bild als bei alleiniger Betrachtung der Ausländeranteile. Die regionale Verteilung entspricht

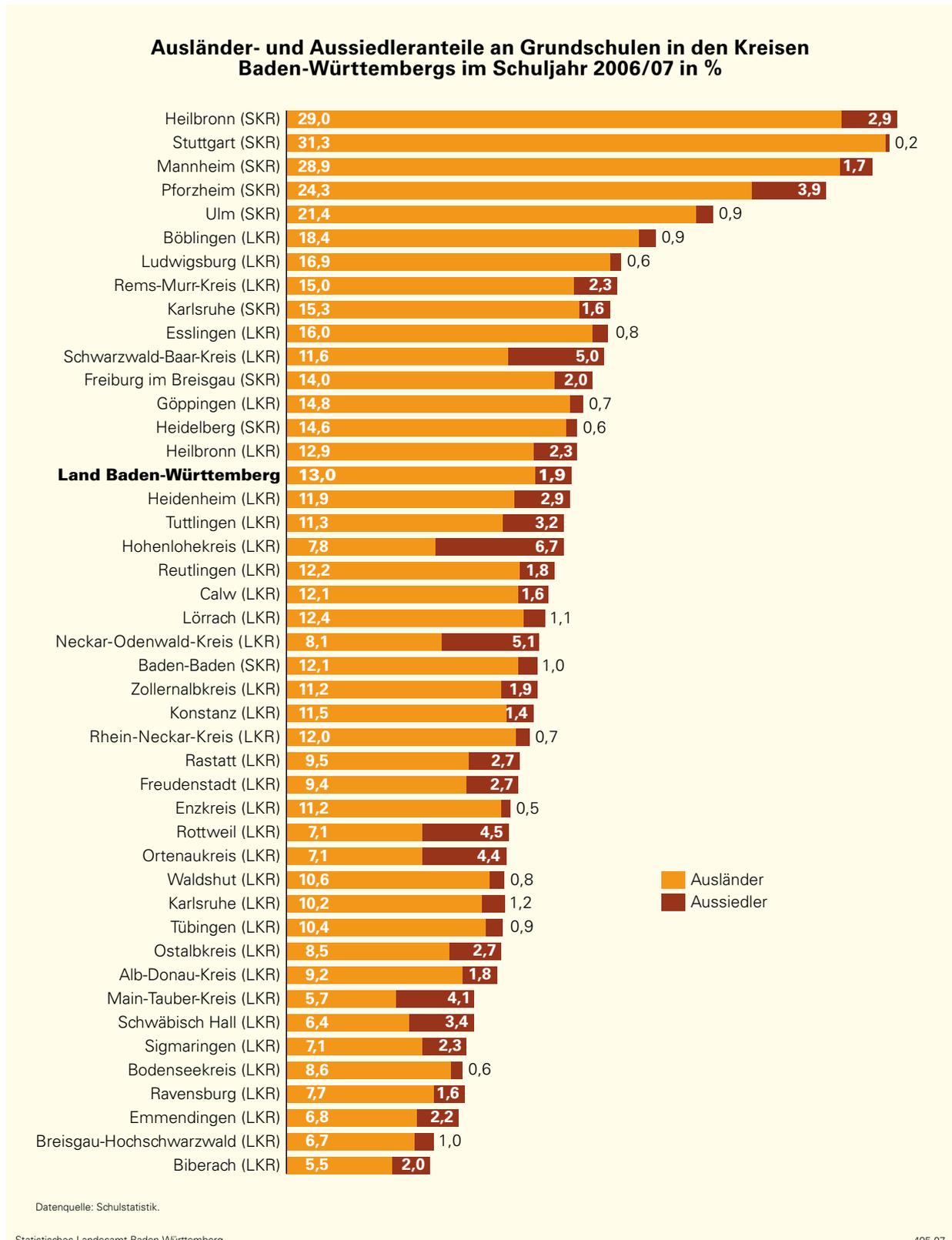
Grafik D1.2 (G2)

**Veränderung der Schülerzahl an Grundschulen in den Kreisen
Baden-Württembergs zwischen den Schuljahren 2000/01 und 2006/07 in %**



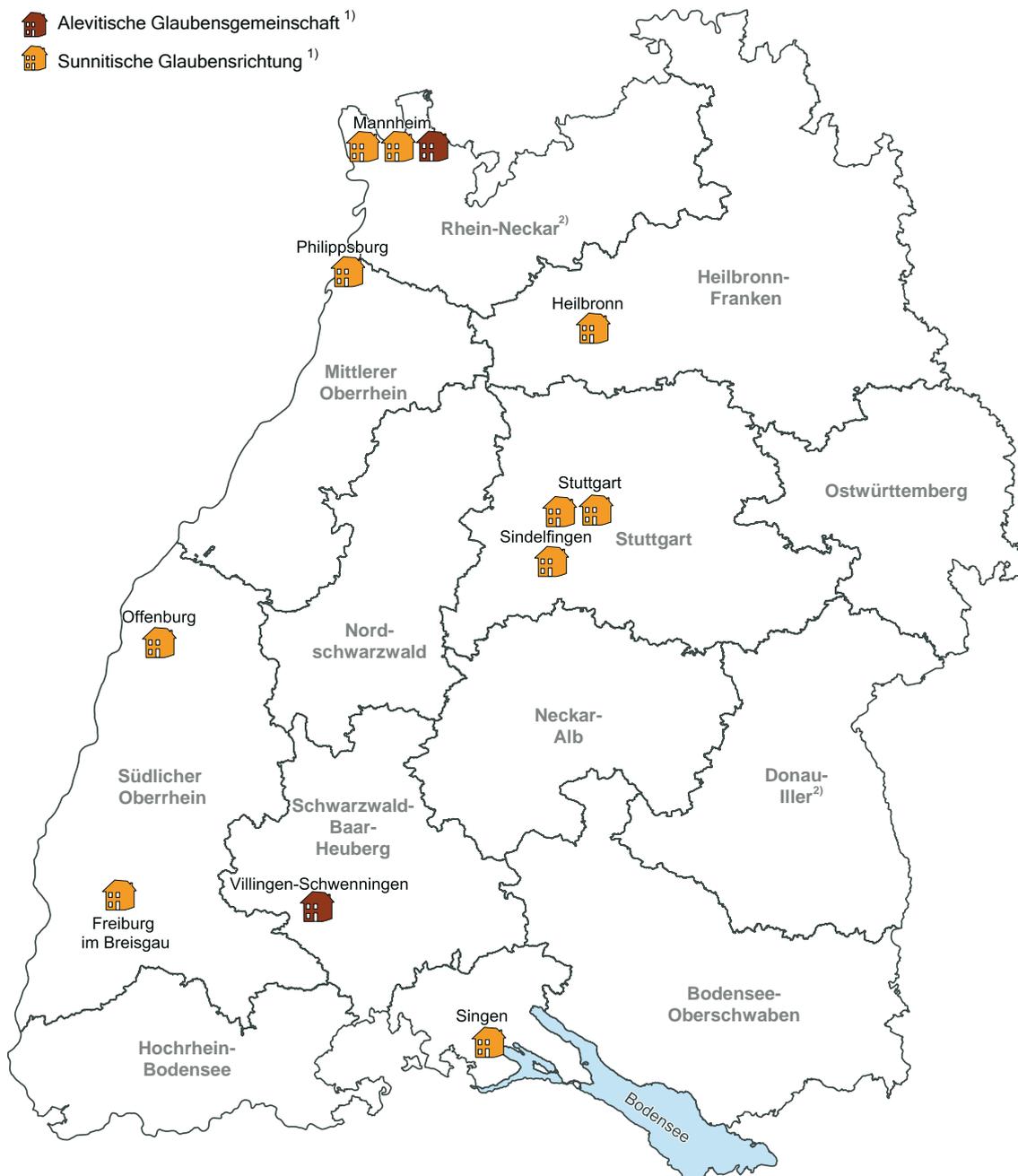
Datenquelle: Schulstatistik.

Grafik D1.2 (G4)



Grafik D 1.2 (G5)

Standorte von Grundschulen mit islamischem Religionsunterricht



1) Siehe Erläuterungen zum Stichwort "Islamischer Religionsunterricht" im Glossar. – 2) Soweit Land Baden-Württemberg.

Datenquelle: Kultusministerium Baden-Württemberg.

somit erwartungsgemäß der in [Kapitel B 1.3](#) skizzierten Verteilung der Bevölkerung Baden-Württembergs mit Migrationshintergrund.

Seit 2006/07 Pilotversuche zum islamischen Religionsunterricht

Im Schuljahr 2006/07 gab es erstmals im Rahmen einer auf vier Jahre angelegten Versuchsphase islamischen Religionsunterricht. An zwölf Grundschulen wurden insgesamt 235 Kinder unterrichtet. Im laufenden Schuljahr 2007/08 wird sich die Zahl der muslimischen Kinder, die am islamischen Religionsunterricht teilnehmen, gemäß den vorliegenden Anmeldungen (Stand: Juli 2007) auf 505 erhöht und damit mehr als verdoppelt haben.

Der Islam sunnitischer Prägung wird an zehn, die alevitische Glaubensrichtung an zwei Standorten vermittelt ([Grafik D1.2 \(G5\)](#)). Die Grundschü-

ler lernen in zwei Schulstunden pro Woche die Grundlagen ihrer Religion näher kennen. Themenfelder des Unterrichts sind unter anderem

- „Gott-Mensch-Schöpfung“,
- „Koran und die islamischen Quellen“,
- „Ausdrucksformen individuellen und gemeinsamen Glaubens“,
- „Religionen und Lebensweisen“.

Der Unterricht wird von Lehrkräften der jeweiligen Glaubensgemeinschaft erteilt und findet in deutscher Sprache statt. Sowohl die sunnitischen als auch die alevitischen Lehrkräfte wurden in einer halbjährigen Qualifizierungsphase mit unterschiedlichen Modulen zur Bedeutung des Religionsunterrichts, zum Koran und dessen Exegese sowie zu den islamischen Rechtsschulen auf ihre Aufgabe vorbereitet.

D 1.3 Übergang von der Grundschule auf weiterführende Schulen

Nach dem erfolgreichen Besuch der Klassenstufe 4 steht für alle Grundschüler ein Schulartwechsel an. Laut Kultusministerkonferenz ist der „*Übergang von einer Schulart auf die andere ... für die Entwicklung des jungen Menschen von so weittragender Bedeutung, dass er mit aller Behutsamkeit und Sorgfalt vorbereitet und vollzogen werden muss... Das natürliche Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder muss bei der Wahl des Bildungsweges beachtet werden. Für die mannigfaltigen Begabungen der heranwachsenden jungen Menschen den richtigen Bildungsweg zu sichern, ist aber auch eine der Grundforderungen unserer Arbeitswelt an die Schule*“.¹

Basis für die Wahl der weiterführenden Schule ist die Grundschulempfehlung

Im dreigliedrigen Schulsystem Baden-Württembergs wechseln die Schüler in der Regel auf eine Hauptschule, eine Realschule oder ein Gymnasium. Daneben stehen auch noch sogenannte „integrierte“ Schulformen wie die Freien Waldorfschulen oder die drei Schulen besonderer Art² zur Auswahl. Das mehrstufige Übergangsverfahren in die weiterführenden Schulen in Baden-Württemberg beginnt mit einer allgemeinen Informationsveranstaltung für alle Eltern der Schüler der vierten Klassenstufen, gefolgt von Einzelgesprächen mit den Erziehungsberechtigten. Zu Beginn des zweiten Halbjahres der Klassenstufe 4 spricht die Grundschule die Grundschulempfehlung aus:

- Hauptschule oder
- Hauptschule oder Realschule (eingeschränkte Wahl) oder
- Hauptschule oder Realschule oder Gymnasium (freie Wahl der Schulart).

1 Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Übergang von der Grundschule in Schulen des Sekundarbereichs I, Informationsunterlage des Sekretariats der Kultusministerkonferenz, Stand: März 2006, S. 5.

2 Die drei „Schulen besonderer Art“ (früher: Gesamtschulen) in Heidelberg, Mannheim und Freiburg im Breisgau können in den Jahrgangsstufen 5 bis 10 ohne Gliederung nach Schularten geführt werden (§ 107 SchG).

Neben den Noten sollen auch das Lern- und Arbeitsverhalten, die gesamte schulische Leistung des Kindes sowie seine bisherige Entwicklung berücksichtigt werden. Der Notendurchschnitt der beiden Fächer Deutsch und Mathematik muss dabei für den Besuch einer Realschule mindestens bei 3,0 liegen, für den Besuch des Gymnasiums bei 2,5. Eltern, die nicht mit der Grundschulempfehlung einverstanden sind, können ihr Kind an einem speziellen Beratungsverfahren teilnehmen lassen. Die Klassenkonferenz wird dann aufgrund des Ergebnisses dieses Verfahrens zusammen mit der Beratungslehrkraft die sogenannte Bildungsempfehlung aussprechen. Sind die Eltern auch mit der Bildungsempfehlung nicht einverstanden, bleibt noch die Möglichkeit, das Kind an einer Aufnahmeprüfung teilnehmen zu lassen (Grafik D 1.3 (G1)).³

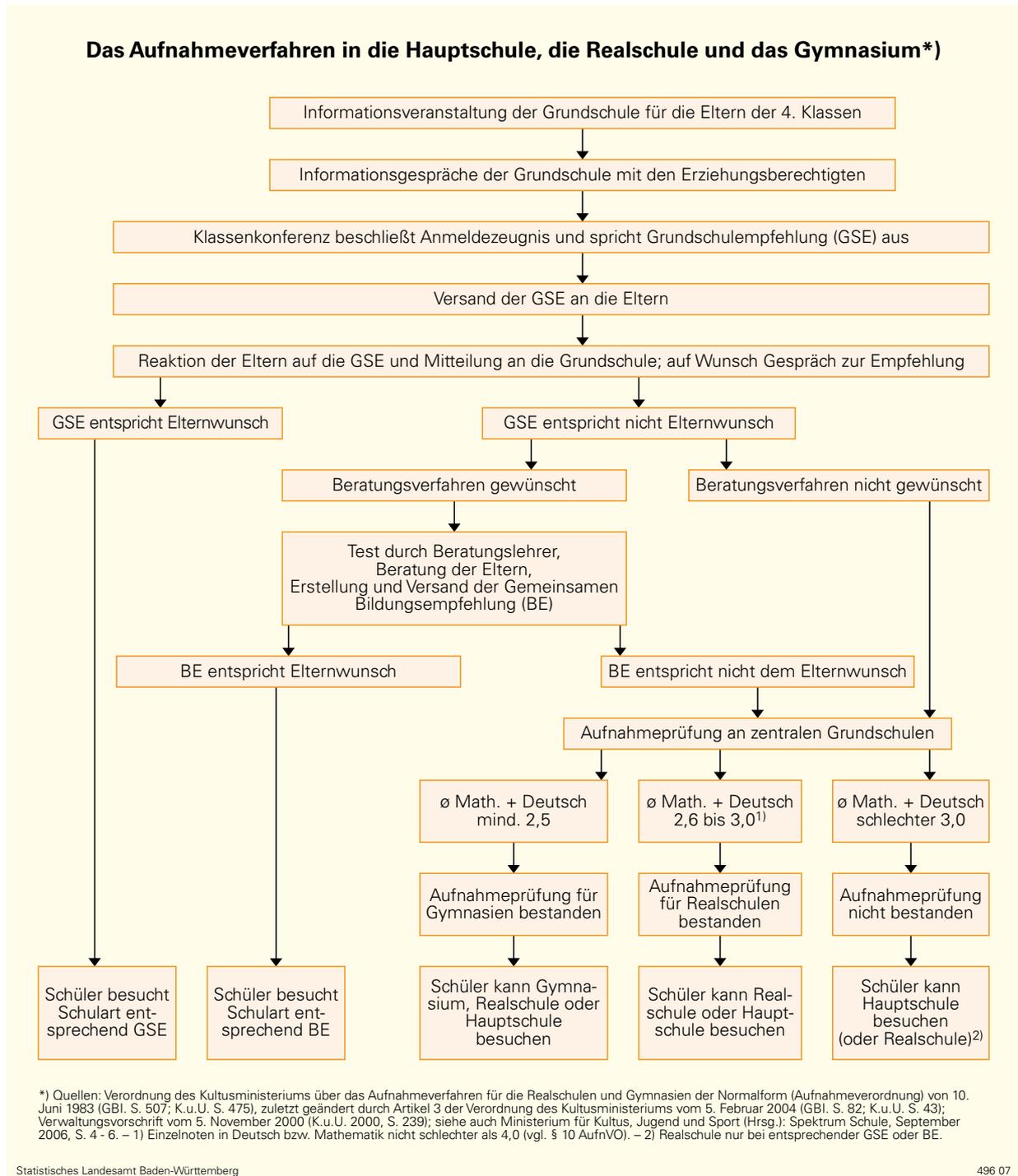
Trend zum Gymnasium hält an

Das Übergangsverhalten auf weiterführende Schulen hat sich in den letzten Jahrzehnten beträchtlich verändert. In den 60er-Jahren war die Hauptschule die Regelschule, die ein Kind besuchte. Die Übergangsquoten auf die Hauptschule lagen weit über 60 %. In den 70er-Jahren besuchte dann durchschnittlich schon jedes 5. Kind im Anschluss an die Grundschule eine Realschule, und gut jedes 4. Kind ein Gymnasium. Dennoch führte noch fast jedes zweite Kind seine Schullaufbahn an einer Hauptschule fort. In den 80er-Jahren konnten die Realschulen ihren Anteil im Schnitt auf 28 % steigern, die Gymnasien auf 29 %. Entsprechend ging die Übergangsquote auf die Hauptschule auf durchschnittlich 40 % zurück.

Der leicht ansteigende Trend bei den Übergängen auf die Realschule hat sich auch in den 90er-Jahren fortgesetzt. Die Hauptschulen haben seit 1994 ohne Unterbrechung von Jahr zu Jahr sinkende Übergangsquoten erfahren und die Gymnasien im Gegenzug steigende. Im Jahr 2001 hat das Gymnasium die Hauptschule erstmals bei den

3 Die Teilnahme an der Aufnahmeprüfung ist auch ohne den Zwischenschritt über die Bildungsempfehlung möglich.

Grafik D1.3 (G1)



Übergangsquoten überholt. Die flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums für alle fünften Klassen zum Schuljahr 2004/05 mit erhöhter Wochenstundenzahl und zusätzlichem

Nachmittagsunterricht hat den Trend zum Gymnasium nicht abgeschwächt. 2004/05 war überdies erstmals die Übergangsquote auf die Realschule höher als die auf eine Hauptschule. Zum

Schuljahr 2006/07 sank die Übergangsquote der Hauptschulen weiter auf knapp 28 %, die der Realschulen stieg auf fast 33 %. Obwohl sich die Übergangsquoten auf das Gymnasium in den letzten Jahren bereits auf hohem Niveau bewegten, konnte diese Schulart 2006 nochmals leicht zulegen; mit einer Quote von gut 38 % hat sich das Gymnasium zur überwiegend gewählten weiterführenden Schule entwickelt (**Grafik D 1.3 (G2)**).

Nur jeder zehnte Übergänger auf eine Realschule hat eine ausländische Nationalität

An den öffentlichen und privaten Grundschulen in Baden-Württemberg gab es im Schuljahr 2005/06 rund 110 000 Viertklässler, davon hatten knapp 15 000 (13 %) eine ausländische Staatsangehörigkeit. Bei den Übergängen auf weiterführende Schulen zum Schuljahr 2006/07 waren die ausländischen Schüler der vierten Klassenstufen sehr unterschiedlich auf die weiterführenden Schulen verteilt. Unter den gut 30 000 Übergängern auf Hauptschulen waren

26 % Ausländer. Dagegen waren nur 10 % der Realschul-Übergänger nicht deutsch. Bei den Übergängern auf Gymnasien waren die ausländischen Schüler mit 6 % nur gering vertreten.

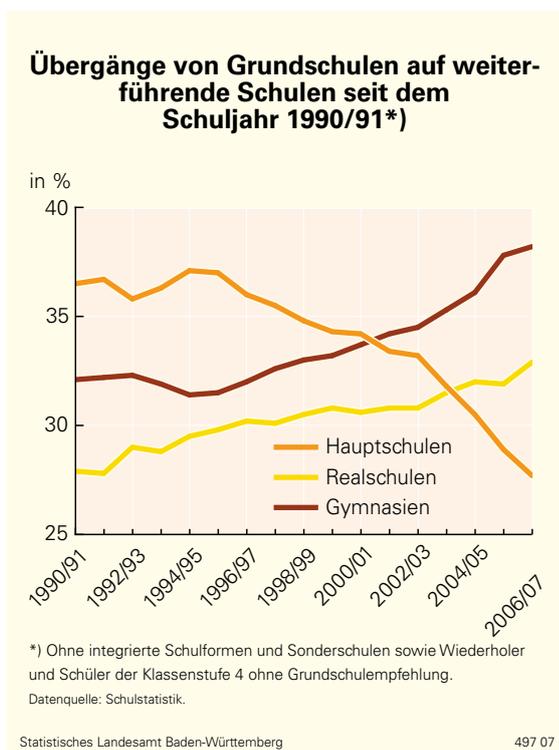
Mit 39 % waren die ausländischen Schüler unter den Schülern, welche die vierte Klassenstufe wiederholt hatten bzw. nicht versetzt wurden, stark überrepräsentiert.

Große regionale Unterschiede bei den Übergangsquoten

Zwischen den einzelnen Stadt- und Landkreisen schwanken die Übergangsquoten seit Jahren erheblich.⁴ Bei den Übergängen aufs Gymnasium wies 2006 der Hohenlohekreis mit knapp 29 % die landesweit niedrigste Quote auf. Im Stadtkreis Heidelberg war diese Quote mit beinahe 58 % etwa doppelt so hoch. Damit stand der akademisch geprägte Stadtkreis Heidelberg zum fünften Mal in Folge landesweit an der Spitze bei den Übergangsquoten aufs Gymnasium. Auch in den Stadtkreisen Baden-Baden, Karlsruhe und Freiburg wechselten jeweils über die Hälfte der Viertklässler auf ein Gymnasium (**Grafik D 1.3 (G3)**).

Bei den Übergängen auf die Realschule verhielt es sich genau umgekehrt wie bei den Gymnasien: Hier bildeten die Stadtkreise Heidelberg und Freiburg im Breisgau mit knapp 19 % bzw. 21 % die Schlusslichter, drittletztter war der Stadtkreis Mannheim mit gut 21 %. Der Hohenlohekreis dagegen belegte Platz 2 nach dem Main-Tauber-Kreis – in beiden Kreisen lag die Quote bei gut 42 %. Auffällig ist, dass alle vorderen Plätze ausschließlich von Kreisen im eher ländlichen Raum belegt waren: Der Landkreis Freudenstadt, der Ostalbkreis sowie die Landkreise Biberach und Schwäbisch Hall lagen mit Quoten zwischen 38 % und fast 40 % ebenfalls weit über dem Landesdurchschnitt von 33 % (**Grafik D 1.3 (G4)**). In diesen eher ländlichen

Grafik D1.3 (G2)



4 Die Übergangsquoten zum aktuellen Schuljahr 2006/07 und zu früheren Jahren können bis hinunter auf die Gemeindeebene kostenlos im Internet abgerufen werden: www.statistik-bw.de / Bildung und Kultur / Regionaldaten / Übergänge auf weiterführende Schulen. Auf Kreisebene sind sie in **Tabelle D 1.3 (T1) im Anhang** dargestellt.

Gebieten haben Eltern wohl häufiger die in der Regel näher liegende Realschule dem Gymnasium vorgezogen.

Auch der Wechsel auf die Hauptschule variierte sehr zwischen den Kreisen. Der Stadtkreis Heilbronn mit einem vergleichsweise hohen Anteil an Ausländern und Aussiedlern hatte 2006 die höchste Übergangsquote auf die Hauptschule (gut 36 %), gefolgt vom Zollernalbkreis (35 %) und dem Kreis Waldshut (knapp 35 %). Die anteilmäßig geringsten Übergänge auf die Hauptschule fanden sich im Landkreis Tübingen mit gut 19 % und in den Stadtkreisen Freiburg im Breisgau und Heidelberg mit 15 % bzw. 14 % (Grafik D 1.3 (G5)). Alle drei Kreise sind stark geprägt von der vorhandenen Universität und einem entsprechend hohen Anteil akademisch ausgebildeter Einwohner.

Die niedrigen Übergangsquoten auf Hauptschulen und Realschulen in den Stadtkreisen Freiburg im Breisgau und Heidelberg dürften unter anderem auf die dort vorhandenen „Schulen besonderer Art“ (früher: Gesamtschulen) als alternative Übergangsmöglichkeit zurückzuführen sein. Die Übergänge auf diese Schulen (ebenso wie auch auf Freie Waldorfschulen) werden in der Schulstatistik als „sonstige Übergänge“ gezählt. Im Stadtkreis Mannheim mit der dritten in Baden-Württemberg befindlichen „Schule besonderer Art“ lag allerdings die Übergangsquote auf die Hauptschule mit 28 % leicht über dem Landesdurchschnitt.

Grundschulempfehlung und Elternwunsch stimmen nicht immer überein

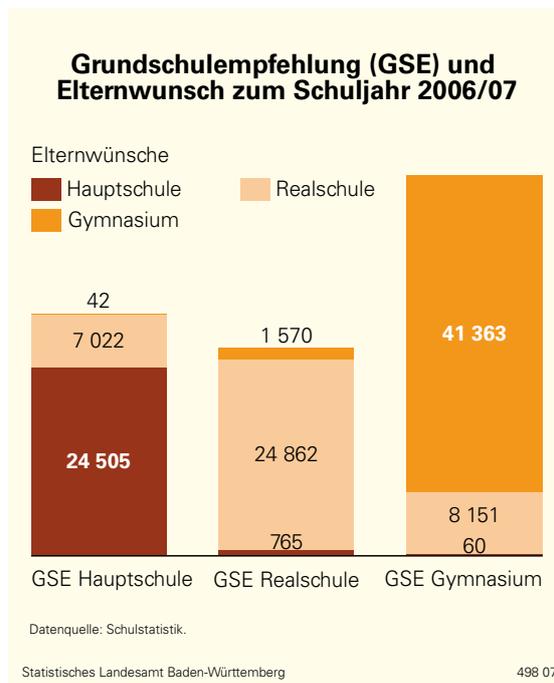
Die großen Schwankungen sind nur zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Grundschulen der Kreise unterschiedlich oft Empfehlungen für das Gymnasium, die Realschule oder die Hauptschule ausgesprochen haben. Zusätzlich haben die Eltern regional unterschiedlich auf die Empfehlungen reagiert.

Landesweit hätten laut Grundschulempfehlung 49 574 (46 %) der Viertklässler auf ein Gymnasium wechseln können. Diese Option wollten aber nur 41 363 (83 %) der zugehörigen Eltern in Anspruch nehmen; 8 151 (16 %) wünschten für ihr Kind stattdessen den Besuch einer Realschule. Andererseits waren bei 22 % der Schü-

ler, die nur eine Empfehlung für den Besuch der Hauptschule bekommen hatten, die Eltern nicht einverstanden. Mit der Empfehlung zum Besuch einer Realschule waren dagegen mit 91 % vergleichsweise viele Eltern einverstanden. Von den Eltern der 27 197 Grundschüler, die eine Empfehlung für diese „mittlere“ Schulart bekommen hatten, wünschten nur 1 570 (6 %) lieber das Gymnasium und 765 (3 %) die Hauptschule für ihr Kind (Grafik D 1.3 (G6)).

Die anteilmäßig meisten Grundschulempfehlungen für das Gymnasium wurden mit Abstand im Stadtkreis Heidelberg erteilt: Hier erhielten

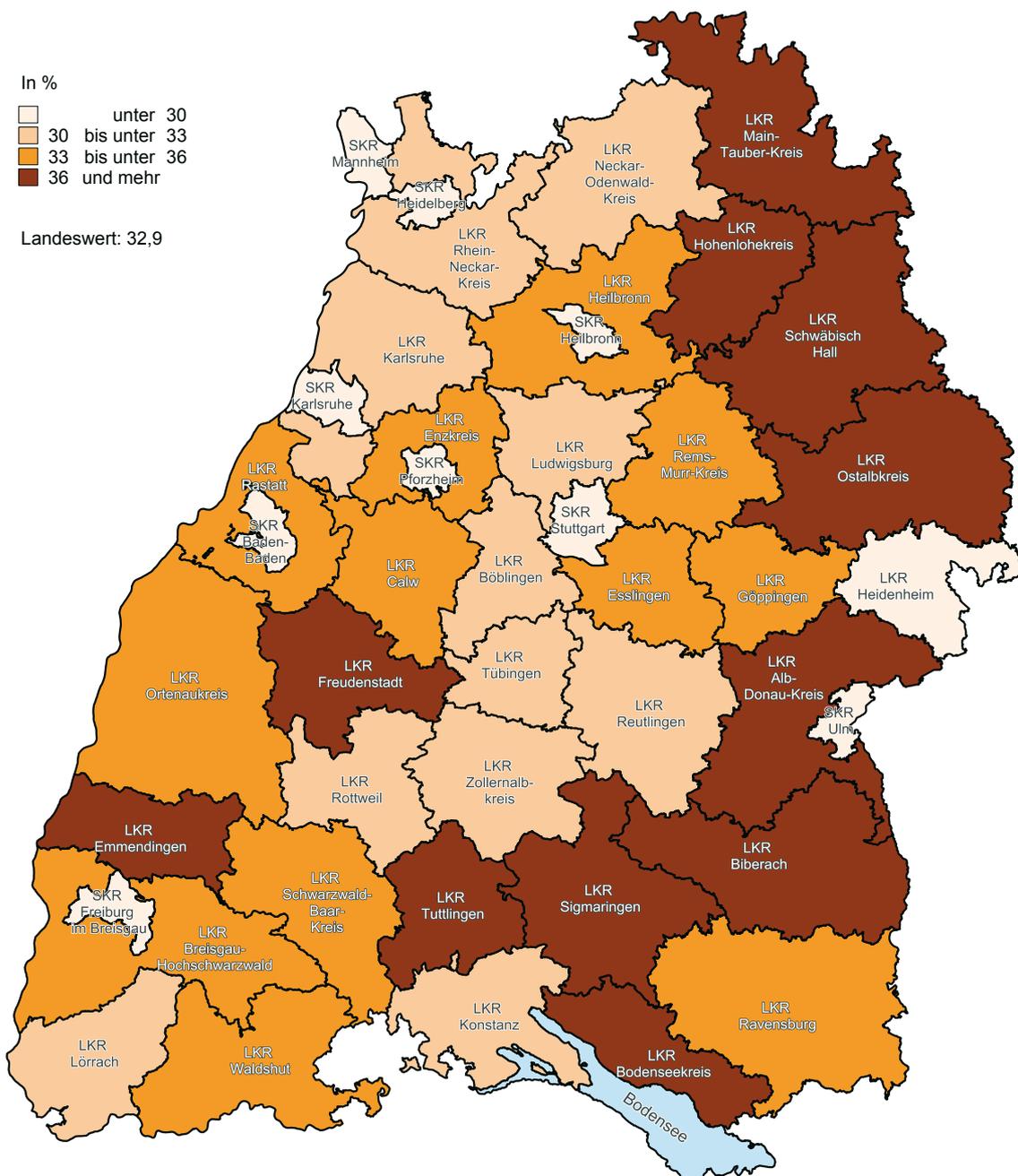
Grafik D1.3 (G6)



sechs von zehn Viertklässlern eine Gymnasialempfehlung. Wie bei den tatsächlichen Übergängen auch, folgten dann auf den nächsten Plätzen die Stadtkreise Baden-Baden, Karlsruhe und Freiburg im Breisgau. Die größte Differenz zwischen Grundschulempfehlung Gymnasium und tatsächlichem Übergang mit 18 Prozentpunkten gab es im Hohenlohekreis. Hier hatten 557 von insgesamt 1 203 Viertklässlern eine Grundschulempfehlung erhalten, die den Be-

Grafik D 1.3 (G4)

Übergänge aus Grundschulen in Baden-Württemberg auf Realschulen zum Schuljahr 2006/07



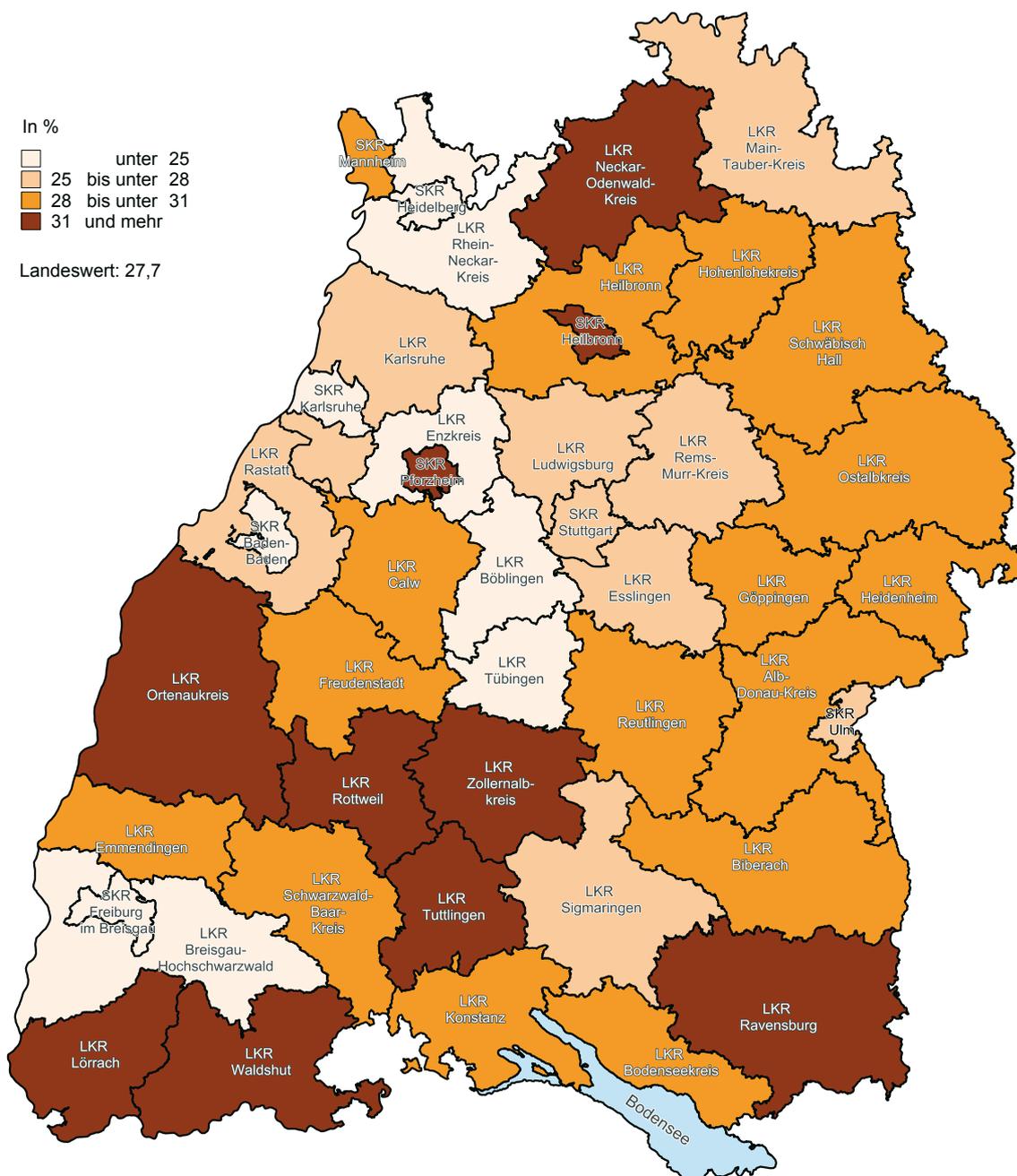
Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

22-22-07-011
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph

Grafik D 1.3 (G5)

Übergänge aus Grundschulen in Baden-Württemberg auf Hauptschulen zum Schuljahr 2006/07



Datenquelle: Schulstatistik.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

22-22-07-012
© Kartengrundlage GfK GeoMarketing GmbH
Karte erstellt mit RegioGraph

such eines Gymnasiums ermöglicht hätte; allerdings wünschten nur 341 (61 %) der Eltern, dass ihr Kind diese Option in Anspruch nimmt. 208 Eltern (37 %) hielten die Realschule für die in ihrem Fall bessere Wahl. Die zweitgrößte Differenz ergab sich im Main-Tauber-Kreis (15 Prozentpunkte): 46 % der Viertklässler hätten hier ein Gymnasium besuchen können laut Grundschulempfehlung, tatsächlich taten dies aber nur fast 31 %. Ähnlich wurden im Landkreis Freudenstadt 632 Empfehlungen erteilt, die den Besuch eines Gymnasiums ermöglicht hätten. Dies entsprach aber nur in 447 Fällen (knapp 71 %) dem Elternwunsch, 185 Eltern (gut 29 %) bevorzugten die Realschule für ihr Kind. Auf ein Gymnasium übergegangen sind dann letztlich nur etwas mehr als 31 % der Viertklässler. In der Regel sind die Abweichungen zwischen Elternwunsch und Grundschulempfehlung für das Gymnasium in eher ländlich strukturierten bzw. eher gewerblich orientierten Kreisen höher als in akademisch geprägten Gegenden (Tabelle D 1.3 (T2) im Anhang).

Die anteilmäßig meisten Grundschulempfehlungen für die Realschule gab es im Bodensee-Kreis mit knapp 29 %. Tatsächlich auf die Realschule übergegangen sind aber sogar fast 37 %. Die größte Abweichung zwischen Grundschulempfehlung Realschule und dem tatsächlichen Übergang fand sich mit 18 Prozentpunkten im Hohenlohekreis. Hier waren zwar 264 von 288 Eltern (beinahe 92 %) mit der Empfehlung einverstanden, es wechselten aber zusätzlich noch viele Schüler mit einer Grundschulempfehlung für das Gymnasium auf die Realschule (Tabelle D 1.3 (T3) im Anhang).

Relativ gering dagegen fielen die Abweichungen zwischen der Grundschulempfehlung für die Hauptschule und dem tatsächlichen Übergang auf diese Schulart in den einzelnen Kreisen aus. Dagegen wichen die Elternwünsche hier vergleichsweise stark von den Empfehlungen ab. So wurde im Stadtkreis Stuttgart 1 230 mal eine Grundschulempfehlung für die Hauptschule ausgesprochen. Bei jedem dritten Kind waren die Eltern nicht einverstanden und wünschten stattdessen den Besuch einer Realschule. Andererseits waren im Landkreis Ravensburg gut 88 % der Eltern mit der Empfehlung für die Hauptschule einverstanden. Mehr als 11 % (geringste

Abweichung) wünschten den Wechsel auf eine Realschule und nur 0,2 % den auf ein Gymnasium. Auch im ebenfalls eher ländlich strukturierten Kreis Biberach war die Abweichung des Elternwunsches von der Grundschulempfehlung Hauptschule mit knapp 14 % relativ gering (Tabelle D 1.3 (T4) im Anhang).

Hoher Zusammenhang zwischen regionalem Bildungsniveau und Übergangsquoten

Die tatsächlichen Übergänge sind ein Ergebnis von Grundschulempfehlung und Elternwunsch. Dass sie regional wie oben beschrieben stark streuen, hat sicherlich mehrere Einflussfaktoren. Schon die Grundschulempfehlungen selbst schwanken sehr. Auch die Abweichungen von Grundschulempfehlung und Elternwunsch sind regional unterschiedlich ausgeprägt. Hier spielen unter anderem Entfernungen von Wohnort und Schule, Verkehrsanbindungen, vorhandene schulische „Alternativen“, Angst vor Überforderung des Kindes, aber auch die Angst, ohne eine bestimmte Grundschulempfehlung die „schulische Karriere“ des Kindes zu beeinträchtigen sowie die „Bildungsnähe“ bzw. „Bildungsferne“ des Elternhauses eine Rolle.

Auch zwischen dem regionalen Bildungsniveau und den Übergängen auf weiterführende Schulen bestehen enge Zusammenhänge (Tabelle D 1.3 (T5) im Anhang). Als ein messbarer Indikator für das „regionale Bildungsniveau“ wurde der Anteil der Beschäftigten mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss („Hochqualifizierte“) an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gewählt. Im Ranking dieser Anteile stehen die Stadtkreise Stuttgart, Heidelberg und Freiburg mit einem Anteil von 20 %, 19 % und 15 % an der Spitze der baden-württembergischen Kreise. Dieselben Kreise belegen auch bei den Übergängen auf Gymnasien vordere Plätze. Die Landkreise Freudenstadt, Waldshut und der Hohenlohekreis dagegen stehen sowohl bei der Rangfolge der hoch qualifizierten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten weit hinten als auch bei den Wechsleren auf Gymnasien. Der Korrelationskoeffizient zwischen den prozentualen Anteilen von Hochqualifizierten und den Übergangsquoten aufs Gymnasium liegt mit 0,78 erwartungsgemäß sehr hoch und weist auf einen sehr starken Zusammenhang der beiden

Indikatoren hin. Korreliert man dagegen die Anteile der Hochqualifizierten mit den Übergängen auf Hauptschulen, bestätigt der Korrelationskoeffizient mit $-0,65$ einen spürbar negativen Zusammenhang. Das heißt, Kreise mit (formal) höher gebildeten Beschäftigten wie Heidelberg und Freiburg im Breisgau sind bei den Übergängen auf die Hauptschule auf den letzten Plätzen zu finden.

Nur wenige erreichen mit der Aufnahmeprüfung doch noch das Ziel

Die Aufnahmeprüfung eröffnet die Möglichkeit, gegen die Grundschulempfehlung und gegen eine eventuelle Bildungsempfehlung doch noch den Elternwunsch zum Besuch einer Realschule bzw. eines Gymnasiums für das Kind umzusetzen. Die Prüfung findet an zentral gelegenen Grundschulen statt und wird landeseinheitlich vom Kultusministerium vorgegeben. Im Jahr 2006 haben 2 598 Schüler der Klassenstufe 4 an einer Aufnahmeprüfung teilgenommen. 422 erreichten den nötigen Durchschnitt für den Besuch einer Realschule, 121 gelang auf diese Weise der Übertritt auf das Gymnasium. Damit haben insgesamt 79 % der Teilnehmer die

Prüfung nicht bestanden, also lediglich einen schlechteren Notendurchschnitt als 3,0 erreicht. In früheren Jahren lag die „Nichtbestanden-Quote“ sogar auf noch höherem Niveau:

2005: 84 %,

2004: 81 %,

2003: 84 %,

2002: 90 %.

Wenn die Grundschulempfehlung zum Besuch der Hauptschule führt, stehen dem Kind im baden-württembergischen Schulsystem noch viele Wege offen, einen (formal) höherwertigen Schulabschluss zu erwerben. So konnten im Jahr 2006 fast 6 800 Hauptschulabgänger die Schule nach der 10. Klassenstufe mit dem Realschulabschluss in der Tasche verlassen. Auch an vielen beruflichen Schulen des Landes kann bei vorhandenem Hauptschulabschluss noch ein mittlerer Bildungsabschluss erworben werden. Nach dem Besuch der Realschule besteht zum Beispiel die Möglichkeit, an den beruflichen Gymnasien des Landes die Hochschulreife zu erwerben: Im Jahr 2006 legten 31 % der Gymnasial-Abiturienten ihr Abitur an einem beruflichen Gymnasium ab (siehe Kapitel F 1).

Der Hohenlohekreis

Der Hohenlohekreis hatte zum Schuljahr 2006/07 die geringste Übergangsquote auf Gymnasien. Bei den Realschulen dagegen stand er mit 42,1 % auf Platz 2, bei den Hauptschulen lag er mit 29,1 % leicht über dem Landesdurchschnitt. Rein von den Grundschulempfehlungen her hätten auch im Hohenlohekreis weitaus mehr Viertklässler auf ein Gymnasium übergehen können: 557 Viertklässler von insgesamt 1 203 hatten eine Empfehlung erhalten, die den Besuch dieser Schulart ermöglicht hätte. Das waren gut 46 %. Allerdings waren nur 61 % der



Eltern mit dieser Empfehlung einverstanden. Warum bevorzugten so viele Eltern im Hohenlohekreis die Realschule? Die Struktur dieses Landkreises im Nordosten Baden-Württembergs in der Mitte der Region Heilbronn-Franken soll daher näher betrachtet werden.

Der Hohenlohekreis hat rund 110 000 Einwohner (etwas weniger als die Stadt Reutlingen) und erstreckt sich über eine Fläche von 777 km². Er hat eine Bevölkerungsdichte von 141 Menschen pro km² und ist gemessen an der Einwohnerzahl der kleinste Landkreis in Baden-Württemberg. Sein Ausländeranteil ist mit 6,7 % (2005) vergleichsweise gering – der Landeswert liegt bei 11,9 % (2005). Auch die Arbeitslosenquote des Kreises liegt mit 3,5 % (Mai 2007) unter dem Landesdurchschnitt.¹ Zum Hohenlohekreis gehören 16 Gemeinden, darunter acht Städte. Die mit Abstand größten Städte sind Öhringen mit 23 000 Einwohnern und die Kreisstadt Künzelsau mit 15 000 Einwohnern.

In diesen beiden Städten sind auch die drei allgemein bildenden Gymnasien angesiedelt:

- Das Hohenlohe-Gymnasium in Öhringen mit 1 357 Schülern in 37 Klassen im Schuljahr 2006/07 bietet ein naturwissenschaftliches und ein Sprachprofil. Die Jahrgangsstufe 5 wurde 2006/07 fünfzünftig, die Jahrgangsstufe 6 sogar sechszünftig geführt.
- Das Ganerben-Gymnasium in Künzelsau mit 1 115 Schülern in 32 Klassen hat ebenfalls ein naturwissenschaftliches und ein Sprachprofil. Im Schuljahr 2006/07 war hier die 5. Jahrgangsstufe vierzünftig und die 6. Jahrgangsstufe fünfzünftig.
- Das Schlossgymnasium in Künzelsau mit 336 Schülern ist ein staatliches Gymnasium mit Heim in Aufbauform, das heißt, es führt keine Klassenstufen 5 und 6 und beginnt erst mit Klassenstufe 7.

Für Übergänge aus der Grundschule kommen im Hohenlohekreis also jeweils ein allgemein bildendes Gymnasium in Öhringen und eines in Künzelsau infrage. Beide Vollgymnasien haben dementsprechend einen weiten Einzugsbereich.

¹ Bundesagentur für Arbeit, Mai 2007.

Die 13 Hauptschulen des Kreises wurden 2006/07 von 2 044 Schülern besucht.

Bei den Realschulen stehen im Hohenlohekreis sechs zur Auswahl, drei davon gehören zu Bildungszentren. Diese Realschulen hatten im Schuljahr 2006/07 insgesamt 3 212 Schüler und befinden sich an folgenden Standorten:

- Bildungszentrum Bretzfeld in Bretzfeld (Grund-, Haupt- u. Realschule, 505 Realschüler)
- Realschule Bildungszentrum Hohenlohe-Franken in Krautheim (335 Schüler)
- Georg-Wagner-Realschule in Künzelsau (787 Schüler)
- Bildungszentrum Niedernhall in Niedernhall (Grund- und Hauptschule mit Werkrealschule, Realschule mit 401 Realschülern)
- Realschule Öhringen in Öhringen (713 Schüler)
- Realschule Pfedelbach in Pfedelbach (471 Schüler)

Die Vermutung liegt nahe, dass für viele Eltern die bessere Erreichbarkeit bzw. kürzere Entfernung zum Elternhaus ein Grund gewesen ist, die Realschule dem Gymnasium vorzuziehen. Hinzu kommt, dass der Anteil der Beschäftigten mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Hohenlohekreis vergleichsweise niedrig ist; im Landesvergleich nimmt der Hohenlohekreis hier Rang 40 ein.²

Dagegen erscheinen die beruflichen Gymnasien vergleichsweise beliebt. Im Jahr 2006 haben im Hohenlohekreis 270 Schüler ihr Abitur an einem allgemein bildenden und 215 an einem beruflichen Gymnasium abgelegt. Mit 44 % haben hier weitaus mehr Gymnasial-Abiturienten als im Landesdurchschnitt (31 %) die Hochschulreife an einem beruflichen Gymnasium erworben. Den Schülern stehen im Hohenlohekreis in Öhringen drei berufliche Gymnasien (ein Wirtschaftsgymnasium, ein Technisches Gymnasium sowie ein Agrarwissenschaftliches Gymnasium) zur Verfügung. Diese wurden 2006/07 von insgesamt 777 Schülern besucht. In Künzelsau kann im Rahmen des Zweiten Bildungswegs an einer Technischen Oberschule die Hochschulreife erlangt werden, 2006/07 wurden hier insgesamt 59 Schüler unterrichtet. Im Schuljahr 2007/08 wurde als neuer Bildungsgang eine einzügige Wirtschaftsoberschule eingerichtet.

2 Bundesagentur für Arbeit, 2006.

D 2 Weiterführende Schulen im allgemein bildenden Schulsystem

D 2.1 Hauptschule

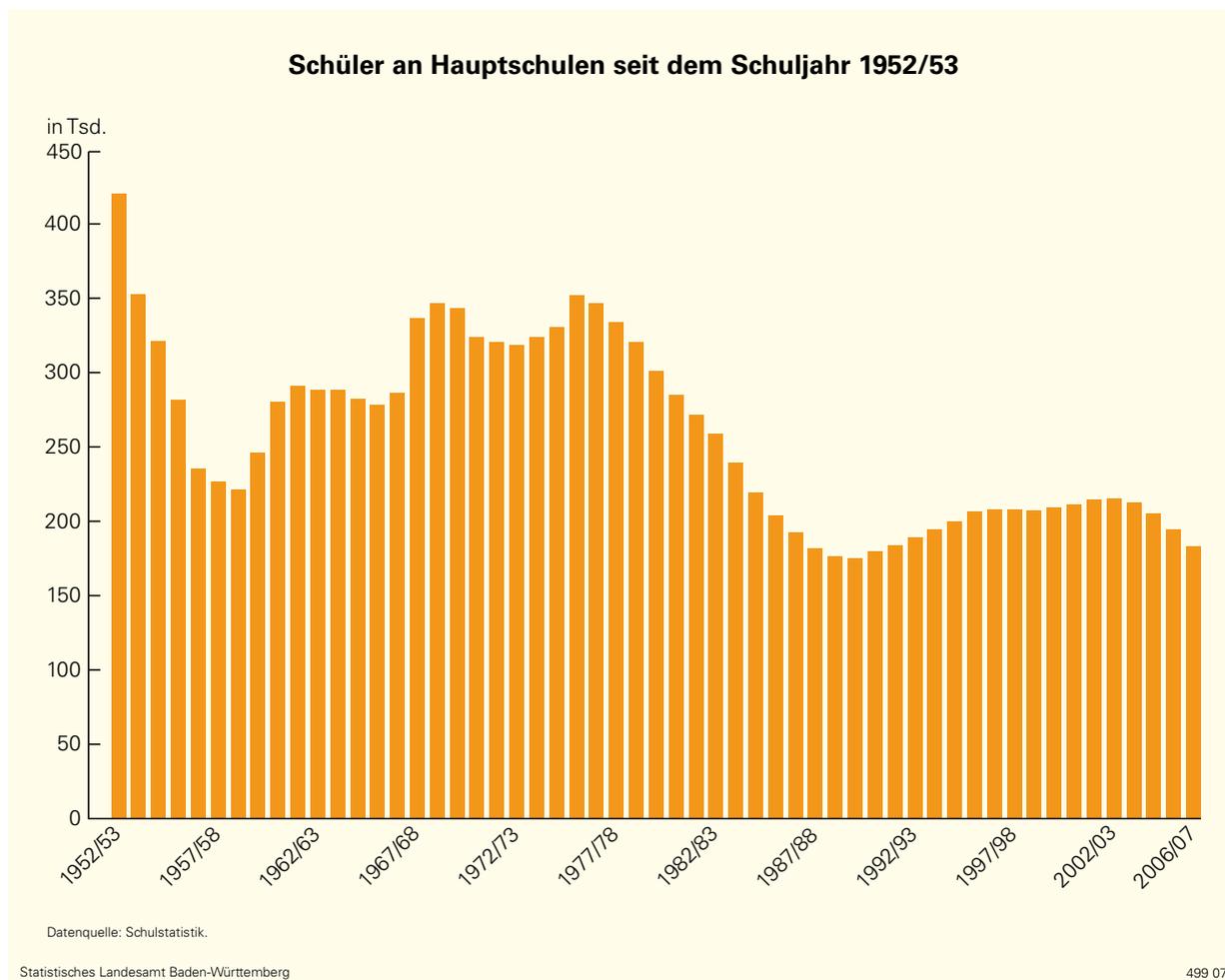
Zu Beginn des Schuljahres 2006/07 wurden im Land insgesamt 1 226 Hauptschulen mit 182 988 Schülern gezählt. Seit dem Schuljahr 2002/03 geht die Zahl der Hauptschüler ständig zurück (Tabelle D 2.1 (T1) im Anhang). Damals lag die Schülerzahl bei 215 532. Die bislang geringste Schülerzahl wurde im Schuljahr 1989/90 mit 174 868 verzeichnet. Das war weniger als die Hälfte der Schülerzahl des Schuljahres 1975/76, in dem der relative Höhepunkt der vorherigen „demografischen Welle“ erreicht wurde. In diesem Schuljahr wurden 351 832 Hauptschüler unterrichtet (Grafik D 2.1 (G1)). Diese Zahl wurde nur einmal zu Beginn der 50er-Jahre übertroffen. Ein wesentlicher Grund für

diese Schwankungen ist die demografische Entwicklung. Darüber hinaus schlägt sich hier auch der rückläufige Anteil an den Übergängen aus der Grundschule nieder (Kapitel D 1.3).

Geringer Rückgang der Schülerzahl in Freiburg im Breisgau, hoher im Hohenlohekreis

Die Schülerzahl der Hauptschulen lag im Schuljahr 2006/07 landesweit um gut 13 % unter dem Wert des Schuljahres 2000/01. Dabei ergibt sich auf der Kreisebene eine recht breite Streuung des Rückgangs von lediglich knapp 4 % in der Stadt Freiburg im Breisgau bis gut 23 % im Ho-

Grafik D2.1 (G1)



henlohekreis. Auch in den Landkreisen Konstanz und Reutlingen lagen die Schülerzahlen nur um etwa 5 % bis 6 % unter den sechs Jahre zuvor erreichten Werten und damit fast gleichauf mit denen von Freiburg im Breisgau. Die Hauptschulen in der Stadt Pforzheim und in den Landkreisen Rastatt und Heidenheim verzeichnen dagegen jeweils rund 20 % geringere Schülerzahlen (**Grafik D 2.1 (G2)**).

Ein festes regionales oder strukturelles Muster lässt sich in diesen Werten allerdings nicht erkennen. Einige kreisfreie Städte wie Freiburg im Breisgau oder Mannheim weisen geringe Rückgänge auf, andere wie Pforzheim oder Heidelberg dagegen hohe. Auch ausgeprägte Universitätsstädte wie Freiburg im Breisgau und Heidelberg sind somit an entgegengesetzten Enden der Entwicklung zu finden. Ähnliches gilt für eher ländlich geprägte Kreise wie den Hohenlohekreis, der gut 23 % Hauptschüler weniger aufwies, und den Landkreis Lörrach, in dem der Rückgang lediglich knapp 7 % betrug. Die Gründe für diese Entwicklungen sind daher vielschichtig. Sie dürften unter anderem auf die regionale Bevölkerungsentwicklung, Besonderheiten im Übergangsverhalten und die spezifischen Schulstrukturen zurückzuführen sein.

Nur geringer Anteil privater Hauptschulen

Von den Hauptschulen in Baden-Württemberg werden lediglich 29 in freier Trägerschaft geführt. Diese besuchten im Schuljahr 2006/07 zusammen 4 254 Schüler. Ihr Anteil an der Gesamtschülerzahl betrug somit gut 2 %. Gegenüber dem Schuljahr 2000/01 ist aber immerhin eine Steigerung der Schülerzahl um 31 % feststellbar.

Bei den privaten Hauptschulen handelt es sich meist um kleinere Einrichtungen. Ihre regionale Verteilung ist relativ ungleichmäßig. In den Regierungsbezirken Freiburg und Tübingen sind sie deutlich stärker vertreten als in den Regierungsbezirken Stuttgart und Karlsruhe. Insgesamt gab es 2006/07 nur in 18 der 44 Landkreise und kreisfreien Städte des Landes eine Hauptschule in freier Trägerschaft (**Tabelle D 2.1 (T2) im Anhang**).

Viele relativ kleine Hauptschulen

Von den 1 226 Hauptschulen in Baden-Württemberg waren 205 „wenig gegliedert“,

das heißt sie hatten weniger als fünf Klassen und wiesen damit nicht alle Schuljahrgänge auf. Sieben Hauptschulen befanden sich im Aufbau, das heißt sie hatten zwar mehr als fünf Klassen, aber dennoch nicht alle Schuljahrgänge von Jahrgangsstufe 5 bis 9. Alle Schuljahrgänge waren an 534 Hauptschulen mindestens einmal vorhanden, bei insgesamt fünf bis maximal sieben Klassen. Damit gelten diese Schulen als einzügig. Überwiegend zweizügig oder zweizügig waren 401 Hauptschulen, überwiegend dreizügig oder drei- und mehrzügig nur 79. Insgesamt waren im Schuljahr 2006/07 damit 61 % der Hauptschulen nur wenig gegliedert, im Aufbau oder einzügig. Im Schuljahr 2001/02 galt dies für 52 % der Hauptschulen.

Im Schuljahr 2006/07 wurden an 283 Standorten öffentlicher Hauptschulen weniger als 85 Schüler unterrichtet. Darunter befanden sich auch alle zehn in Baden-Württemberg vorhandenen Hauptschul-Außenstellen, die unter diesem Aspekt gesondert betrachtet werden.¹ Der größte Teil der öffentlichen Hauptschulen (610) hatte zwischen 85 und 200 Schüler. Lediglich an 14 öffentlichen Hauptschulen wurden mehr als 400 Schüler gezählt. Von den insgesamt 29 privaten Hauptschulen hatten 14 weniger als 85 Schüler und vier zwischen 85 bis unter 200 Schüler. Über 400 Schüler wurden nur von drei privaten Hauptschulen gemeldet.

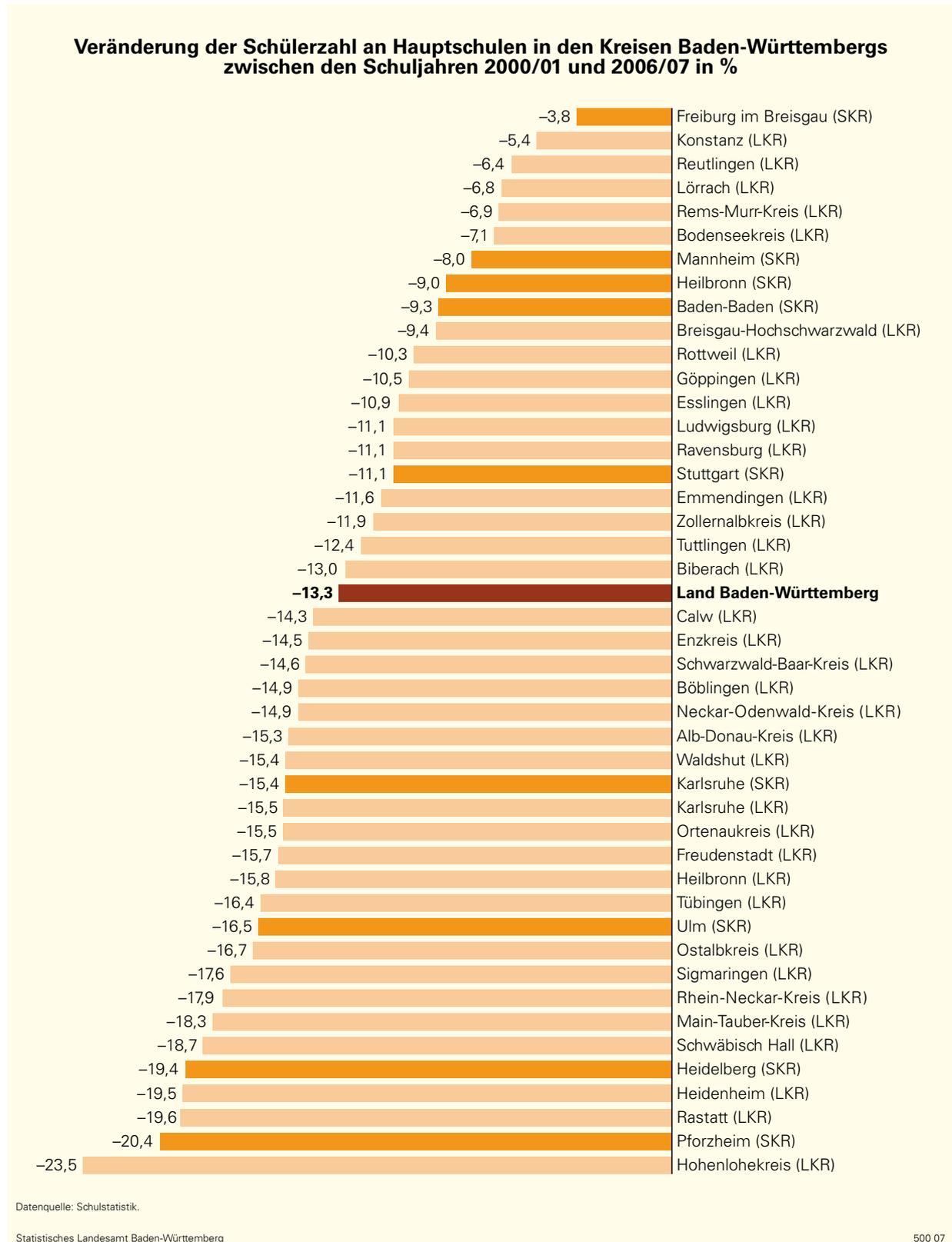
Durchschnittlich rund 20 Schüler je Klasse

Im Durchschnitt lag die Klassengröße an den Hauptschulen im Schuljahr 2006/07 bei etwas über 20 Schülern. Dies spricht dafür, dass an den Hauptschulen überwiegend relativ kleine Klassen existieren. Im Zuge des seit dem Schuljahr 2003/04 zu beobachtenden Rückgangs der Schülerzahlen ist die durchschnittliche Schülerzahl je Klasse weiter abgesunken und liegt nun mit 20,4 um einen Schüler unter dem vor drei Jahren verzeichneten Wert.

An öffentlichen Hauptschulen liegt die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse spürbar unter

¹ Der Wert 85 ergibt sich, wenn man von einer Mindestklassengröße an öffentlichen Hauptschulen von 17 Schülern und fünf Hauptschul-Jahrgängen ausgeht.

Grafik D2.1 (G2)



den Werten der privaten Schulen (Grafik D 2.1 (G3)). Mit 22,9 Schülern je Klasse wurden an privaten Schulen 2006/07 im Mittel fast drei Schüler mehr pro Klasse unterrichtet als an öffentlichen. Dieser Abstand hat sich in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert.

An den öffentlichen Hauptschulen umfassten gut zwei Drittel aller Regelklassen² weniger als 23 Schüler (Tabelle D 2.1 (T3) im Anhang). Rund ein Viertel der Regelklassen wurde von 23 bis 27 Schülern besucht. In etwa 6 % aller regulären Hauptschulklassen wurden 28 Schüler oder mehr unterrichtet. Dies waren 537 Klassen an den öffentlichen Hauptschulen. An den Einrichtungen in freier Trägerschaft waren in gut der Hälfte der Klassen 23 bis 27 Schüler zu finden. In jeder fünften Klasse betrug die Klassengröße 28 Schüler oder mehr.

Mehr Jungen auf der Hauptschule

Die geschlechtsspezifische Betrachtung von Schülern an den Hauptschulen zeigt einen deut-

lichen Jungenüberschuss: gut 55 % der Hauptschüler waren im Schuljahr 2006/07 männlich (Tabelle D 2.1 (T2) im Anhang). Dieses Verhältnis ist bereits seit längerer Zeit stabil. Schon im Schuljahr 1980/81 lag der Jungenanteil auf demselben Niveau. Im Verlauf der Jahre waren hier nur sehr geringe Schwankungen feststellbar.

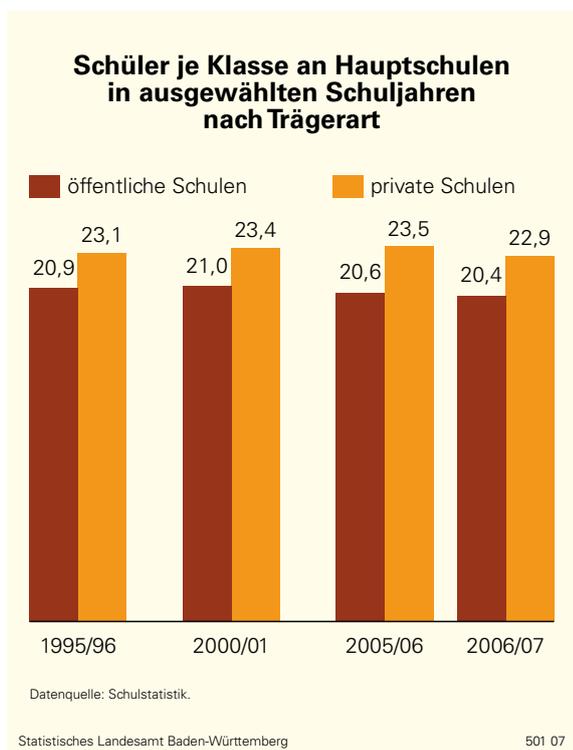
In allen Kreisen des Landes stellen die Jungen die Mehrzahl der Hauptschüler. Ihr Anteil reicht von knapp 58 % im Hohenlohekreis bis 53 % in der Stadt Baden-Baden. Somit hält sich die Schwankungsbreite des Jungenanteils auch auf Kreisebene in Grenzen.

Etwa jeder Sechste nutzt das freiwillige 10. Schuljahr

Der Besuch des freiwilligen 10. Schuljahres an einer Hauptschule (Werkrealschule) bietet auch Hauptschülern einen direkten Weg zum mittleren Abschluss. Im Schuljahr 2006/07 haben von den 1 226 Hauptschulen 359 eine 10. Klassenstufe angeboten, die von insgesamt 6 891 Schülern besucht wurde. Damit waren etwa 16 % der Neuntklässler des vorangegangenen Schuljahres in die freiwillige 10. Stufe gewechselt. Seit dem Schuljahr 1996/97 liegt dieser Anteil relativ konstant bei Werten zwischen knapp 15 % und gut 16 % (Grafik D2.1 (G4)). Innerhalb der letzten fünf Jahre war allerdings tendenziell ein leichter Anstieg zu registrieren.

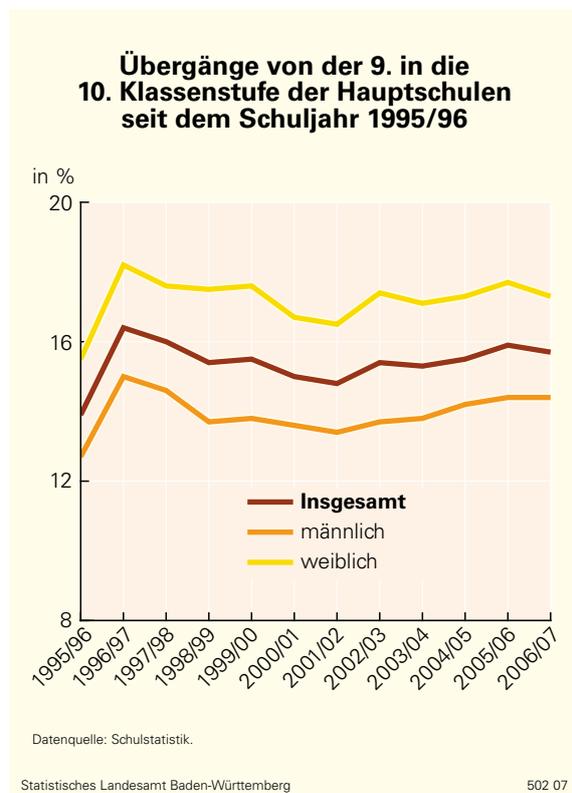
Von den 79 337 Schülern der Klassenstufen 8 und 9 nahmen 38 015 am Zusatzunterricht teil, der Vorbedingung für den Übergang in die Werkrealschule ist. Das entspricht einem Anteil von 48 %. Allerdings hatten nicht alle Hauptschüler die Möglichkeit, Zusatzunterricht zu erhalten, da dieser nur an 1 131 Schulen erteilt wurde. Damit konnten knapp 8 % der Hauptschulen ihren Schülern diesen Unterricht nicht anbieten. Im Vergleich zu ihren männlichen Mitschülern erhalten Schülerinnen deutlich häufiger Zusatzunterricht. Während 54 % der Acht- und Neuntklässlerinnen 2006/07 zu dieser leistungsfähigeren Gruppe gehörten, traf dies nur auf gut 43 % ihrer männlichen

Grafik D2.1 (G3)



2 Siehe die methodische Erläuterung „Regelklasse“ am Ende dieses Kapitels.

Grafik D2.1 (G4)



Klassenkameraden zu. Dieser Trend setzt sich auch bei den Übergängen in Klassenstufe 10 fort: Gut 14 % der männlichen, aber mehr als 17 % der weiblichen Neuntklässler wechselten in die freiwillige 10. Klassenstufe (Grafik D2.1 (G4)).

Neben dem Wechsel in die 10. Klassenstufe stehen den erfolgreichen Neuntklässlern noch weitere Alternativen offen. Sie können sich beispielsweise mit dem Hauptschulabschluss um eine Lehrstelle bewerben oder an einer 2-jährigen Berufsfachschule die Fachschulreife anstreben. Dort dauert der Weg zum mittleren Abschluss zwar ein Jahr länger, dafür erhalten die Schüler neben allgemein bildendem Unterricht auch berufliche Grundkenntnisse vermittelt (siehe Kapitel E 3). Insgesamt setzt somit nur etwa ein Drittel der Schüler, die in den Klassenstufen 8 und 9 Zusatzunterricht erhalten hatten, seine Schullaufbahn in Stufe 10 der Werkrealschule fort.

Methodische Erläuterung

Regelklassen

Regelklassen sind hier die Hauptschulklassen mit Ausnahme der Klassen mit dem Ziel der Beseitigung von Lese-/Rechtschreibschwächen, der Vorbereitungsklassen, der Förderklassen für Aussiedler, der Kooperationsklassen Hauptschule/BVJ und der muttersprachlichen Klassen.

D 2.2 Realschule

An den 472 Realschulen des Landes wurden im Schuljahr 2006/07 insgesamt 244 836 Schüler unterrichtet. Damit blieb die Schülerzahl fast genau auf dem Niveau des Vorjahres. Seit dem Schuljahr 2004/05, in dem 247 564 Realschüler gezählt wurden, ist demografisch bedingt ein prinzipiell rückläufiger Trend der Schülerzahlen zu beobachten. Damit lag der Gipfel der Entwicklung etwas unterhalb des im Schuljahr 1979/80 erreichten Höchststandes von 257 352 (Grafik D 2.2 (G1)).

Die Entwicklung verlief in den Kreisen Baden-Württembergs differenziert. Im Vergleich zum Schuljahr 2000/01 lag die Schülerzahl 2006/07 landesweit um 6,5 % höher. Allerdings ist in den vier Landkreisen Calw, Schwarzwald-Baar-Kreis, Zollernalbkreis und Ortenaukreis sowie in der Stadt Ulm bereits zu diesem Zeitpunkt ein Rückgang der Schülerzahlen erkennbar (Grafik D 2.2 (G2)). Andererseits war in der Stadt Baden-Baden – wenn auch bei geringer absoluter Schülerzahl – eine deutliche Zunahme um 20 % zu verzeichnen. Ähnlich stark fiel diese im Landkreis Freudenstadt mit 18 % aus. Im Landkreis Ravensburg lag ebenfalls eine erhebliche Steigerung um 15 % vor. Auch wenn sieben der neun Stadtkreise über dem Landesdurchschnitt liegen, ist kein auffälliges Verteilungsmuster der Entwicklung der Schülerzahlen feststellbar.

Knapp 5 % der Schüler sind an Privatschulen

Im Schuljahr 2006/07 strebten an den 45 Schulen in freier Trägerschaft zusammen 11 351

Schüler den Realschulabschluss an. Ihr Anteil an der Gesamtschülerzahl der Realschulen betrug damit knapp 5 %. Seit dem Schuljahr 1980/81 konnten die privaten Realschulen ihre Schülerzahl kontinuierlich steigern und ihren Anteil immerhin nahezu verdoppeln (Tabelle D 2.2 (T1) im Anhang).

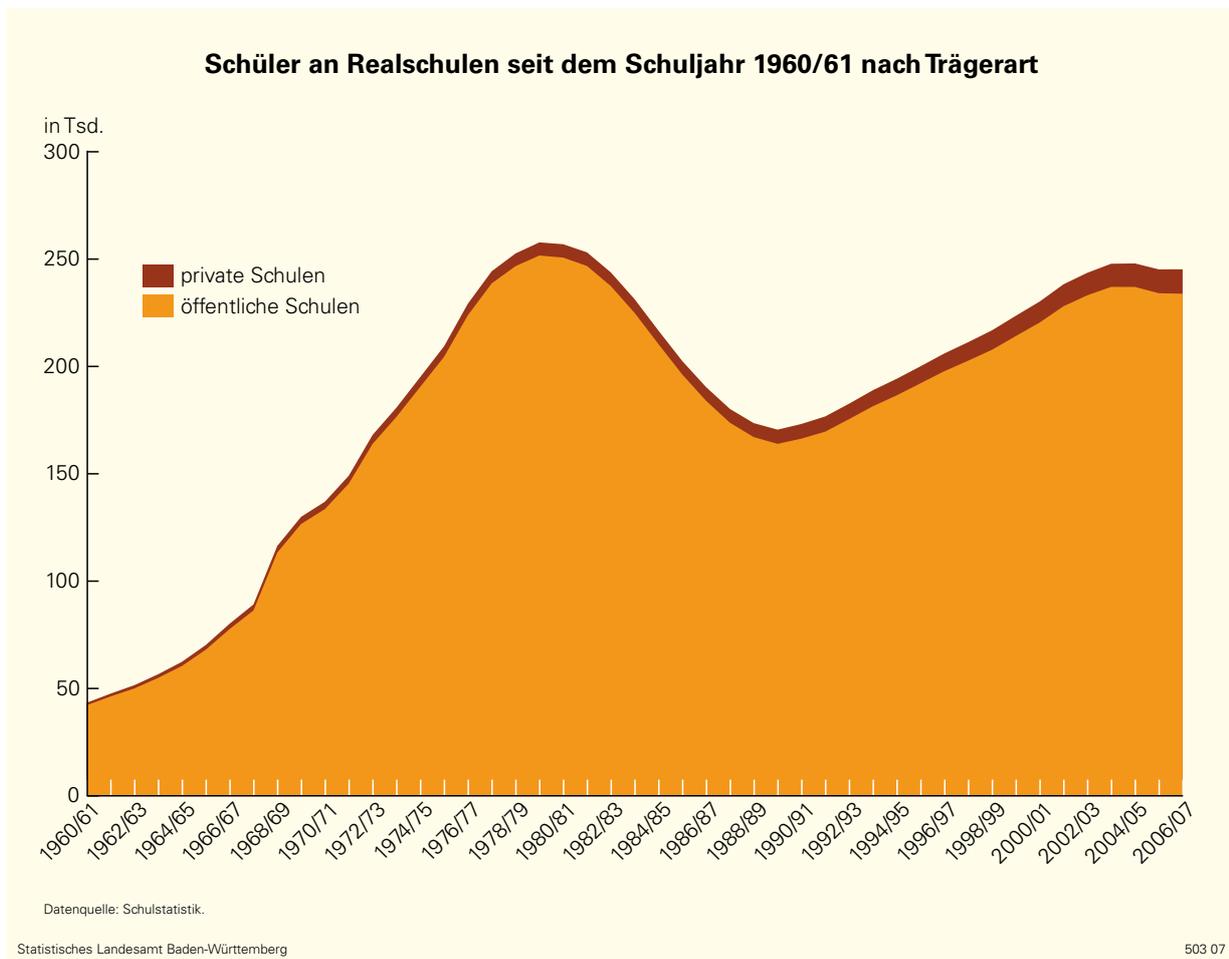
Lediglich in 29 der 44 Landkreise und kreisfreien Städte Baden-Württembergs sind private Realschulen vorhanden. Relativ weit verbreitet sind diese in den Regierungsbezirken Freiburg und Tübingen (Tabelle D 2.2 (T2) im Anhang). Dort gibt es auch einige größere Einrichtungen mit zum Teil deutlich mehr als 500 Schülern. Bei einigen privaten Realschulen handelt es sich um Mädchenschulen in kirchlicher Trägerschaft.

An Realschulen im Mittel knapp 28 Schüler je Klasse

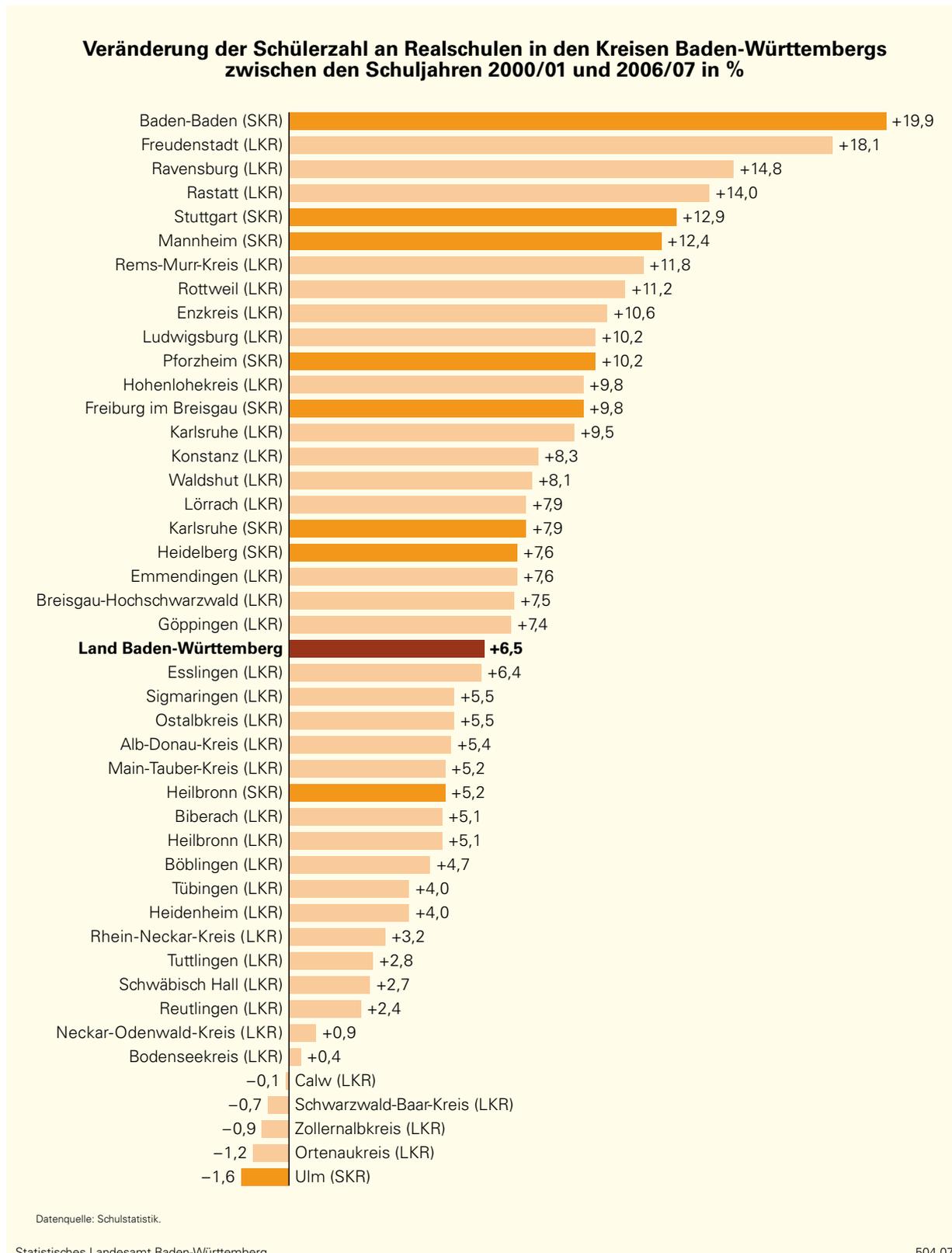
Im Verlauf des Anstiegs der Schülerzahlen an den Realschulen war auch ein Anstieg der Schülerzahl je Klasse zu verzeichnen. Im Schuljahr 1995/96 waren im Durchschnitt 25,9 Schüler in einer Klasse. Bis 2004/05, als die Schülerzahl ihren Höchststand erreichte, stieg sie um fast zwei Schüler je Klasse auf 27,7 an. Seitdem ist wieder ein leichter Rückgang auf 27,5 Schüler je Klasse eingetreten.

Aufgrund ihres hohen Anteils an der Schülerzahl prägen vor allem die öffentlichen Realschulen diese Entwicklung. Ihre durchschnittliche Schülerzahl je Klasse stieg von 25,9 im Jahr 1995/96

Grafik D2.2 (G1)



Grafik D2.2 (G2)



bis 2004/05 auf 27,8 an und ist seitdem leicht auf 27,6 zurückgegangen (Grafik D 2.2 (G3)). An den privaten Realschulen war diese Entwicklung nicht in solchem Ausmaß feststellbar. Zwar stieg dieser Wert von 1995/96 bis 2003/04 ebenfalls an, jedoch nur um gut einen Schüler pro Klasse von 25,7 auf 26,9. Seitdem sank er wieder auf 26,0 Schüler je Klasse im Schuljahr 2006/07. Lagen öffentliche und private Realschulen 1995/96 noch fast gleichauf, so sind nun an den privaten Schulen kleinere Klassen vorhanden.

Nahezu gleich viele Jungen und Mädchen

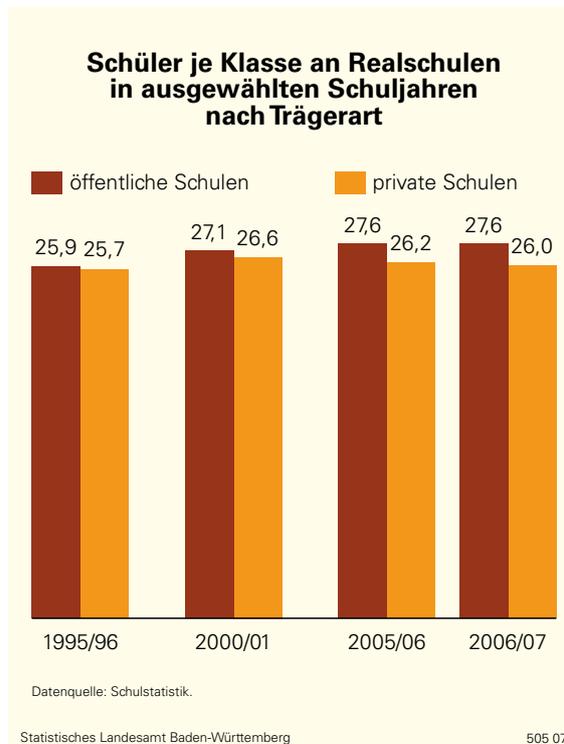
An den Realschulen in Baden-Württemberg ist das Verhältnis von Schülern und Schülerinnen etwa ausgeglichen. Allerdings ergab sich im Schuljahr 2006/07 eine nahezu „historische“ Zäsur: Erstmals waren die männlichen Schüler knapp in der Überzahl (Tabelle D 2.2 (T1) im Anhang). Diese Entwicklung zeichnet sich schon seit längerem ab. So hatten die Schülerinnen im Schuljahr 1980/81 noch einen Anteil von fast 54 %. Bis 1990/91 war er bereits auf gut 52 % abgesunken und lag 2000/01 bei knapp 51 %.

Auf Kreisebene reicht die Spanne des Mädchenanteils von nur 44 % in der Stadt Baden-Baden bis rund 53 % in der Stadt Ulm, im Hohenlohekreis und in der Stadt Heidelberg. Dies ist eine relativ weite Spreizung, die jedoch dadurch relativiert wird, dass Baden-Baden ein „Ausreißer“ ist. Hier schlägt sich die Schülerstruktur der privaten Realschule mit Internat nieder, die überwiegend männliche Schüler aufweist. Der Mädchenanteil an den öffentlichen Realschulen in Baden-Baden ist mit 51 % dagegen sogar überdurchschnittlich. Die nächst niedrigen Werte sind mit jeweils knapp über 48 % in den Städten Karlsruhe, Mannheim und Freiburg im Breisgau zu finden (Tabelle D 2.2 (T2) im Anhang).

Ein Viertel wählt eine zweite Fremdsprache

In der 7. Klassenstufe stehen die Realschüler vor der Entscheidung, ein Wahlpflichtfach zu bestimmen, das ihren Neigungen entspricht. Sie haben dabei die Wahl zwischen den Fächern „Technik“, „Mensch und Umwelt“ und einer zweiten Fremdsprache – in aller Regel Französisch.¹ Im Fach „Technik“ sollen den Schülern laut Bildungsplan

Grafik D2.2 (G3)



der Realschule im Rahmen einer intensiven Auseinandersetzung mit technischen Inhalten fundamentale Kenntnisse und Handlungsmuster vermittelt werden. Dies erfolgt in den fünf Problem- und Handlungsfeldern „Arbeit und Produktion“, „Information und Kommunikation“, „Transport und Verkehr“, „Versorgung und Entsorgung“ sowie „Bauen und Wohnen“. Im Fach „Mensch und Umwelt“ sollen ausgehend vom privaten Haushalt Sachkenntnisse vermittelt sowie Urteilsvermögen und Handlungskompetenz entwickelt werden. Das Fach umfasst dabei die Themenbereiche Ernährung, Bekleidung, Wohnen, Wirtschaften und Zusammenleben in Familie und Gesellschaft.

Gut ein Viertel der Realschüler hatte sich nach dem Stand des Schuljahres 2006/07 für die zweite Fremdsprache entschieden. Das Fach „Technik“ lag mit einem Anteil von 39 % knapp

1 Für Schüler, die ab Klassenstufe 5 Französisch als Pflichtfremdsprache haben, ist ab Klasse 7 auch Englisch Pflichtfremdsprache.

vor „Mensch und Umwelt“ mit 35 % (**Grafik D 2.2 (G4)**). Bei der Entscheidung sind eindeutige geschlechtsspezifische Muster erkennbar. Gut 58 % der Schülerinnen wählten „Mensch und Umwelt“, 71 % ihrer männlichen Mitschüler dagegen das Fach „Technik“. Die zweite Fremdsprache ist unter den Schülerinnen beliebter als unter den Schülern: Von den Schülerinnen erlernten 33 % (meist) Französisch, von den Schülern lediglich knapp 17 %.

Ein Viertel der Realschulen bietet in einzelnen Sachfächern oder Unterrichtssequenzen bilingualen Unterricht an. Vorwiegend findet dieser in englischer Sprache statt.

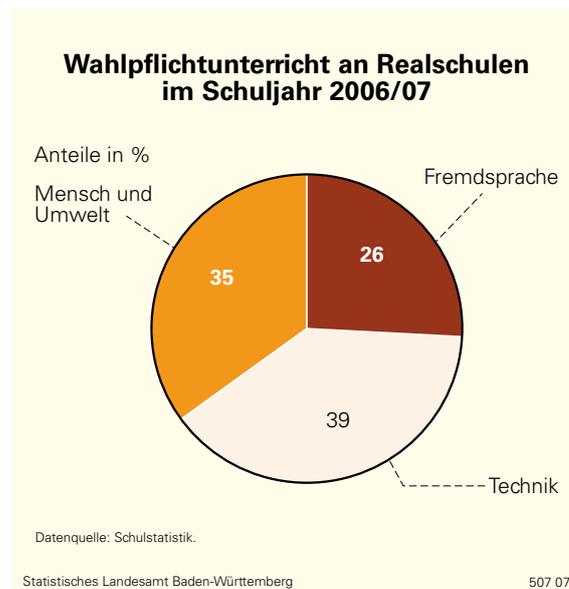
Mehr Zugänge aus dem Gymnasium als aus der Hauptschule

Fast 95 % der Realschüler des Schuljahres 2006/07 waren regulär in ihre aktuelle Klassenstufe versetzt worden. Knapp 3 % der Schüler wiederholten eine Klassenstufe. In Klassenstufe 9 ist die Wiederholerquote mit mehr als 5 % am höchsten. Auch in Klassenstufe 8 lag diese Quote mit knapp 4 % deutlich über dem Durchschnitt der Schulart. Männliche Realschüler wiederholen häufiger eine Klassenstufe als ihre Mitschülerinnen: 3,4 % der Schüler und 2,3 % der Schülerinnen waren Wiederholer. Der Anteil der Schüler, die das Klassenziel nicht erreicht haben, ist an den Realschulen durchschnittlich deutlich höher als an Hauptschulen und Gymnasien.

Die multilaterale Versetzungsordnung regelt die Durchlässigkeit zwischen den allgemein bildenden Schularten. Die Realschule ist dabei als „mittlere“ Schulart die naheliegende Alternative sowohl für Schüler der Hauptschule als auch des Gymnasiums. Zum Schuljahr 2006/07 waren insgesamt 2 361 Schüler von einer Hauptschule auf die Realschule gewechselt und 2 735 von einem Gymnasium (**Tabelle D 2.2 (T3) im Anhang**). Deutlich mehr als die Hälfte der ehemaligen Hauptschüler waren hierbei in die 6. Klassenstufe eingetreten, knapp ein Viertel in die 7. Klassenstufe und rund 14 % in die 5. Klassenstufe. In den höheren Stufen fanden nur vereinzelt Wechsel von der Haupt- zur Realschule statt. Der im Ablauf der Klassenstufen fortschreitende Unterschied in den Bildungsinhalten dürfte hierfür ausschlaggebend sein. Bei den Zugängen aus den Gymnasien ist dagegen

ein anderes Muster feststellbar. Hier war jeweils gut ein Viertel der Wechsler aus dem Gymnasium in den Klassenstufen 7, 8 und 9 zu finden.

Grafik D2.2 (G4)



D 2.3 Gymnasium

Im Schuljahr 2006/07 wuchs die Schülerzahl der 436 Gymnasien im Land um knapp 4 900 auf 333 322 an. Damit setzte sich der seit Beginn der 90er-Jahre zu beobachtende Trend steigender Schülerzahlen fort (**Grafik D 2.3 (G1)**). Neben der demografischen Entwicklung ist hierfür auch der wachsende Anteil der Gymnasien an den Übergängen von der Grundschule verantwortlich (**Kapitel D1.3**). Die bislang höchste Schülerzahl wurde im Schuljahr 1980/81 mit 339 696 verzeichnet, als die geburtenstarken Jahrgänge der 60er-Jahre unterrichtet wurden.

Landesweit erhöhte sich die Zahl der Gymnasialisten seit dem Schuljahr 2000/01 um fast 14 %. Den geringsten Zuwachs verzeichneten in diesem Zeitraum die Gymnasien im Schwarzwald-Baar-Kreis, deren Schülerzahl lediglich um rund 5 % zunahm. Auch in den Landkreisen Rottweil, Heidenheim und Göppingen lag der Anstieg mit

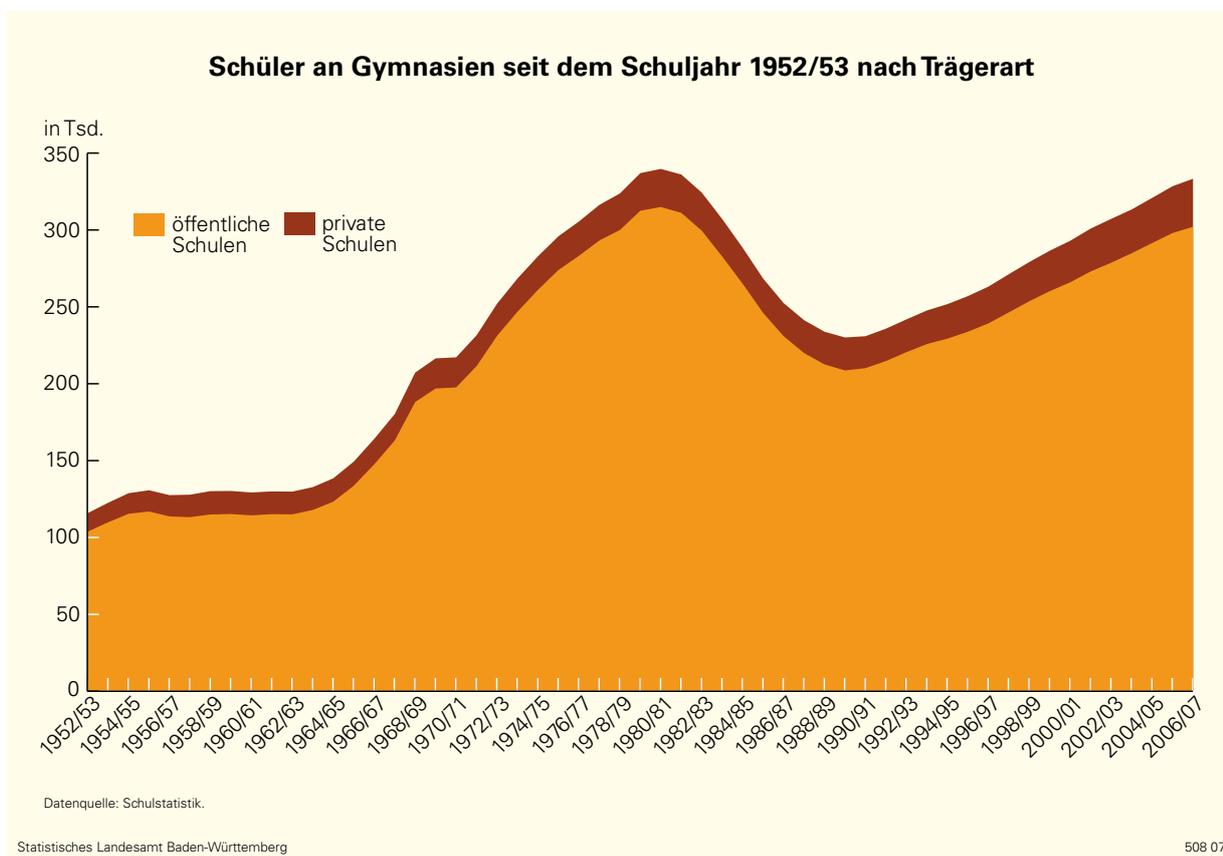
gut 7 % bis knapp 8 % wenig darüber. Dagegen wurden in den Landkreisen Calw und Schwäbisch Hall 22 % bzw. 21 % mehr Gymnasiasten unterrichtet als sechs Jahre zuvor (Grafik D 2.3 (G2)).

Fast jeder zehnte Schüler besucht ein privates Gymnasium

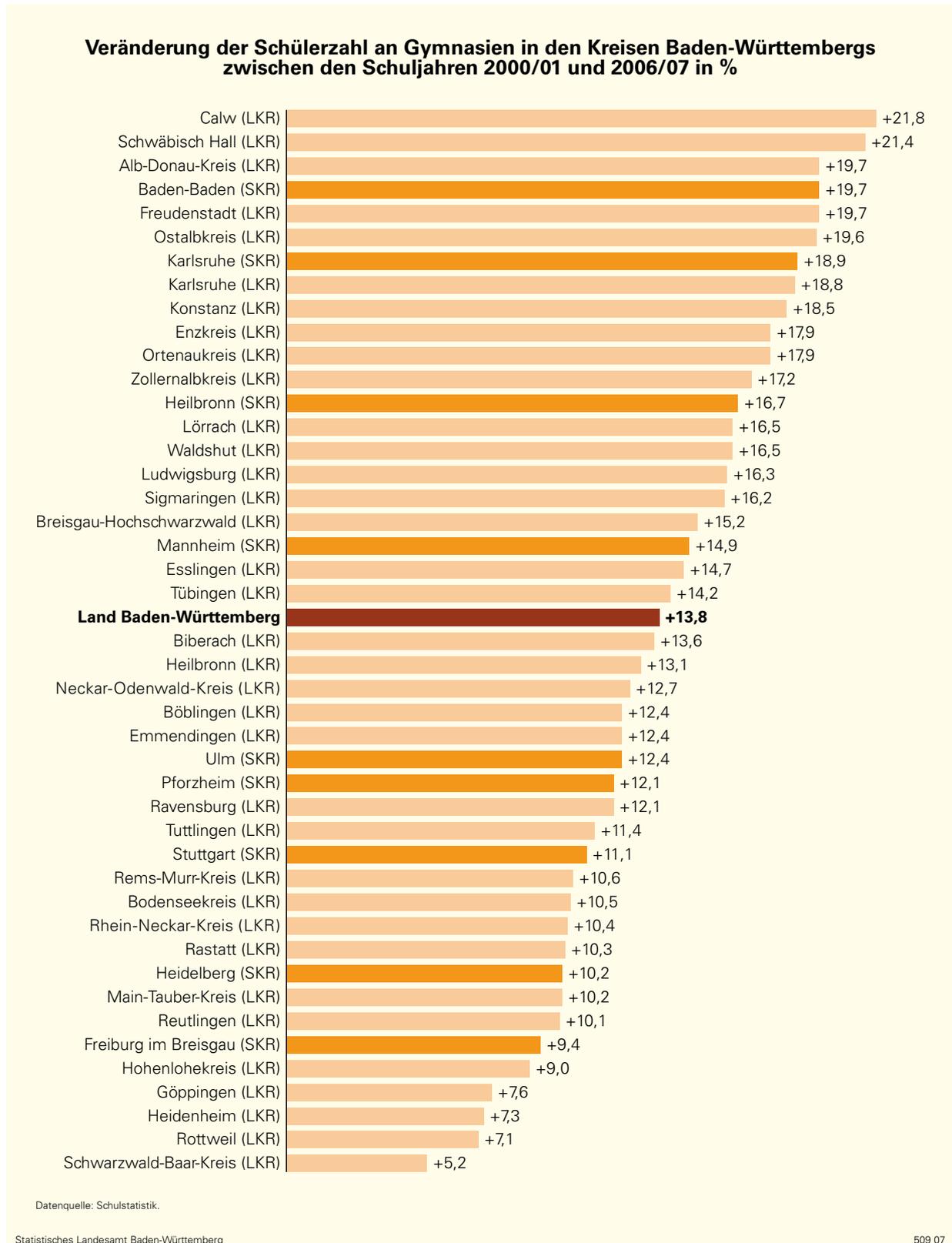
Im Schuljahr 2006/07 gab es in Baden-Württemberg 59 private Gymnasien. An 17 von diesen ist ein Internat angeschlossen. Insgesamt besuchten 31 262 Schüler ein privates Gymnasium, was einem Anteil von über 9 % an der Gesamtzahl entspricht. Seit dem Schuljahr 2000/01 konnten die privaten Einrichtungen ihre Schülerzahl um knapp 16 % steigern. Damit lag ihr Zuwachs um fast zwei Prozentpunkte über dem der öffentlichen Einrichtungen (Tabelle D 2.3 (T1) im Anhang).

Private Gymnasien sind in 27 der 44 Landkreise und kreisfreien Städte im Land zu finden. Häufig sind in zentral gelegenen Orten mehrere private Schulen ansässig, die auch von Schülern aus den umliegenden Kreisen besucht werden. Bei Einrichtungen mit angeschlossenem Internat kann das Einzugsgebiet sogar über Baden-Württemberg hinausgehen. Dies mag ein wichtiger Grund dafür sein, dass in manchen Kreisen ein auffallend hoher Anteil von Privatschülern zu finden ist (Tabelle D 2.3 (T2) im Anhang). So werden in Heidelberg sogar mehr als 46 % der Gymnasiasten an privaten Schulen unterrichtet, in Baden-Baden sind dies immerhin rund 36 %. In sechs weiteren Kreisen und kreisfreien Städten (Mannheim, Ravensburg, Sigmaringen, Stuttgart, Ortenaukreis und Waldshut) liegt der Privatschüleranteil bei über 20 %.

Grafik D2.3 (G1)



Grafik D2.3 (G2)



Tendenz zu größeren Klassen

Seit dem Schuljahr 1995/96, in dem die durchschnittliche Zahl der Schüler pro Klasse bei 24,8 lag, ist ein kontinuierlicher Anstieg dieses Wertes zu beobachten. Im Schuljahr 2006/07 betrug er 27,5 Schüler pro Klasse. Bei dieser Berechnung werden jeweils die Jahrgangsstufen 12 und 13 (G9) bzw. 11 und 12 (G8) nicht einbezogen, da in diesen Stufen der Klassenverband im Zuge des Kurssystems aufgelöst ist. Der Anstieg der Schülerzahlen in diesem Zeitraum konnte somit nicht allein durch die Einrichtung von rund 1 300 neuen Klassen bewältigt werden, sondern es mussten auch im Durchschnitt mehr Schüler in eine Klasse aufgenommen werden.

An privaten Gymnasien lag dieser rechnerische Durchschnitt mit 25,9 Schülern pro Klasse um knapp zwei Schüler unter dem der öffentlichen Gymnasien von 27,7 Schülern pro Klasse. Die Tendenz zu größeren Klassen war in den vergangenen Jahren an öffentlichen und privaten Einrichtungen in ähnlichem Ausmaß feststellbar (Grafik D 2.3 (G3)).

Seit 1984/85 mehr Mädchen als Jungen an Gymnasien

Im Schuljahr 2006/07 besuchten deutlich mehr Schülerinnen als Schüler die Gymnasien des Landes: 175 874 Schülerinnen standen 157 448 Schüler gegenüber. Sie hatten damit einen Anteil von knapp 53 % an der Schülerschaft (Tabelle D 2.3 (T1) im Anhang). Seit Beginn der 60er-Jahre bis etwa zur Jahrtausendwende nahm der Mädchenanteil am Gymnasium von damals rund 38 % auf über 53 % beständig zu. In den letzten Jahren ging dieser Anteil jedoch minimal zurück. An privaten Schulen sind sogar sechs von zehn Schülern weiblich. Dies ist hauptsächlich auf einige Mädchengymnasien zurückzuführen.

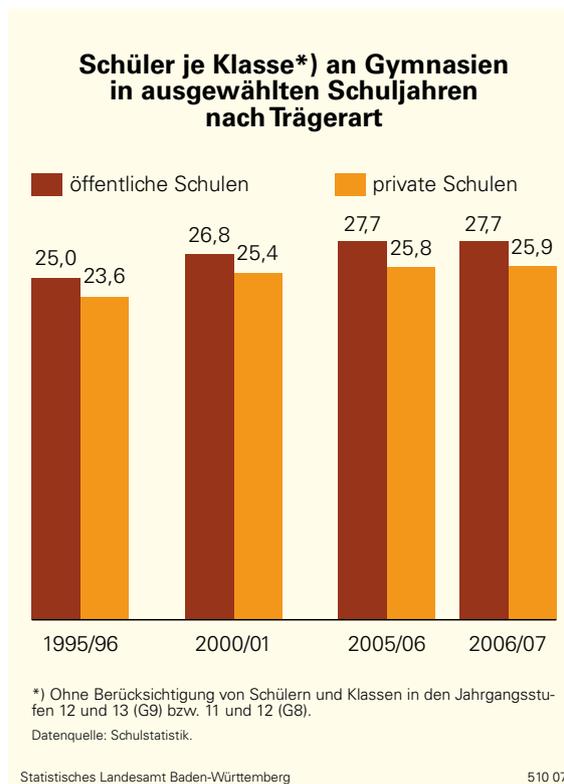
Die niedrigsten Mädchenanteile sind mit knapp 51 % im Bodenseekreis und im Alb-Donau-Kreis zu finden, der höchste mit fast 58 % im Landkreis Sigmaringen (Tabelle D 2.3 (T2) im Anhang). Dieser hohe Wert ist auf zwei große private Einrichtungen mit überwiegend weib-

licher Schülerschaft zurückzuführen. Eine dieser Schulen verfügt über ein Internat für Mädchen.

Weiterer Ausbau der Hochbegabtenförderung geplant

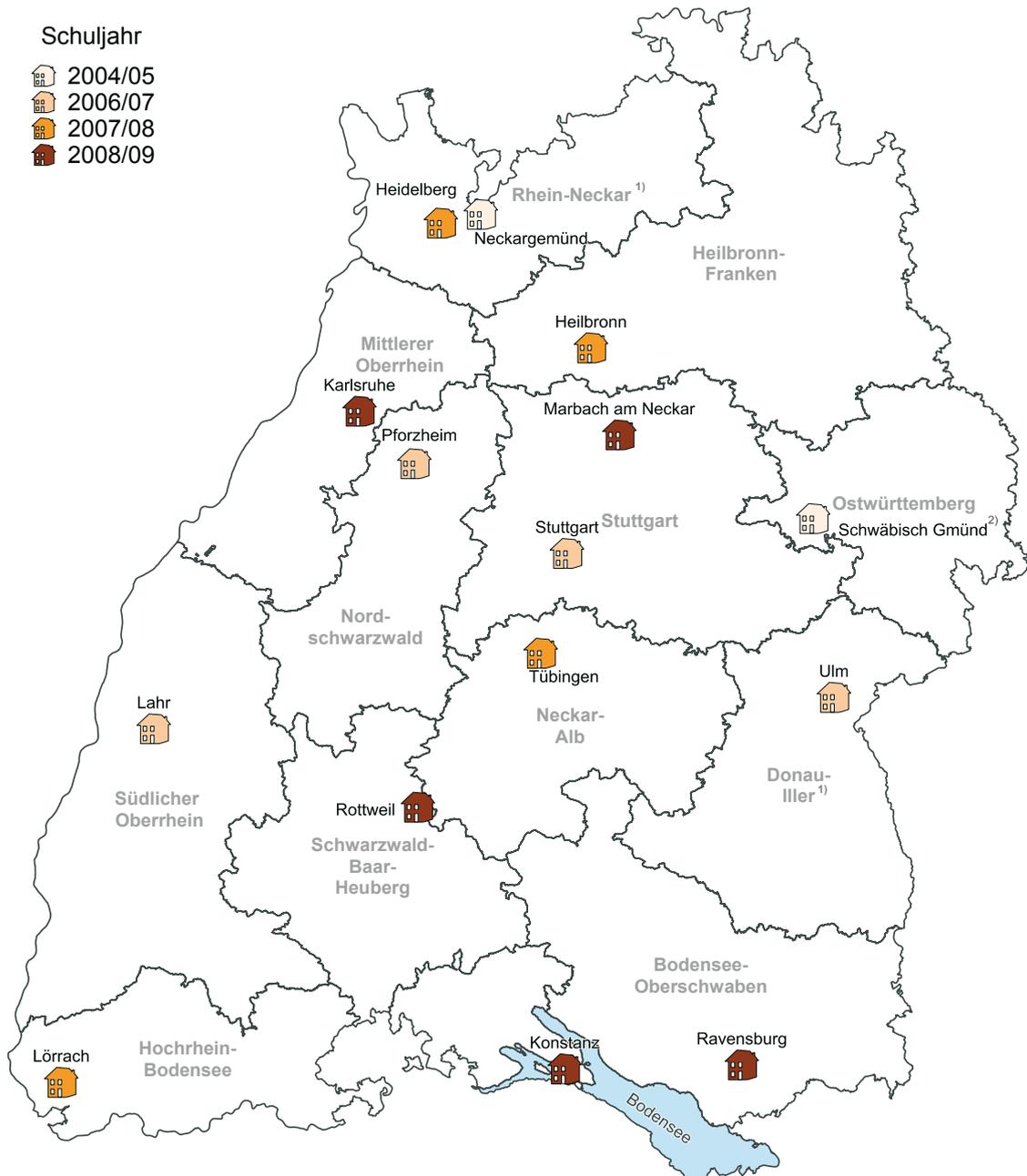
Zum Schuljahr 2004/05 hatte das Landesgymnasium für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd den Betrieb mit 44 Schülern in der siebten und der zehnten Klassenstufe aufgenommen. Im Schuljahr 2006/07 wurden dort insgesamt 128 Schüler ab Klassenstufe 7 unterrichtet, darunter waren 59 Mädchen. Nach Vollendung des zweizügigen Endausbaus sollen am Landesgymnasium 240 Schüler unterrichtet werden. Zum Schuljahr 2004/05 wurde auch ein privates Gymnasium mit spezieller Ausrichtung zur Förderung von Hochbegabten in Neckargemünd eröffnet. Dieses umfasste im Schuljahr 2006/07 die Klassenstufen 5 bis 7 mit zusammen 40 Schülern, darunter 16 Mädchen.

Grafik D2.3 (G3)



Grafik D 2.3 (G4)

Gymnasien mit besonderen Angeboten der Hochbegabtenförderung nach Schuljahr der Einrichtung

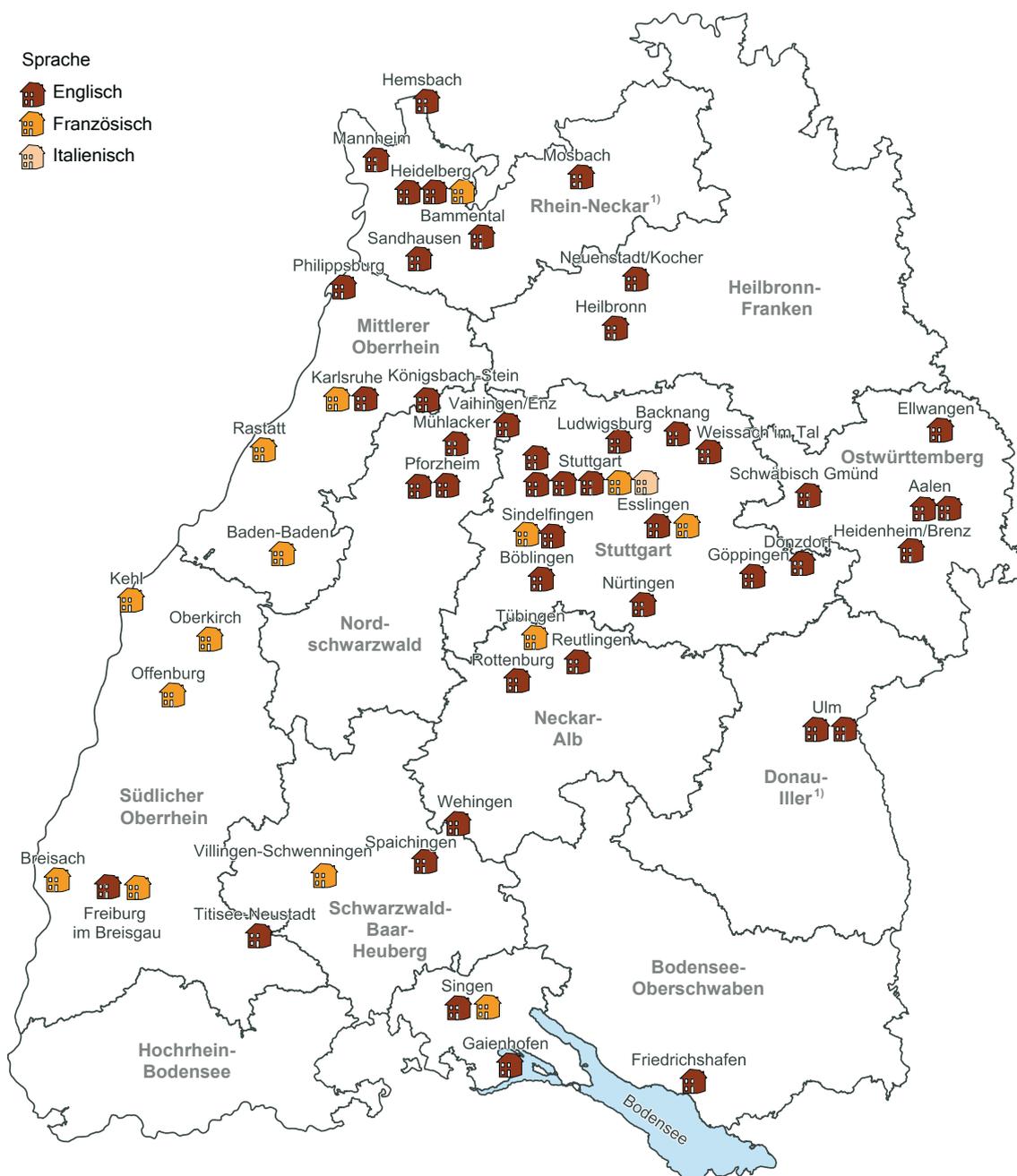


1) Soweit Land Baden-Württemberg. – 2) Ab dem Schuljahr 2008/09 mit Hochbegabtenzug für externe Schüler.

Datenquelle: Kultusministerium Baden-Württemberg.

Grafik D 2.3 (G5)

Gymnasien mit bilingualen Abteilungen



1) Sowie Land Baden-Württemberg.

Datenquelle: Kultusministerium Baden-Württemberg, Stand Schuljahr 2006/07.

Daneben gab es im Schuljahr 2006/07 sogenannte Hochbegabtenzüge an öffentlichen Gymnasien in Stuttgart, Ulm, Pforzheim und Lahr (Grafik D 2.3 (G4)). Die Zulassung von Schülern zu diesen Zügen erfolgt über ein zweistufiges Aufnahmeverfahren. Nach einer Prüfung im Bereich des Intelligenzquotienten und der Erstellung eines Begabungsprofils durch Schulpsychologen finden an der jeweiligen Schule Aufnahmegespräche statt. Die Förderstruktur der Hochbegabtenzüge folgt zwei Prinzipien:

- Akzeleration: gesteigertes Lerntempo und
- Enrichment: Freiraum für zusätzliche Lernangebote.

Am 14. November 2006 beschloss die Landesregierung den stufenweisen Ausbau dieser Hochbegabtenzüge. Im Rahmen des Ausbauprogramms werden im Schuljahr 2007/08 solche Züge an Gymnasien in Heilbronn, Tübingen, Heidelberg und Lörrach eingerichtet. Im Schuljahr 2008/09 ist der weitere Ausbau an den Standorten Marbach am Neckar, Karlsruhe, Konstanz, Rottweil und Ravensburg vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt soll auch das Landesgymnasium für Hochbegabte, das bislang als reines Internat geführt wird, für externe Schüler geöffnet werden. Damit gäbe es dann 14 Standorte mit Hochbegabtenzügen an öffentlichen Gymnasien.

Bilinguale Abteilungen in englischer, französischer und italienischer Sprache

Im Zeichen der zunehmenden Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ist es wichtig, Fremdsprachen ähnlich der Muttersprache differenziert, sicher und geläufig zu beherrschen. In diesem Sinne streben bilinguale Bildungsgänge mit der Ausweitung fremdsprachlichen Lernen und Handelns auf Sachfächer eine annähernde Zweisprachigkeit an. Der Kern des bilingualen Konzepts liegt darin, dass die Fremdsprache nicht als Lerngegenstand begriffen wird, sondern als Kommunikationsmedium, sodass im Rahmen schulischen Lernens möglichst realitätsnahe fremdsprachliche Verwendungssituationen ermöglicht werden.

Neben einzelnen bilingualen Unterrichtseinheiten als spezifisches Angebot der Schule gab es im Schuljahr 2006/07 landesweit insgesamt 41 Gymnasien mit einer voll ausgebauten deutsch-englischen Abteilung und 13 Gymnasien mit einer bilingualen Abteilung deutsch-französisch (Grafik D 2.3 (G5)). Im Schuljahr 2007/08 werden drei weitere Schulen in Englisch hinzukommen, in Französisch sind es zwei weitere Schulen. Als neues Angebot wurde im Schuljahr 2006/07 ein bilinguales Profil deutsch-italienisch als Schulversuch eingerichtet (Königin-Katharina-Stift Stuttgart). Bei erfolgreichem Abschluss wird sowohl die deutsche als auch die italienische Hochschulzugangsberechtigung vergeben.

In diesen Abteilungen werden die Schüler nach zwei Schuljahren mit verstärktem Fremdsprachenunterricht in verschiedenen Sachfächern bzw. einer Naturwissenschaft (deutsch-englische Abteilungen) bilingual unterrichtet. Nach dem Besuch der deutsch-englischen Abteilungen erhalten die Schüler ein Zertifikat. Angestrebt wird eine Weiterentwicklung hin zu internationalen Zügen. Dazu wurde im Schuljahr 2006/07 der Schulversuch „Internationale Abiturprüfung Baden-Württemberg“ eingerichtet. In den deutsch-französischen Abteilungen können die Schüler die deutsche allgemeine Hochschulreife zusammen mit dem französischen Baccalauréat (Doppelabschluss „Abibac“) erwerben.

D 2.4 Integrierte Schulformen

Das baden-württembergische Schulsystem ist zwar grundsätzlich dreigliedrig, es bietet aber auch integrierte Schulformen. Dazu zählen die Schulen besonderer Art (früher: Gesamtschulen), die schulartunabhängige Orientierungsstufe in Konstanz und die Freien Waldorfschulen. Gemeinsam ist diesen Schulformen, dass die Schüler nicht nach der vierten Klassenstufe nach verschiedenen Schularten getrennt unterrichtet werden. Allerdings ist der Stellenwert dieser integrativen Schulformen im gesamten Bildungssystem Baden-Württembergs relativ gering.

Königin-Olga-Stift Gymnasium Stuttgart

Partnerschule für Europa mit deutsch-englischer Abteilung

Das Gymnasium Königin-Olga-Stift hat 1992 als erste Schule in Baden-Württemberg bilingualen Unterricht in der Fremdsprache Englisch eingeführt und als Pilotschule an der Entwicklung des heute landesweit verbreiteten Modells mitgewirkt.

In der deutsch-englischen Abteilung erhalten die Schüler (Stand: G9) in den Klassenstufen 5 und 6 zunächst einen verstärkten Englischunterricht und ab Klassenstufe 7 in den Sachfächern Erdkunde, Geschichte, Gemeinschaftskunde und Biologie (im Wechsel) den Unterricht – nach Möglichkeit von muttersprachlichen Lehrern – zunehmend in englischer Sprache mit einer zusätzlichen Unterrichtsstunde pro Woche. Seit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums 2004 ist es möglich, mit dem bilingualen Sachfachunterricht im neuen Fächerverbund GWG (Geschichte, Wirtschaft, Gemeinschaftskunde) bereits in der 6. Klasse zu beginnen.



Ziel der deutsch-englischen Abteilung ist es, den Schülern durch interkulturelles Lernen eine besondere Qualifikation zu vermitteln, die in einer Vielzahl von Berufen von Bedeutung sein wird und den Schülern das Studium in einem englischsprachigen Land ohne zusätzliche Sprachprüfung erlaubt.

Der bilinguale Unterricht wird schülerbezogen, handlungs- und praxisorientiert umgesetzt. Dazu zählen viel Projekt- und Teamarbeit, die möglichst frühzeitige Begegnung mit Muttersprachlern – etwa an den benachbarten Schulen der US-Armee –, der Einsatz authentischer Unterrichtsmaterialien, die frühzeitige und zielorientierte Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Arbeitsgemeinschaften wie der English Debating Club, Business English, die English History Society und ein umfassendes Angebot an Austauschprogrammen (Wales, USA, Indien).

In der gymnasialen Oberstufe besuchen die Schüler das vierstündige Kernkompetenzfach Englisch sowie einen bilingualen Seminarkurs oder ein weiteres bilingual unterrichtetes Fach. Seit dem Schuljahr 2006/2007 ist die Belegung des Kernkompetenzfaches Biologie mit fünf Wochenstunden möglich. Mit dem ersten bilingualen Biologie-Kurs in den Jahrgangsstufen 12 und 13 zählt die Schule zu insgesamt vier Versuchsschulen, die ihren Schülern das Internationale Abitur Baden-Württemberg anbieten, wozu eine schriftliche englischsprachige Prüfung im Fach Biologie gehört. Der Besuch der deutsch-englischen Abteilung wird den Schülern in einem Zertifikat des Landes Baden-Württemberg als Anlage zum Abiturzeugnis bestätigt. Darüber hinaus gibt es bereits am Ende von Klassenstufe 11 die Möglichkeit, durch eine außerschulische, aber im Unterricht vorbereitete Sprachprüfung (Cambridge Certificate in Advanced English oder Cambridge Certificate of Proficiency in English) die Voraussetzungen für den Besuch einer englischsprachigen Universität im Ausland zu schaffen.

Drei Schulen besonderer Art in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg gibt es noch drei „Schulen besonderer Art“ in Freiburg im Breisgau, Heidelberg und Mannheim. Dabei handelt es sich um integrative Gesamtschulen in öffentlicher Trägerschaft, deren rechtliche Grundlage sich in den Schlussvorschriften des Schulgesetzes¹ findet. Dort heißt es in § 107 (1): *„Die Staudinger-Gesamtschule Freiburg im Breisgau, die Internationale Gesamtschule Heidelberg und die Integrierte Gesamtschule Mannheim-Herzogenried können in den Klassen 5 bis 10 als Schulen besonderer Art ohne Gliederung nach Schularten geführt werden. Der Unterricht kann in Klassen und Kursen stattfinden, die nach der Leistungsfähigkeit der Schüler gebildet werden. Die Schulen führen nach der Klasse 9 zum Hauptschulabschluss und nach der Klasse 10 zum Realschulabschluss oder zur Berechtigung zum Übergang in die Oberstufe oder in die Jahrgangsstufe 11 des Gymnasiums.“*

Diese Bestandsgarantie im Schulgesetz sichert die verbliebenen integrierten Gesamtschulen, sodass sie in den Großstädten Heidelberg, Mannheim und Freiburg im Breisgau noch eine Alternative zum gegliederten Schulsystem bieten (siehe Kapitel D 1.3). Von den integrierten Gesamtschulen zu unterscheiden sind die „kooperativen Gesamtschulen“. Sie stellen keine eigenständige Schulart dar, sondern bieten verschiedene Schularten der Sekundarstufe I in einer gemeinsamen Schule mit einheitlicher Schulleitung (zum Beispiel Verbundschulen) an.

Höchststand im Schuljahr 1980/81 mit 11 500 Schülern an den Schulen besonderer Art

Aufgrund der eingeführten Modell- und Versuchsschulen² kletterte die Schülerzahl der Gesamtschulen in den 70er-Jahren beständig nach oben

1 Schulgesetz für Baden-Württemberg in der Fassung vom 1. August 1983 (GBl. S. 397; K.u.U. S. 584), zuletzt geändert durch Änderungsgesetz vom 18. Dezember 2006 (GBl. S. 378).

2 Für eine ausführliche Beschreibung siehe Kultusministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Modelle und Versuche für die Bildungsreform, Oktober 1973.

bis zu ihrem Höchststand im Schuljahr 1980/81: Knapp 11 500 Schüler besuchten damals eine der sieben Gesamtschulen des Landes (Grafik D 2.4 (G1)). Allerdings war auch bei diesem Spitzenwert der Anteil der Schüler an Gesamtschulen an den Schülern aller allgemein bildenden Schulen mit 0,8 % gering. Ab 1980 ist mit dem Auslaufen der Versuchsphase ein stark abnehmender Trend bis zu Beginn der 90er-Jahre zu verzeichnen. Seither haben sich die Schülerzahlen an den Schulen besonderer Art stabilisiert, wobei sie nach einem relativen Tiefpunkt in 2001 seit 2002 wieder leicht ansteigen.

Im Schuljahr 2006/07 besuchten 4 348 Schüler eine Schule besonderer Art, ihr Anteil an den Schülern insgesamt war mit 0,3 % sehr gering. Gut 18 % der Schüler waren Ausländer oder Aussiedler. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Stadtkreis Mannheim der Ausländeranteil an den allgemein bildenden Schulen traditionell besonders hoch ist (2006/07: 22 %).

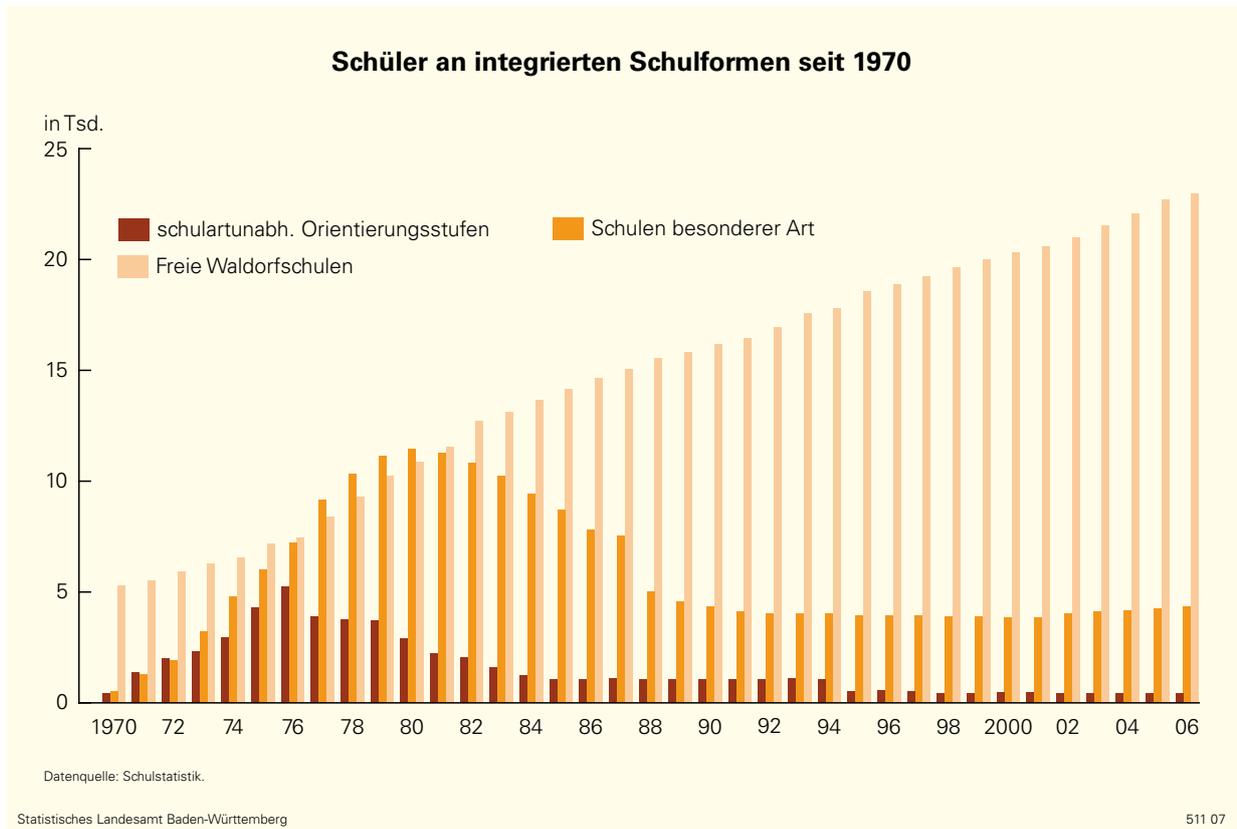
Gemeinsamer Unterricht auch an den Schulen besonderer Art nur in den unteren Klassenstufen

Seit 1988 werden an den Schulen besonderer Art nur die Klassenstufen 5 bis 13 angeboten, wobei die Klassenstufen 11 bis 13 der Oberstufe dann zum Bildungsgang Gymnasium gehören. Im Gegensatz zu den Freien Waldorfschulen, die bereits mit Klassenstufe 1 beginnen, kann eine Schule besonderer Art also erst nach dem Grundschulalter besucht werden. Ein gemeinsamer Unterricht aller Schüler, bei dem die Regelschulen Hauptschule, Realschule und Gymnasium nicht in Erscheinung treten, findet nur in den unteren Klassenstufen statt. Je nach Schule werden die Schüler dann entsprechend der unterschiedlichen Begabungen und Lerngewohnheiten in Niveaurofen, Züge oder schulartbezogene Klassen eingeteilt, die den Regelschulen entsprechen.

Vier von zehn Fünftklässlern der Schulen besonderer Art hatten eine Realschulempfehlung

Von den 646 Schülern in Klassenstufe 5 hatte der Großteil (41 %) von der Grundschule als

Grafik D2.4 (G1)



weiterführende Schulart die Realschule empfohlen bekommen. 30 % hatten 2006 eine Grundschulempfehlung erhalten, die von den Regelschulen nur den Besuch der Hauptschule ermöglicht hätte. 29 % der Fünftklässler waren mit einer Grundschulempfehlung auf die Schule besonderer Art gewechselt, mit der auch der Besuch eines Gymnasiums möglich gewesen wäre.

Vom Abgangsjahrgang 2006 an den Schulen besonderer Art verließen 34 % der Abgänger die Schule mit dem Hauptschulabschluss, 41 % erzielten einen Realschulabschluss und 25 % die allgemeine Hochschulreife.

Die Entwicklung der integrierten, schulartunabhängigen Orientierungsstufen erreichte ihren Höchstwert 1976 mit 5 223 Schülern an 13 Schulen im Land. Im Schuljahr 2006/07 führte nur noch die Geschwister-Scholl-Schule in Konstanz diese schulartunabhängige Orientie-

rungsstufe mit 447 Schülern in den Klassenstufen 5 und 6 (Grafik D 2.4 (G1)).

52 Freie Waldorfschulen mit knapp 23 000 Schülern im Schuljahr 2006/07

Im Schuljahr 2006/07 wurden an den 52 Freien Waldorfschulen 22 971 Schüler unterrichtet. Die Freien Waldorfschulen sind Schulen in ausschließlich privater Trägerschaft und unterrichten nach der anthroposophischen Lehre Rudolf Steiners. Grundprinzipien des Unterrichts sind

- Gesamtschulprinzip
- Jahrgangsklassenprinzip ohne Noten und Wiederholungen
- Epochenunterricht (Blockunterricht)
- Klassenlehrerprinzip (möglichst der gleiche Klassenlehrer von Klasse 1 bis 12)
- Im Allgemeinen ab der 1. Klassenstufe zwei Fremdsprachen

- Betonung des handwerklichen und künstlerischen Unterrichts
- Entwicklung von Individualität und Teamfähigkeit.

Die Freien Waldorfschulen verzeichnen seit Jahren einen wachsenden Zulauf. Jeder vierte Schüler, der eine Schule in privater Trägerschaft besucht, geht auf eine Waldorfschule. Die Schülerzahlen der Freien Waldorfschulen haben sich in den letzten 25 Jahren nahezu verdoppelt. Die öffentlichen allgemein bildenden Schulen weisen im selben Zeitraum dagegen eine Abnahme um 7 % auf. Im Vergleich zu 1970 hat sich die Zahl der Waldorfschüler sogar mehr als vervierfacht (Grafik D 2.4 (G1)). Der Schüleranteil der Freien Waldorfschulen an den allgemein bildenden Schulen insgesamt (ohne Zweiter Bildungsweg) liegt freilich nur bei knapp 2 %.

Klassenstärke in den Klassenstufen 1 bis 4 an Freien Waldorfschulen relativ groß

Die 22 971 Schüler der Freien Waldorfschulen wurden im Schuljahr 2006/07 in 981 Klassen unterrichtet. Dies entsprach einer durchschnittlichen Klassengröße von 23,4 Schülern. Allerdings unterscheidet sich die Klassenstärke zwischen Primarbereich und Sekundarbereich sehr stark. Im Durchschnitt waren in den Klassenstufen 1 bis 4 einer Waldorfschule 29,9 Schüler in einer Klasse – an den öffentlichen Grundschulen Baden-Württembergs waren es nur 21,9 Schüler. Im Sekundarbereich waren die Klassen an den Waldorfschulen mit durchschnittlich 21,2 Schülern je Klasse wesentlich kleiner als im Primarbereich.

Abschlüsse der Freien Waldorfschulen reichen vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur

An den Freien Waldorfschulen können alle Abschlüsse vom Hauptschulabschluss bis hin zur Hochschulreife erworben werden wie an den öffentlichen Schulen auch. Zum Ende des Schuljahres 2005/06 hatten 3 % der insgesamt 1 639 Abgänger die Freie Waldorfschule ohne Abschluss verlassen. Einen Realschulabschluss erzielten 23 % der Schüler, die meisten von ihnen (93 %) am Ende der 12. Klassenstufe. Grundsätz-

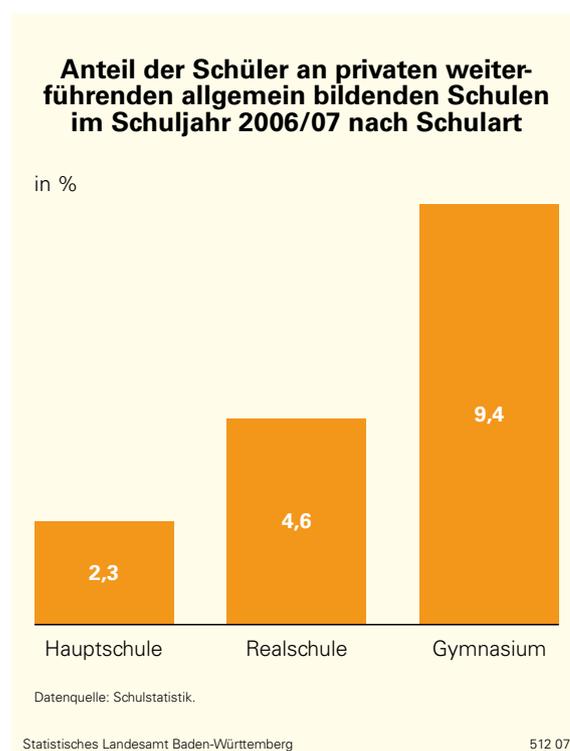
lich möglich war der Erwerb eines Realschulabschlusses an Freien Waldorfschulen 2006 ab der Klassenstufe 11. Mit der Fachhochschulreife, deren Prüfung an den allgemein bildenden Schulen in Baden-Württemberg nur an den Freien Waldorfschulen angeboten wird, verließen 20 % der Abgänger die Waldorfschule, mit der allgemeinen Hochschulreife 45 % (siehe Kapitel F 1).

D 2.5 Aspekte weiterführender Bildungsgänge im Vergleich

Höchster Privatschulanteil bei Gymnasien

Einige der in den Einzelabschnitten zu den Schularten bereits genannten Indikatoren können zu zusätzlichen Erkenntnissen führen, wenn man sie im Vergleich zwischen den Schularten sieht. Hierzu zählt unter anderem der Anteil der Schüler in privaten Ein-

Grafik D2.5 (G1)



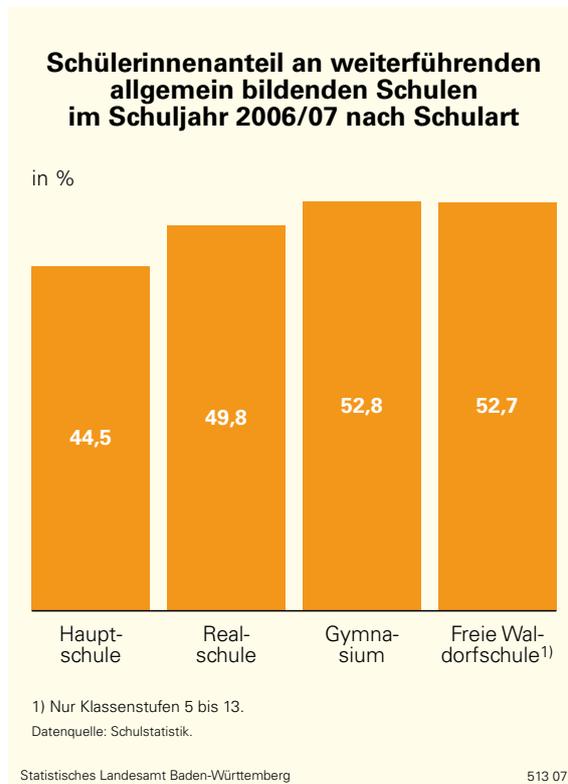
richtungen. Die Bedeutung freier Träger ist je nach Schulart sehr unterschiedlich. Im Schuljahr 2006/07 war ihr Anteil gemessen an der Schülerzahl bei Realschulen doppelt so hoch wie an Hauptschulen und an Gymnasien wieder gut doppelt so hoch wie an Realschulen (Grafik G 2.5 (G1)). Je höherwertig der angestrebte Abschluss ist, desto höher war demnach der Anteil der Schüler, die eine private Schule besuchen. Außerhalb des Bereichs der weiterführenden allgemein bildenden Schulen weisen die Sonderschulen einen weit höheren Anteil privater Schulen auf. Dort wurde gut ein Viertel aller Schüler an Einrichtungen in freier Trägerschaft unterrichtet.

Private Träger haben bei Gymnasien schon seit längerer Zeit eine größere Bedeutung. Bereits im Schuljahr 1990/91 strebten 9 % der Gymnasiasten das Abitur an einer privaten Bildungseinrichtung an. Die Schülerzahl der privaten Gymnasien wuchs somit im Wesentlichen im Rahmen des allgemeinen Trends an. Die Realschulen konnten dagegen ihren Anteil etwas stärker ausdehnen. Im Schuljahr 1990/91 lag dieser bei knapp 4 %. Einen relativ starken Zuwachs konnten auch die privaten Hauptschulen verzeichnen – allerdings ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau: 1990/91 besuchten erst 1,5 % der Hauptschüler eine private Einrichtung (Tabellen D 2.1 (T1), D 2.2 (T1) und D 2.3 (T1) im Anhang).

Mädchen streben nach höheren Abschlüssen

In der Bevölkerung im Alter von zehn bis unter 20 Jahren stellten Jungen zum Jahresende 2006 mit einem Anteil von rund 51 % die Mehrheit. In den einzelnen weiterführenden Schularten ist das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Geschlechtern allerdings recht unterschiedlich. An den Hauptschulen waren im Schuljahr 2006/07 deutlich mehr Jungen als Mädchen zu finden. Nur knapp 45 % deren Schüler waren weiblich. Ein nahezu ausgeglichenes Verhältnis war an den Realschulen zu beobachten. Dagegen waren an den Gymnasien die Schülerinnen in der Überzahl: Fast 53 % der Gymnasiasten waren weiblich (Grafik G 2.5 (G2)). Mädchen nehmen demnach eher die Chance wahr, einen höheren Bildungsabschluss zu erwerben, als

Grafik D2.5 (G2)



Jungen. Dies gilt tendenziell auch innerhalb der Hauptschule für das Angebot des freiwilligen 10. Schuljahres, in dem der mittlere Bildungsabschluss erworben werden kann: 17 % der Neuntklässlerinnen wechselten zum Schuljahr 2006/07 in die 10. Klassenstufe, aber nur 14 % ihrer männlichen Mitschüler.

Zum Vergleich zeigt die Grafik auch den Schülerinnenanteil der Klassenstufen 5 bis 13 der Freien Waldorfschulen. Er lag 2006/07 an diesen privaten Einrichtungen, die einen schulartübergreifenden Ansatz verfolgen, mit annähernd 53 % etwa auf dem Niveau der Gymnasien. Die Klassenstufen 12 und 13 der Freien Waldorfschulen, in denen die Fachhochschul- und die Hochschulreife erworben werden können, wiesen dabei mit knapp 54 % einen etwas höheren Schülerinnenanteil auf als die unteren Klassenstufen.

An den Hauptschulen bewegt sich der Anteil der Schülerinnen bereits seit über 25 Jahren im Bereich von etwa 44 % bis 45 %. Gegenläu-

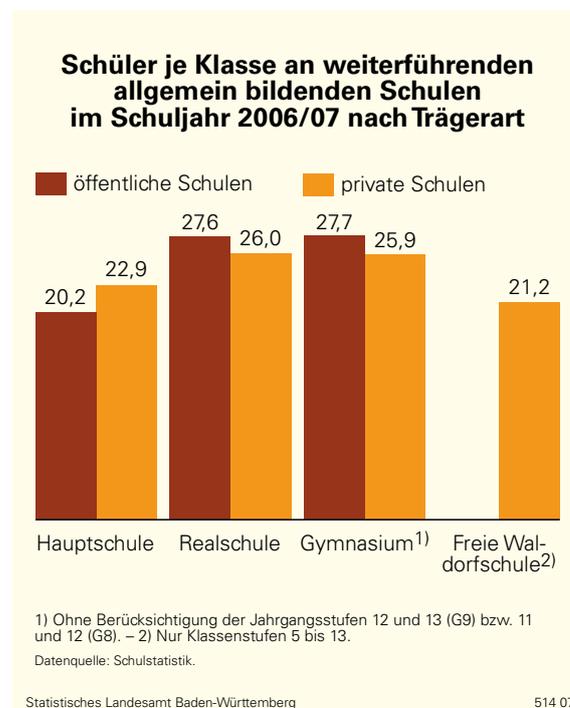
fige Bewegungen waren bei Realschulen und Gymnasien zu beobachten. Der Schülerinnenanteil sank an Realschulen seit dem Schuljahr 1980/81 von damals beinahe 54 % um vier Prozentpunkte ab. An Gymnasien stieg er in diesem Zeitraum von gut 49 % um knapp vier Prozentpunkte an. Allerdings ist seit etwa fünf Jahren ein minimaler Rückgang dieses Anteils zu verzeichnen (Tabellen D 2.1 (T1), D 2.2 (T1) und D 2.3 (T1) im Anhang).

Kleinere Klassen an Hauptschulen

Hauptschulen haben unter anderem die Aufgabe, ein wohnortnahes Grundangebot an Bildung zu gewährleisten. Daher gab es in Baden-Württemberg im Schuljahr 2006/07 wesentlich mehr Hauptschulen (1 226) als Realschulen (472) oder Gymnasien (436), die eher an zentral gelegenen Orten angesiedelt sind. Dadurch sind Hauptschulen in der Regel kleinere Einheiten mit weniger Schülern. Dies mag ein Grund für die deutlich geringeren durchschnittlichen Schülerzahlen der Hauptschulen im Vergleich zu den Realschulen und Gymnasien sein (Grafik G 2.5 (G3)). Mit etwas mehr als 20 Schülern je Klasse lag im Schuljahr 2006/07 der Durchschnitt an den Hauptschulen um mehr als sieben Schüler unter den Werten von Realschule und Gymnasium.

Beim Vergleich von Einrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft fällt auf, dass die Unterschiede zwischen den Schularten an öffentlichen Schulen größer sind als an den privaten Schulen. Private Hauptschulen haben im Durchschnitt

Grafik D2.5 (G3)



größere Klassen als die öffentlichen, private Realschulen und Gymnasien dagegen kleinere. Dadurch betrug die Differenz zwischen Hauptschulen einerseits und Realschulen und Gymnasien andererseits bei den Schulen freier Träger lediglich rund drei Schüler pro Klasse. An den Freien Waldorfschulen lag die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse in den Klassenstufen 5 bis 13 mit 21,2 auf einem recht niedrigen Niveau.

D 3 Sonderschulen

In Baden-Württemberg besuchten im Schuljahr 2006/07 über 54 000 Schüler eine der rund 580 Sonderschulen. Aufgaben und Ziele der Sonderschule und der sonderpädagogischen Förderung sind laut § 15 (1) SchG¹: *„Die Sonderschule dient der Erziehung, Bildung und Ausbildung von behinderten Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die in den allgemeinen Schulen nicht die ihnen zukommende Erziehung, Bildung und Ausbildung erfahren können. Sie gliedert sich in Schulen oder Klassen, die dem besonderen Förderbedarf der Schüler entsprechen und nach sonderpädagogischen Grundsätzen arbeiten; sie führt je nach Förderungsfähigkeit der Schüler zu den Bildungszielen der übrigen Schularten, soweit der besondere Förderbedarf der Schüler nicht eigene Bildungsgänge erfordert.“*

Sonderschulen sind insbesondere:

1. Schulen für Blinde,
2. Schulen für Hörgeschädigte,
3. Schulen für geistig Behinderte,
4. Schulen für Körperbehinderte
5. Förderschulen
6. Schulen für Sehbehinderte,
7. Schulen für Sprachbehinderte,
8. Schulen für Erziehungshilfe
9. Schulen für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung.

Förderschulen sind mit Abstand der am stärksten besuchte Sonderschultyp

Die Förderschulen (früher: Schulen für Lernbehinderte) sind seit Jahren der weitaus größte Schultyp unter den Sonderschulen (**Grafik D 3 (G1)**). Im Schuljahr 2006/07 wurden gut vier von zehn Sonderschülern in diesem Schultyp gefördert. Förderschulen sollen Kinder mit besonderer Förderungsbedürftigkeit auf Beruf und Leben vorbereiten und ein Höchstmaß an Aktivität und Teilhabe sichern. 16 % der Sonderschüler be-

suchten im Schuljahr 2006/07 eine Schule für geistig Behinderte, 11 % eine für Erziehungshilfe und 10 % eine für Sprachbehinderte. Auf eine Sonderschule für Körperbehinderte gingen 9 % der Sonderschüler. Relativ gering sind die Anteile der Schulen für Blinde, Sehbehinderte, Hörgeschädigte und der Krankenhausschulen.

Mädchen waren an allen Sonderschultypen weniger stark vertreten, als es ihrem Bevölkerungsanteil entsprach; nicht einmal vier von zehn Sonderschülern waren 2006/07 weiblich. Am stärksten war ihr Anteil mit 45 % an den Schulen für Blinde. An den Schulen für geistig Behinderte, für Körperbehinderte und an den Förderschulen lagen die Anteile der Mädchen bei 40 % bzw. bei 41 %. Besonders gering vertreten waren die Mädchen mit 28 % an den Sonderschulen für Sprachbehinderte und mit nur 16 % an den Schulen für Erziehungshilfe. Diese Geschlechterverteilung lag auch im vorhergehenden Schuljahr 2005/06 auf sehr ähnlichem Niveau.

Relativ geringe Klassenstärken – viele Schulen in privater Trägerschaft

Die 54 227 Sonderschüler im Schuljahr 2006/07 wurden in 6 233 Klassen unterrichtet. Durchschnittlich waren also 8,4 Schüler in einer Sonderschulklasse.² Die Schüler-Klassen-Relation schwankte zwischen den einzelnen Behinderungsarten erheblich. An den Schulen für Blinde und an den Schulen für geistig Behinderte waren die Klassenstärken mit im Schnitt 5,7 bzw. 6,1 Schülern pro Klasse am geringsten. Die durchschnittlich größten Klassen gab es an den Förderschulen und an den Schulen für Sprachbehinderte mit 10,5 bzw. 11,0 Schülern pro Klasse.

74 % der Sonderschulen befanden sich 2006/07 in öffentlicher und 26 % in freier Trägerschaft. Damit haben die Sonderschulen unter allen Schularten (abgesehen von den rein privat organisierten Freien Waldorfschulen und ohne Berücksichtigung des Zweiten Bildungsweges) den höchsten Anteil an privaten Schulen.

1 Schulgesetz für Baden-Württemberg (SchG) in der Fassung vom 1. August 1983 (GBl. S. 397; K.u.U. S. 584) zuletzt geändert durch Änderungsgesetz vom 18. Dezember 2006 (GBl. vom 28. Dezember 2006, S. 378).

2 Ohne Berücksichtigung von 2 062 Schülern in längerer Krankenhausbehandlung.

Zahl der Schüler an Sonderschulen für Erziehungshilfe in den letzten zehn Jahren um 41 % gestiegen

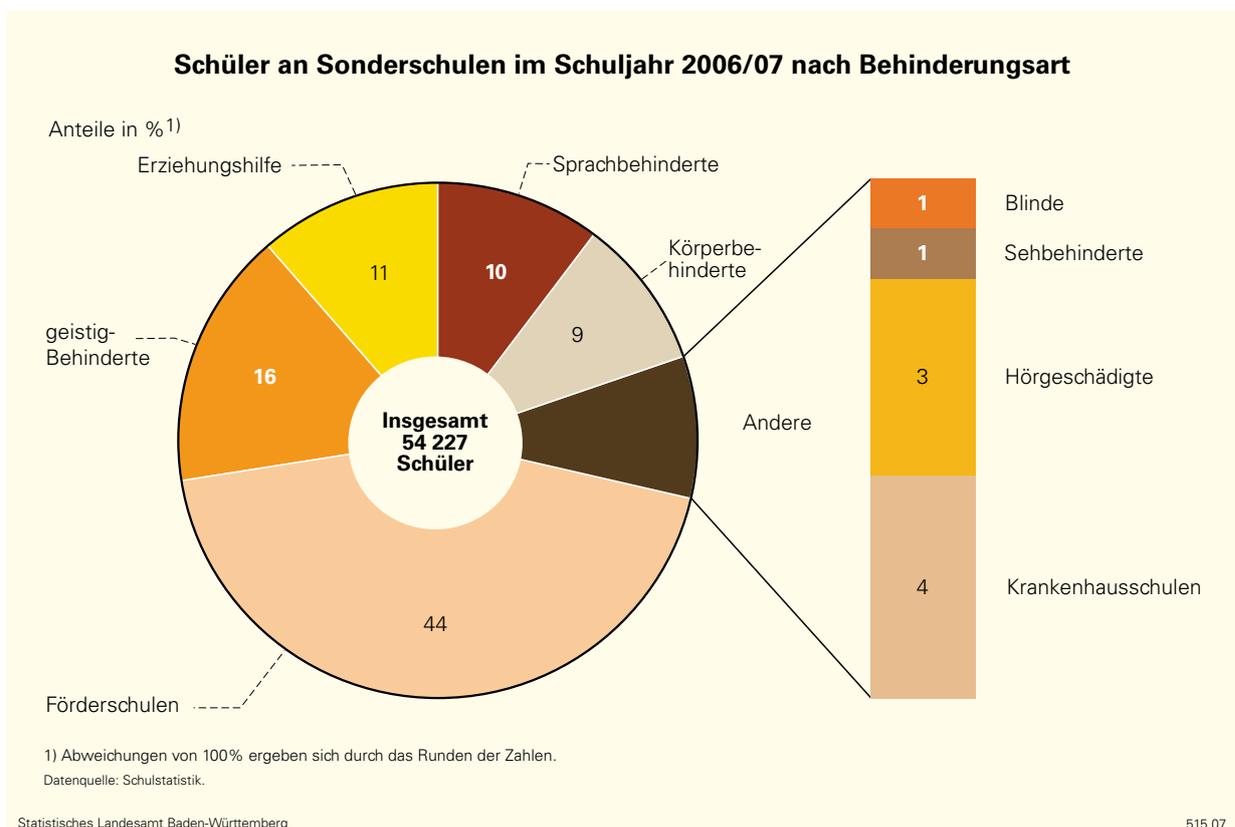
Die Sonderschulen verzeichneten die höchsten Schülerzahlen im Schuljahr 2003/04 mit 55 199 Schülern (Grafik D 3 (G2)). Seither hat die Zahl der Sonderschüler zwar von Jahr zu Jahr abgenommen, ihr Anteil an der Gesamtschülerzahl war mit 4 % aber konstant. Innerhalb der einzelnen Behinderungsarten verlief die Entwicklung sehr unterschiedlich. Die Zahl der Schüler, die in Sonderschulen für Sprachbehinderte gefördert werden, ist in den letzten zehn Jahren um 18 % gestiegen, die Zahl der Schüler an Sonderschulen für geistig Behinderte und für Körperbehinderte im selben Zeitraum sogar um je 28 %. Sehr stark zugenommen hat auch die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die in den Sonderschulen für Erziehungshilfe betreut werden. Seit 1990 weist dieser Sonderschultyp von Jahr zu Jahr

steigende Schülerzahlen auf, lediglich von 2005 auf 2006 gab es einen leichten Rückgang. Über die letzten zehn Jahre (1996/97 bis 2006/07) betrachtet verzeichnete diese Schulart einen Anstieg der Schülerzahl um 41 %. Dagegen hat die Zahl der Schüler, die an Förderschulen unterrichtet werden, im selben Zeitraum um 10 % abgenommen. Nach einem relativen Höchststand im Schuljahr 2002/03 fiel die Schülerzahl hier kontinuierlich ab bis auf 23 874 Förderschüler im Jahr 2006/07.

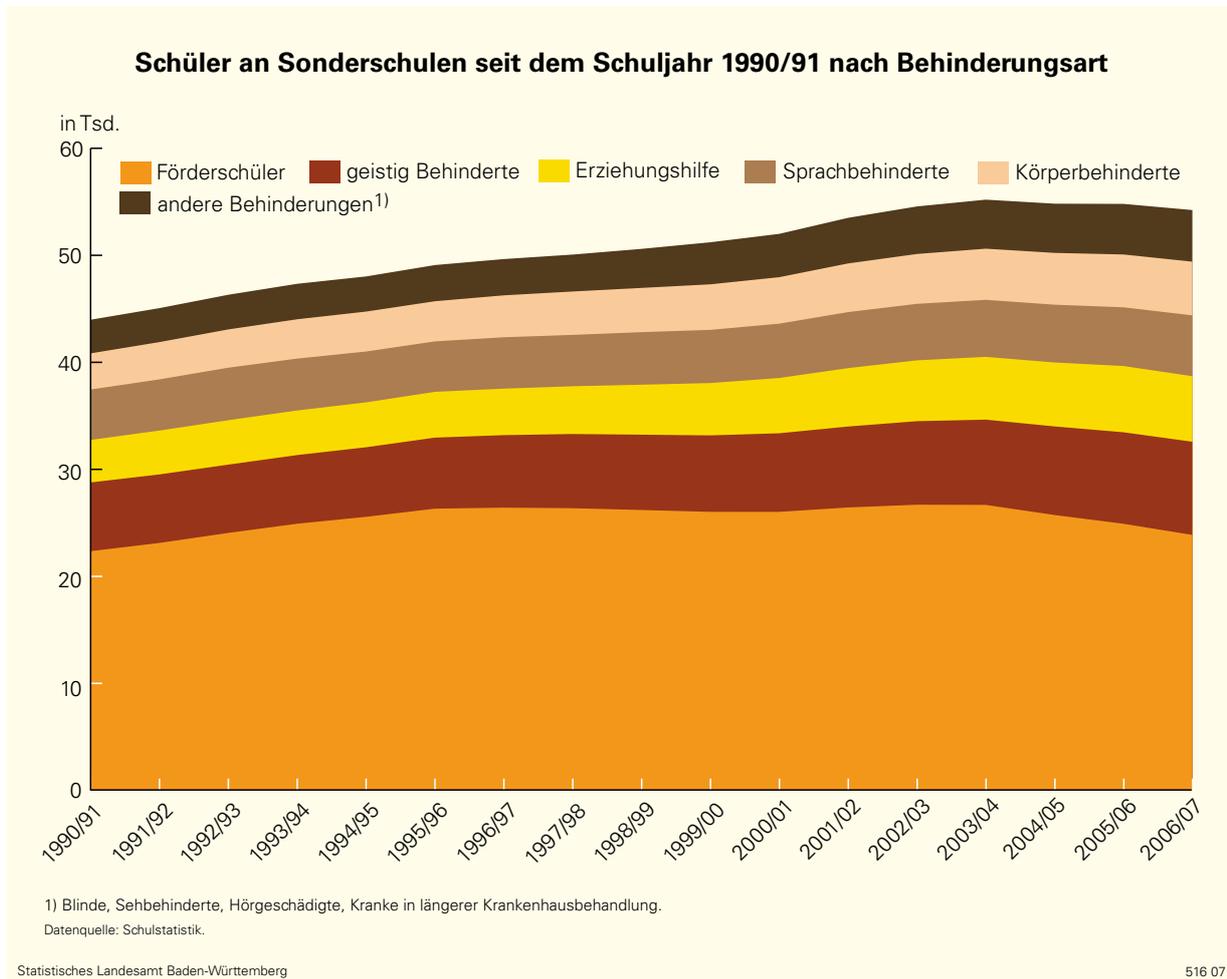
Jeder vierte Sonderschüler ist Ausländer oder Aussiedler

Gut 12 300 Sonderschüler besaßen im Schuljahr 2006/07 eine ausländische Staatsangehörigkeit, weitere gut 1 000 waren Aussiedler. Dies entsprach einem Anteil von 25 % der gesamten Sonderschüler – bei den allgemein bildenden Schulen

Grafik D3 (G1)



Grafik D3 (G2)



insgesamt lag dieser Anteil nur bei knapp 12 %.³ Vor allem an den Förderschulen war der Anteil der Ausländer und Aussiedler mit 35 % besonders hoch. Hier spielen wohl auch sprachliche Defizite eine Rolle, die es diesen Kindern schwer machen, dem Unterricht an der Grundschule oder an einer weiterführenden Schule zu folgen. Leicht überdurchschnittlich vertreten waren Kinder und Jugendliche mit ausländischer Staatsangehörigkeit bzw. Aussiedler an den Schulen für Erziehungshilfe, an denen durch besondere pädagogische Hilfen der schulische Lernerfolg gesichert werden soll: Ihr Anteil lag 2006/07 bei 17 % (siehe auch Kapitel D 5).

3 Ohne Berücksichtigung des Zweiten Bildungsweges.

Rund 3 000 Sonderschüler wechselten 2006/07 (wieder) auf eine allgemeine Schule

Schüler mit Behinderungen und sonderpädagogischem Förderbedarf sind nicht immer zum Besuch einer Sonderschule verpflichtet. Über die Pflicht zum Besuch und ggf. den Typ der Sonderschule entscheidet die Schulaufsichtsbehörde, möglichst im Einvernehmen mit den Eltern. Nach § 83 (3) SchG endet die Pflicht zum Besuch einer Sonderschule, wenn von der Schulaufsichtsbehörde „festgestellt wird, dass der Sonderschulpflichtige mit Erfolg am Unterricht der allgemeinen Schulen teilnehmen kann.“

Zwischen Beginn und Ende des Schuljahres 2006/07 gingen 6 383 Sonderschüler auf eine an-

dere Schule über, darunter 2 019 auf eine Sonderschule gleichen Typs und 1 221 auf Sonderschulen anderen Typs (Tabelle D 3 (T1) im Anhang). Auf eine allgemeine Schule⁴ (zurück) wechselten 3 143 oder fast 6 % der Sonderschüler. Am häufigsten wurde dabei unter den allgemeinen Schulen auf eine Hauptschule gewechselt, am zweithäufigsten auf eine Grundschule. Dabei konnten Jungen relativ häufiger auf eine allgemeine Schule wechseln als Mädchen (gut 6 % zu rund 5 %).

Breites Spektrum an Bildungsgängen ermöglicht vielfältige Abschlüsse

Je nach Sonderschultyp und Einrichtung reicht das Spektrum an Bildungsgängen an den Sonderschulen von der Schule für geistig Behinderte und der Förderschule über die Grund-, Haupt- und Realschule bis hin zum Gymnasium. Im Jahr 2006 gingen 5 758 Sonderschüler von einer Sonderschule ab, 4 488 von ihnen ohne Hauptschulabschluss. Die meisten dieser Abgänger ohne Abschluss besuchten eine Schule für geistig Behinderte oder eine Förderschule, an denen der Hauptschulabschluss in der Regel nicht erreicht werden kann.⁵ Von diesen Abgängern ohne Abschluss konnten aber 917 den Abschluss der Schule für geistig Behinderte und 3 111 das Abschlusszeugnis der Förderschule erwerben. 1 117 Schüler verließen die Sonderschule mit dem Hauptschulabschluss und 124 mit dem Realschulabschluss. 29 Sonderschulabgänger (14 Hörgeschädigte und 15 Körperbehinderte) erwarben die Hochschulreife (siehe Kapitel F 1).

Sonderpädagogische Förderung findet auch außerhalb von Sonderschulen statt

Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und sonderpädagogischem Förderbedarf werden in Baden-Württemberg nicht nur an Sonderschulen gefördert. Auch außerhalb der Sonderschulen

gibt es ein vielfältiges Angebot an Maßnahmen zur sonderpädagogischen Förderung. Hierzu können

- die sonderpädagogische Frühförderung durch Beratungsstellen,
- die sonderpädagogische Unterstützung (ohne ambulante Sprachheilkurse),
- die ambulanten Sprachheilkurse sowie
- die Außenklassen

gezählt werden.

In den Beratungsstellen zur sonderpädagogischen Frühförderung wurden im Schuljahr 2005/06 insgesamt 39 251 Kinder und Jugendliche betreut, am Stichtag der amtlichen Schulstatistik 2006 (dem 18. Oktober 2006) knapp 14 747. Sonderpädagogische Unterstützung ohne ambulante Sprachheilkurse an einer allgemeinen Schule erhielten insgesamt gut 18 352 Schüler⁶, drei Viertel von ihnen an einer Grundschule. Weitere 958 Schüler wurden in ambulanten Sprachheilkursen gefördert.

In Außenklassen werden behinderte und nichtbehinderte Kinder und Jugendliche gemeinsam unterrichtet

Außenklassen sind Klassen von Kindern und Jugendlichen aus Sonderschulen, die gemeinsam mit einer Partnerklasse an einer allgemeinen Schule („Partnerschule“) unterrichtet werden. Rechtliche Grundlage ist § 15 (6) SchG, nach dem „... an den Grund-, Haupt- und Realschulen sowie an den Gymnasien Außenklassen von Sonderschulen gebildet werden“ können. Die Außenklassen sind jeweils einer Partnerklasse zugeordnet, wobei die Verantwortung der Sonderschullehrkräfte für die jeweiligen Klassen ihrer Schulart erhalten bleibt. Für die Schüler der Außenklassen gelten die Bildungspläne ihrer Sonderschulen.

Sowohl die Zahl der kooperierenden Sonder- und allgemeinen Partnerschulen als auch die Zahl der Außenklassen und der hierin geför-

4 Grund-, Haupt-, Realschule, Gymnasium oder sonstige allgemeine Schule. Die Sonderschulen sind zwar eine allgemein bildende, aber keine allgemeine Schule.

5 Oder eine entsprechende Abteilung eines anderen Sonderschultyps.

6 Einschließlich 465 Schüler an beruflichen Schulen.

dernten Sonderschüler haben zugenommen. Im Schuljahr 2006/07 meldeten 99 Sonderschulen eine solche Kooperation (Vorjahre: 96 und 92). Insgesamt 1 484 Sonderschüler wurden an 194 Partnerschulen unterrichtet. Knapp zwei Drittel der Außenklassen wurden von Sonderschulen für geistig Behinderte gebildet. Auch jeweils über 150 Förderschüler, Schüler an Schulen für Erziehungshilfe und Körperbehinderte wurden in Außenklassen gefördert. 62 Hörgeschädigte und 71 Sprachbehinderte wurden ebenfalls in dieser Form der Kooperation unterrichtet. Von den Sonderschulen für Blinde und Sehbehinderte waren keine Kinder und Jugendliche in Außenklassen in der Amtlichen Schulstatistik gemeldet worden (Tabelle D 3 (T 2) im Anhang). Die Partnerschulen waren zum größten Teil Grundschulen, aber auch an Haupt- und Realschulen gab es Kooperationsklassen zwischen behinderten und nicht-behinderten Schülern.

Ein Modell zur Sicherung der beruflich-sozialen Anschlüsse von Jugendlichen mit erheblich erweitertem Förderbedarf sind die Kooperationsklassen Förderschulen-Berufsvorbereitungsjahr. Förderschulen bzw. Sonderschulen mit Bildungsgang Förderschule und beruflichen Schulen wird hier im Rahmen eines Schulversuchs die Möglichkeit geboten, zweijährige Kooperationsklassen einzurichten. *„Vorrangiges Ziel dieses Modells ist es, die Chancen der Jugendlichen auf eine berufliche Eingliederung durch die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit in möglichst enger Zusammenarbeit mit den Betrieben zu erhöhen.“*⁷

7 Rüdlin, H., Haaga, H.: „Kooperationsklassen Förderschulen – Berufsvorbereitungsjahr“, in: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport: „Magazin Schule“, S. 47.

Schloss-Schule Ilvesheim

Staatliche Schule für Blinde und Sehbehinderte mit Internat



Die Schloss-Schule Ilvesheim, Staatliche Schule für Blinde und Sehbehinderte mit Internat, ist die einzige öffentliche Sonderschule für Blinde in Baden-Württemberg mit den Bildungsgängen Förderschule, Grundschule, Hauptschule, Realschule und Schule für geistig Behinderte. Die Schloss-Schule als Heimsonderschule arbeitet im Schulbereich als Ganztagschule und bildet mit dem Schülerinternat eine pädagogische Einheit. Ins Internat werden Schüler aufgenommen, denen die tägliche Fahrt zwischen Elternhaus und Schule nicht zugemutet werden kann oder die spezielle sonderpädagogische Förderbedürfnisse haben. Auch für die externen Schüler,

die täglich ins Elternhaus fahren, bietet die Schloss-Schule das Angebot einer Ganztagschule. In dieser Zeit findet für Schüler, die hier einen besonderen Förderbedarf haben, gezielte Unterrichtung im Bereich lebenspraktischer Fertigkeiten statt. Während der (wenigen) unterrichtsfreien Anwesenheitszeiten am Nachmittag erfahren alle Schüler unterrichtsergänzende Angebote in Arbeitsgemeinschaften, Förderunterricht und sonderpädagogischen Fördermaßnahmen.

Blinde und hochgradig sehbehinderte Kinder haben von Geburt an besondere individuelle Förderbedürfnisse. Den Grundstein legt hier die sonderpädagogische Beratungsstelle mit dem Frühförderangebot. Die Beratungsstelle bemüht sich, gemeinsam mit den Eltern für das Kind einen Platz im allgemeinen Kindergarten oder einem Schulkindergarten am Wohnort zu finden. Wenn es die Förderbedürfnisse des Kindes gebieten und die Eltern dies wünschen, kann ein Kind auch in den Schulkindergarten für Blinde und Sehbehinderte der Schloss-Schule Ilvesheim aufgenommen werden.

Bei der Einschulung oder Umschulung in eine allgemeine Schule geben Beratungsstelle, Medienberatungszentrum mit Textservice Information und Unterstützung für Schüler, Eltern und Kollegen der allgemeinen Schule.

Eine ganz spezielle Aufgabe der Schule ist das Mobilitätstraining. In Einzelbetreuung lernen die Schüler, sich mit Hilfe des weißen Stocks auch außerhalb der Schule ohne Begleitung eines Sehenden sicher zu bewegen. Dies geschieht auf der Grundlage von Bewegungs- und Mobilitätserziehung, die bereits im Rahmen der Frühförderung im Elternhaus beginnen soll und im Unterricht als Unterrichtsprinzip fortgeführt werden muss.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben verfügt die Schule über eine große Anzahl von speziellen Medien und Anschauungsmitteln. Diese werden ergänzt durch optische und elektronische Lesehilfen und eine umfangreiche Ausstattung mit Computern, die zum Teil mit Großbildschirmen beziehungsweise Braille-Zeilen ausgestattet sind, sodass auch hochgradig sehbehinderte und blinde Schüler damit arbeiten können.

In der unterrichtsfreien Zeit werden die Kinder und Jugendlichen im Internat von Erziehern betreut. Das Internat bereitet auf ein möglichst selbstständiges Leben und Wohnen unter Nichtbehinderten vor. Deshalb werden gerade dort, eingebettet in den Tagesablauf, die lebenspraktischen Fertigkeiten zur Alltagsbewältigung durch aktives Tun der Schüler gefördert. Aus der besonderen Situation einer Schule mit Internat ergibt sich die Notwendigkeit, den Schülern sinnvoll gestaltete Freizeitmöglichkeiten anzubieten.

D 4 Ganztagschulen

Die ersten Ganztagschulen wurden im Rahmen der Empfehlung der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrats in den 70er-Jahren eingerichtet. 22 Standorte dieser ersten Einrichtungen in Baden-Württemberg sind heute noch Ganztagschule. Die ganztagspezifischen Angebote an diesen Schulen wurden ausschließlich durch Lehrkräfte der Schulen angeboten und betreut.

Entwicklung der Ganztagschulen in Baden-Württemberg

1988 hat das Kultusministerium eine Konzeption zur Einrichtung von Ganztagsangeboten an Hauptschulen entwickelt, die unter erschwerten sozialen und pädagogischen Bedingungen arbeiten. Daraufhin wurde an einer begrenzten Zahl von Hauptschulen – etwa vier Schulen pro Jahr – der Ganztagsbetrieb eingerichtet. Der Einrichtungserlass für diese Schulen regelte erstmals die Kostenverteilung zwischen dem Land und den kommunalen Schulträgern.

Im Mai 1994 wurde die Kostenverteilung neu geregelt. Das Land trägt für schulische Angebote die über die Grundzuweisung nach dem Organisationserlass hinausgehende Lehrerzuweisung von bis zu fünf Lehrerwochenstunden je eingerichteter Ganztagsklasse. Die Schulträger tragen die Sachkosten sowie die Personalkosten für die Freizeitbetreuung und die Betreuung und Organisation des Mittagessens. Im Doppelhaushalt 1995/96 wurden dem Kultusressort erstmalig Mittel zur Umsetzung der Empfehlungen der Enquete-Kommission „Kinder in Baden-Württemberg“ zur Verfügung gestellt. Diese Mittel wurden für Maßnahmen zur Ganztagsbetreuung an öffentlichen Schulen eingesetzt. Die Zuschläge für Ganztags Hauptschulen konnten somit von fünf auf bis zu sieben Lehrerwochenstunden je Ganztagsklasse erhöht werden, für Ganztagsgrundschulen auf bis zu zehn Lehrerwochenstunden. Die Höhe der Zuweisung ist abhängig von der Ganztagskonzeption. Bis Mai 2001 wurden innerhalb dieser Rahmenbedingungen an 54 Hauptschulen und drei Grundschulen ein Ganztagsbetrieb eingerichtet.

Hauptschule mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung

Die Listen der Hauptschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung werden von der Schulverwaltung in Abständen überprüft und überarbeitet. Die im April 2002 vorgelegte Liste umfasste 200 Brennpunkthauptschulen, von denen 139 Schulen als Ganztagschulen eingerichtet waren.

Eine Hauptschule kann als Hauptschule mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung eingestuft werden, wenn sie ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag unter erschwerten Bedingungen erfüllt. Dies kann der Fall sein, wenn mehrere der folgenden Kriterien im Schulbezirk vorliegen:

- Eine Bevölkerungszusammensetzung, bei der sozial und ökonomisch unterprivilegierte Bevölkerungsschichten überwiegen.
- Ein schwieriges soziales Umfeld mit einem hohen Anteil an Sozialhilfeempfängern, jugendlichen Straftätern, Alkohol- und Drogenmissbrauch, Familienfürsorge und Jugendhilfe.
- Hohe Jugendarbeitslosigkeit.
- Eine defizitäre Wohn- und Infrastruktur.
- Ein hoher Anteil an Ausländern, Aussiedlern, Asylbewerbern und Flüchtlingen, überdurchschnittlich viele Alleinerziehende.
- Ein hoher Anteil an Schlüssel- und Straßenkindern.
- Heimerziehungsschwerpunkte wie zum Beispiel Kinderheim, betreutes Wohnen, Kinder aus dem Frauenhaus.

Die Einstufung wird von der Schulverwaltung in Abstimmung mit dem Schulträger vorgenommen.

Seit 2000 stärkerer Ausbau der Ganztagschule

Ein stärkerer quantitativer Ausbau von Ganztagschulen begann nach dem Jahr 2000. Dies geht einher mit einer gestiegenen Elternakzeptanz für den Ganztagsbetrieb. Nach einer Repräsentativumfrage 2004 des Instituts für Schulent-

wicklungsforschung in Dortmund für Deutschland erwarten 18 % der Eltern vom Ganztagsschulbesuch eine Entlastung für die Familie, 30 % eine teilweise Entlastung. Positive Effekte für die Weiterführung oder Neuaufnahme einer Erwerbstätigkeit erwarten 19 % bzw. 24 % zum Teil.

Im Schuljahr 2001/02 gab es 378 Ganztagschulen mit 70 145 Schülern. Vier Jahre später stieg die Zahl im Schuljahr 2005/06 auf insgesamt 602 Ganztagschulen, darunter 451 öffentliche und 151 Ganztagschulen in privater Trägerschaft. Der Anteil der Schüler verdoppelte sich nahezu auf 134 991.

Beim Vergleich der Schularten zeigt sich, dass die Sonderschulen den höchsten Anteil an den Ganztagschulen haben, gefolgt von den Hauptschulen (Grafik D4 (G1)).

Konzept „Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagschulen in Baden-Württemberg“

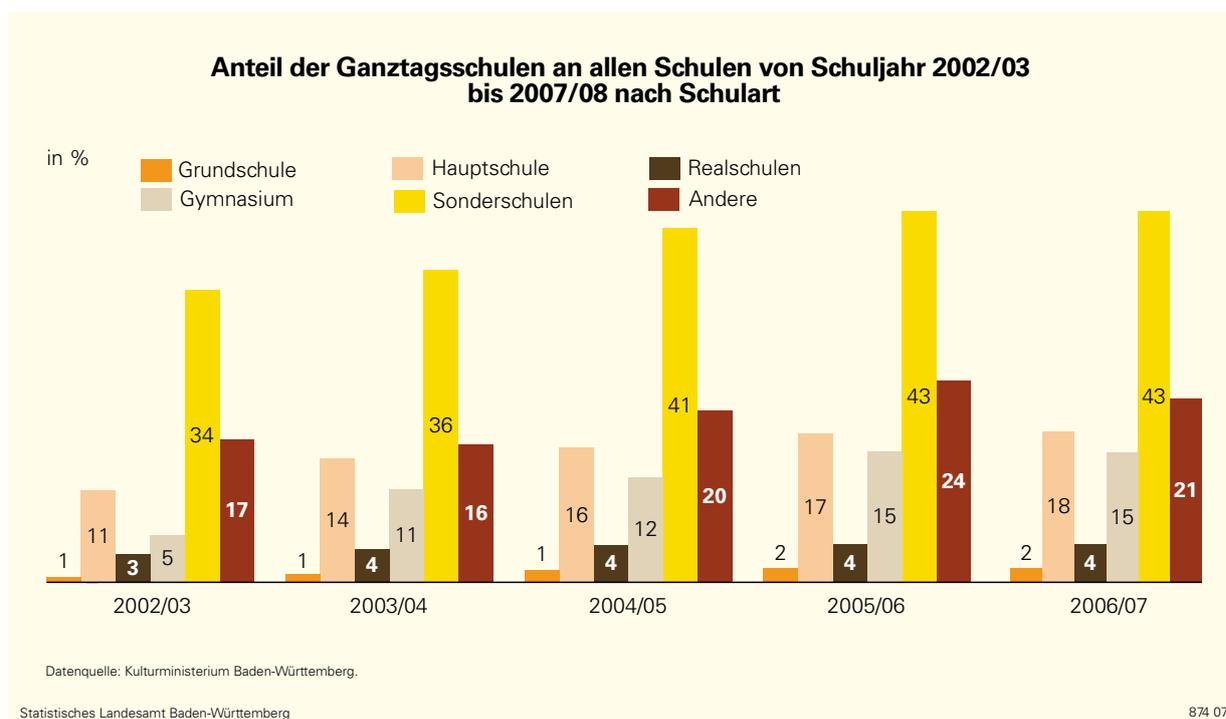
Ziel des Programms „Ausbau und Weiterentwicklung der Ganztagschulen in Baden-Würt-

temberg“ der Landesregierung – beschlossen am 20. Februar 2006 – ist es, ein flächendeckendes und bedarfsorientiertes Netz von Ganztagschulen zu schaffen (zur Definition von Ganztagschulen siehe Glossar). Dazu sollen rund 40 % der öffentlichen allgemein bildenden Schulen – unter Anrechnung der Schulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung – als Ganztagschule eingerichtet werden. Das Ganztagschulprogramm ist durch vier Bausteine gekennzeichnet:

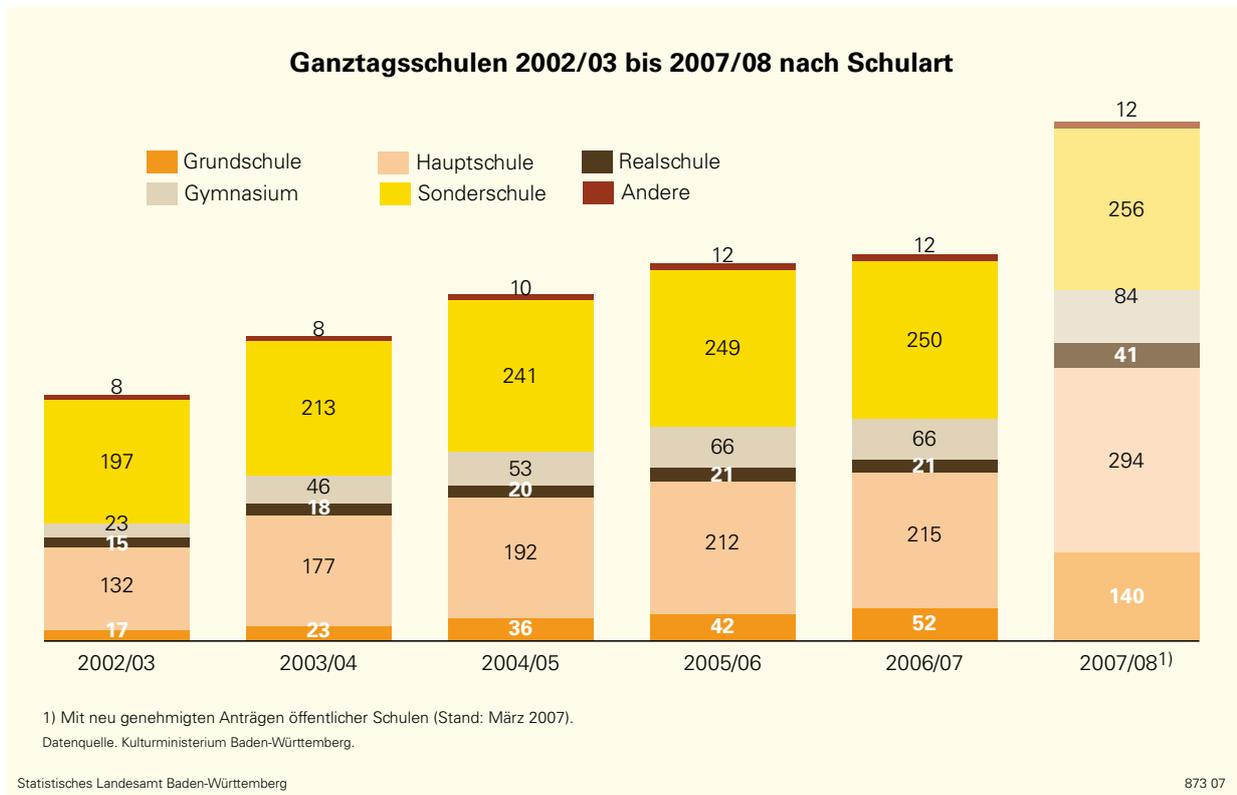
- Ganztagschulen in offener Angebotsform (Neukonzeption),
- Ganztagschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung,
- Jugendbegleiterprogramm (Kooperation mit außerschulischen Partnern),
- Das Schulbauförderprogramm „Chancen durch Bildung – Investitionsoffensive Ganztagschule“.

Die (Grafik D4 (G2)) zeigt die Entwicklung seit dem Schuljahr 2002/03, wobei sich ein sprunghafter

Grafik D4 (G1)



Grafik D4 (G2)



Anstieg nach dem Schuljahr 2006/07 andeutet. Die vorläufigen Zahlen für das Schuljahr 2007/08 mit dann voraussichtlich 827 Ganztagsschulen ergeben sich nach der ersten Antragsrunde des neuen Landesprogramms zum Ausbau von Ganztagsschulen, in der 211 Anträge genehmigt wurden (Stand März 2007). Dieser Anstieg entspricht einer Steigerungsrate von knapp 35 %. Unter den neuen Ganztagsschulen sind 96 Schulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung, die einen verpflichtenden Ganztagsbetrieb anbieten – 48 Grundschulen, 44 Hauptschulen und vier Förderschulen. Offene Ganztagsangebote richten künftig 115 Schulen ein – 40 Grundschulen, 20 Realschulen, 35 Hauptschulen, 18 Gymnasien und zwei Förderschulen.

Die tatsächliche Zahl der Ganztagsschulen dürfte wahrscheinlich noch höher sein. Es gibt zahlreiche Schulen mit einem offenen Ganztagsangebot, die

keinen Genehmigungsantrag einreichen und somit nicht unter die Förderung des Landes fallen. Über die genaue Anzahl können somit erst nach Auswertung der amtlichen Schulstatistik für das Schuljahr 2007/08 verlässliche Aussagen gemacht werden.

Die erhebliche Steigerung ist insbesondere auf die Einrichtung offener Ganztagsangebote zurückzuführen. Die Anteile von voll- und teilgebundenen Ganztagsschulformen werden somit prozentual geringer werden. Bei der jeweiligen Ermittlung der Gesamtzahl von Ganztagsschulen ist folgendes zu beachten: Gezählt wird nach Schularten, das heißt Grundschulen und Hauptschulen werden gesondert berücksichtigt. Häufig handelt es sich dabei jedoch um eine Schule unter einer gemeinsamen Schulleitung. Für das Schuljahr 2006/07 bedeutet dies beispielsweise, dass die Summe der Schularten bei 616 liegt, die Zahl der Schulen im Sinne von Verwaltungseinheiten dagegen bei 570.

Ganztagschulen im historischen Kontext

Mit der Einführung der allgemeinen Schulpflicht im 17./18. Jahrhundert beginnt die Neuzeit der Schule. Die Unterrichtszeit war in der Regel vormittags und nachmittags. Zwar gab es später auch Schulen mit Unterricht in den Abendstunden oder Teilzeitschulen in den Sommermonaten im ländlichen Bereich, doch die Ganztagschule war bis zum Ende des 19. Jahrhunderts die Normalform der Schule. In den höheren Schulen betrug die Unterrichtszeit bis zu 40 Vollstunden in der Woche. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte sich die Halbtagschule mit Unterricht lediglich am Vormittag durch. Es kam zu einem vorläufigen Abschied von der Ganztagschule. Breite Schichten der Bevölkerung waren auf die Mitarbeit ihrer Kinder in der Landwirtschaft und den aufkommenden Fabriken angewiesen. Die Ganztagschule stand insofern der Sicherung des Lebensunterhalts entgegen. Die Halbtagschule hingegen garantierte die Vereinbarkeit von Familie und Arbeitsleben im Sinne einer materiellen Existenzsicherung – aus heutiger Sicht ein historisches Paradoxon.

Der erste Vorstoß gegen eine Unterrichtsschule nur am Vormittag wurde von der reformpädagogischen Bewegung im 19. Jahrhundert getragen. Man wollte wieder Ganztagschulen schaffen, in denen nicht nur gelernt, sondern auch gelebt werden sollte. Wichtige Vertreter dieses Ansatzes waren Hermann Lietz (1868-1919) mit seinen „*Land-Erziehungs-Heimen*“ (ab 1898), Gustav Wyneken (1875-1964) und Paul Geheeb (1870-1961) mit ihrer „*Freien Schulgemeinde*“ (ab 1906) und letzterer mit seiner „*Odenwaldschule*“ (ab 1910), alles Internatsschulen. In der Weimarer Republik erlebten zahlreiche reformpädagogische Ansätze eine gewisse Blütezeit, zum Beispiel sogenannte Wald- und Freiluftschulen. Vor allem Peter Petersen mit seiner „*Jena-Plan-Schule*“ (ab 1924), Paul Oestreich (1878-1959) mit seinem Konzept der „*Elastischen Einheitsschule*“ und Fritz Karsen mit seiner „*Einheitsschule*“ (ab 1922) haben damals wichtige Beiträge zu einer Ganztagschulkonzeption geliefert. Kennzeichen dieser Konzeption waren Mittagsmahlzeit und Freizeitangebote, Arbeitsgemeinschaften, Förderunterricht, Integration der Hausaufgaben in die Schulzeit, flexiblere Stundenplangestaltung und der Einbezug moderner Unterrichtsformen. Ab 1929 beendete der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise all diese Reformbemühungen.

Die große Notlage nach dem Zweiten Weltkrieg verhinderte zunächst die Realisierung von neuen Ganztagschulkonzepten. Erst Mitte der 50er-Jahre verbesserte sich die wirtschaftliche Lage. 1969 befasste sich der Deutsche Bildungsrat in einem Gutachten mit dem Ausgabenmehraufwand bei der Errichtung von Ganztagschulen. Es entstanden Modelle offener Ganztagschulen mit Vormittagsunterricht und nachmittäglichen Betreuungsangeboten und von Ganztagschulen in gebundener Form, die für alle Schüler verpflichtend waren. Heute steht der Ausbau von Ganztagschulen in der Prioritätenliste der Bildungspolitik weit oben. Die aktuelle Diskussion geht zum einen auf Erkenntnisse aus internationalen Schulleistungsstudien wie PISA zurück – einige Staaten mit einem flächendeckenden Ganztagsschulangebot schneiden besser ab als Deutschland – zum anderen auf sich rasch verändernde Familienstrukturen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Stichworte sind unter anderem der einschneidende Geburtenrückgang, die steigende Anzahl Alleinerziehender und der Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen. Damit geht der Wunsch vieler Eltern einher, Familie und Beruf besser vereinbaren zu können.

D 5 Bildungsbeteiligung von Ausländern und Aussiedlern im Vergleich zwischen den Schularten

Im Grundschulalter von sechs bis unter zehn Jahren liegt der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung bei 11 %, im Alter von 10 bis unter 16 Jahren bei 12 %. Dies entspricht etwa dem Durchschnittswert an allen allgemein bildenden Schulen im Schuljahr 2006/07 (**Grafik D 5 (G1)**). Rechnet man noch die Schüler aus Aussiedlerfamilien dazu, ergibt sich ein Wert von gut 14 %. Von den insgesamt rund 1,29 Mill. Schülern der allgemein bildenden Schulen hatten somit 152 861 nicht die deutsche Staatsangehörigkeit und 23 862 stammten aus Aussiedlerfamilien (**Tabelle D 5 (T1) im Anhang**).

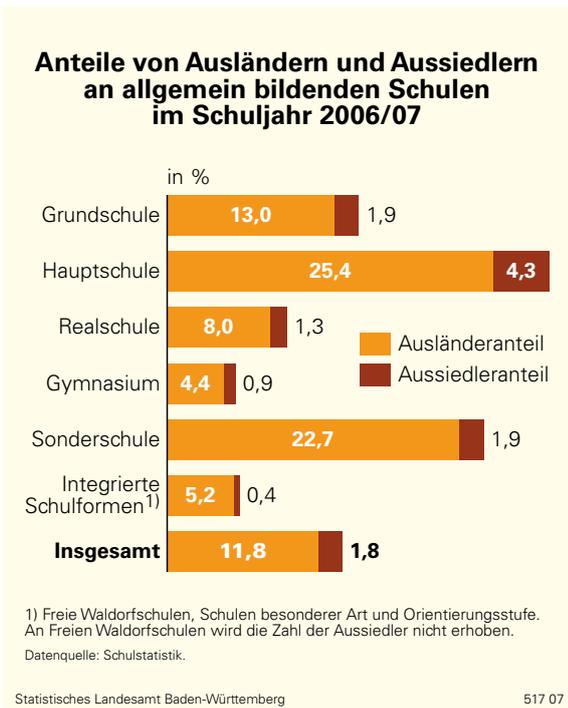
Hoher Anteil an Hauptschulen, niedriger an Gymnasien

Im Schuljahr 2006/07 entsprach der Ausländeranteil an den Grundschulen erwartungsgemäß in etwa dem Bevölkerungsanteil. Nach dem Wechsel auf weiterführende Schulen ergibt sich jedoch ein sehr differenziertes Bild der Bildungs-

beteiligung von Ausländern und Aussiedlern. An Hauptschulen waren fast 30 % aller Schüler Ausländer oder Aussiedler. Die jeweiligen Anteile an Realschulen und Gymnasien waren dagegen deutlich geringer: An Realschulen betrug er etwas mehr als 9 %, an Gymnasien nur gut 5 %. Die zahlenmäßig weniger ins Gewicht fallenden integrierten Schulformen wurden ebenfalls von einer relativ geringen Zahl an Ausländern und Aussiedlern besucht: Ihr Anteil belief sich dort auf knapp 6 %. Dabei wiesen die Freien Waldorfschulen mit etwas über 3 % einen sehr niedrigen Ausländeranteil auf. An den Schulen besonderer Art, die die Bildungsgänge von Hauptschule, Realschule und Gymnasium unter einem Dach vereinen, lag der Anteil von Ausländern und Aussiedlern zusammen hingegen bei 18 % und übertraf damit sogar den Wert für die Realschulen.

Die zahlreichen Möglichkeiten allgemein bildende Schulabschlüsse nachzuholen, die das baden-württembergische Schulsystem bietet, werden auch von ausländischen Jugendlichen genutzt. So ist die Ausländerquote bei den vergleichbaren Einrichtungen des Zweiten Bildungswegs wesentlich höher als in den entsprechenden Schularten der Erstausbildung. Mehr als ein Viertel der Abendrealschüler hatte 2006/07 eine ausländische Staatsangehörigkeit. An den zur Hochschulreife führenden Abendgymnasien und Kollegs waren über 15 % der Schüler Ausländer (**Tabelle D 5 (T1) im Anhang**). Darüber hinaus besteht die Gelegenheit, auch an beruflichen Schulen allgemein bildende Abschlüsse zu erwerben. An zur Fachschulreife führenden Berufsfachschulen waren zum Beispiel fast 17 % der Schüler Ausländer.

Grafik D 5 (G1)



Ein Drittel Ausländer an Förderschulen

Mit fast 25 % wiesen die Sonderschulen im Schuljahr 2006/07 einen weit überdurchschnittlichen Anteil von Ausländern und Aussiedlern auf (**Grafik D 5 (G1)**). Bei dieser Gruppe wurde somit häufiger ein sonderpädagogischer Förderbedarf erkannt.

Unter den verschiedenen Typen der Sonderschule schwankten die Anteilswerte erheblich. Mit 11 % bis 12 % lagen die Schulen für Sprachbehinderte und für Kranke in längerer Kran-

kenhausbehandlung etwa auf dem Niveau des Bevölkerungsanteils der sechs- bis unter 16-jährigen Ausländer. An Förderschulen besaß dagegen fast ein Drittel aller Schüler nicht die deutsche Staatsangehörigkeit, weitere knapp 3 % stammten aus Aussiedlerfamilien.

Flüchtlingsströme wirken sich vor allem an Grund- und Hauptschulen aus

Diese Verteilung der Anteilswerte von Ausländern und Aussiedlern über die einzelnen Schularten ist im Zeitablauf recht konstant (Tabellen D 5 (T2) und (T3) im Anhang). Die Grundschulen folgen dabei weitgehend dem Anteil ausländischer Kinder im Grundschulalter. Unter den weiterführenden Schulen hatten die Hauptschulen bereits im Schuljahr 1990/91 den weitaus höchsten Ausländeranteil. Die Entwicklung der Ausländerzahl im Land wurde in den 90er-Jahren in erster Linie durch die Flüchtlingsbewegungen in Folge des Balkankriegs geprägt. Zunächst erhöhte sich dadurch die Ausländerzahl im Land. Die Rückwanderung nach Beendigung des Kriegs hatte dann einen sinkenden Ausländeranteil zur Folge. Dementsprechend hoch lag 1990/91 der Ausländeranteil an der Hauptschule bei fast 28 %. Bis zum Schuljahr 2000/01 war er auf rund 23 % zurückgegangen. Seitdem ist er trotz einer leicht rückläufigen Tendenz des Ausländeranteils unter den zehn- bis 15-Jährigen wieder um gut zwei Prozentpunkte angestiegen.

Diese Wellenbewegung war an den Realschulen und Gymnasien sowie an den integrierten Schulformen¹ wesentlich schwächer ausgeprägt. Die Ausländeranteile an Gymnasien und integrierten Schulformen liegen seit 2000/01 nahezu unverändert bei gut 4 % bzw. gut 5 %. Es zeichnet sich somit kein deutlicher Anstieg der Bildungsbeteiligung von Ausländern an Bildungsgängen ab, die eine Studienberechtigung vermitteln. An Realschulen war in diesem Zeitraum ein leichter Anstieg von 7 % auf 8 % feststellbar. Allerdings kann die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts durch die erweiterten Möglichkeiten, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben, die Entwicklung etwas verzerrt haben.

¹ Schulen besonderer Art, Integrierte Orientierungsstufe und Freie Waldorfschulen.

Bei den Aussiedleranteilen ist ein eindeutiger Zusammenhang mit den in Kapitel B 1.3 geschilderten Zuzugswellen erkennbar. Im Schuljahr 1995/96 stammten mehr als 5 % der Schüler an allgemein bildenden Schulen aus einer Aussiedlerfamilie. Im Schuljahr 2006/07 sank dieser Anteil auf unter 2 % (Tabellen D 5 (T3) im Anhang).

Deutlich geringere Anteile von Aussiedlern und Ausländern an privaten Schulen

An privaten Schulen liegen die Anteile von Schülern mit ausländischer Nationalität oder aus Aussiedlerfamilien deutlich unter dem Niveau der vergleichbaren öffentlichen Schulen. Für alle allgemein bildenden Schulen zusammen ist der Wert mit 5 % um fast zwei Drittel niedriger und auch in jeder einzelnen Schulart deutlich geringer als an den öffentlichen Schulen (Tabelle D 5 (T1) im Anhang).

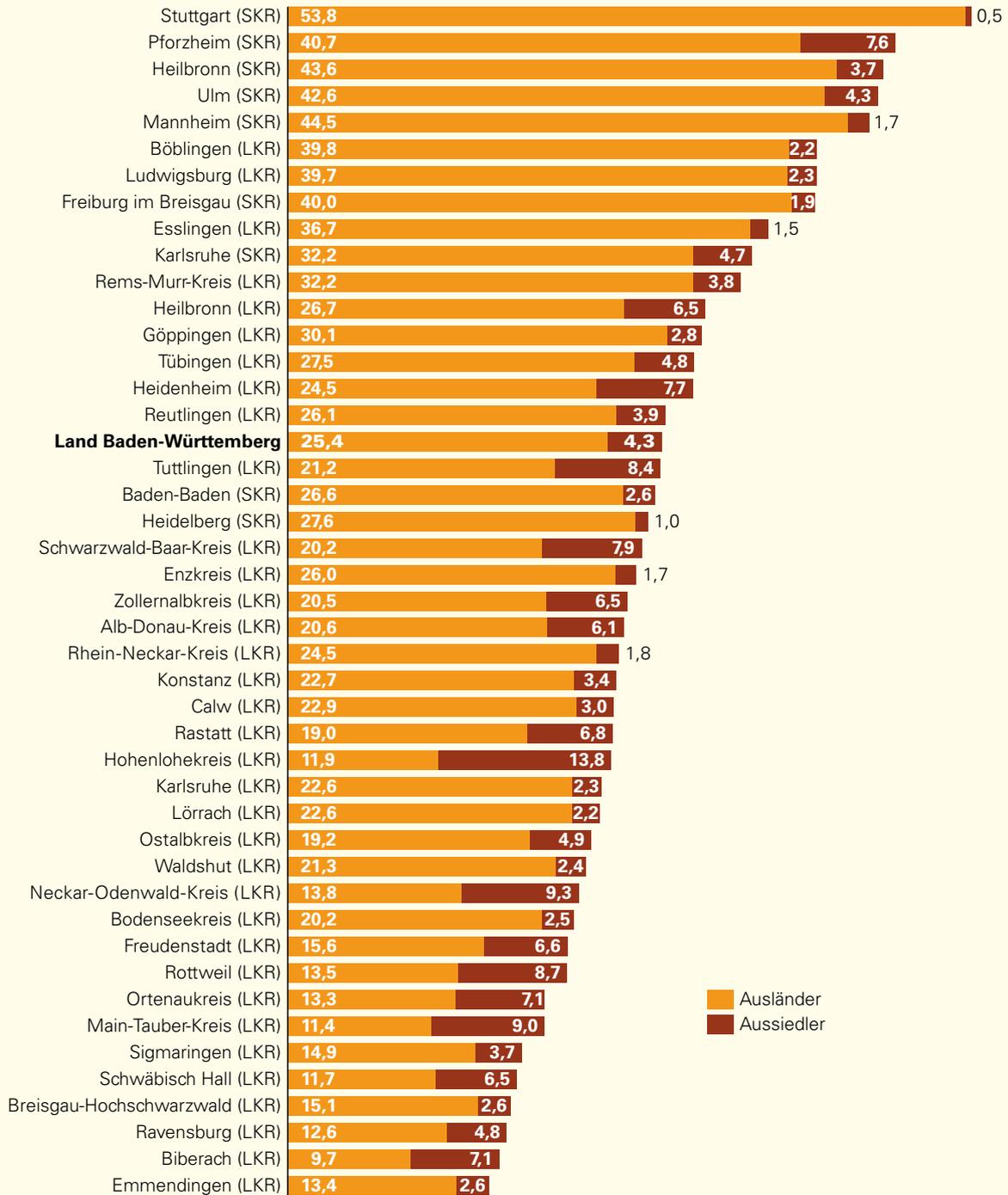
Die Sonderschulen in freier Trägerschaft wiesen mit 14 % im Schuljahr 2006/07 den höchsten Anteil auf, der sogar über dem Wert der privaten Hauptschulen von gut 9 % lag. Auch an den privaten Sonderschulen sind Ausländer und Aussiedler damit aber nur halb so häufig vertreten wie an öffentlichen Schulen. Rund 4 % der Schüler privater Grundschulen haben einen mit der Schulstatistik identifizierbaren Migrationshintergrund. Freie Waldorfschulen, Gymnasien und Realschulen liegen mit Werten zwischen 2 % und 3 % auf einem vergleichbaren Niveau.

Überdurchschnittliche Werte vor allem in Stadtkreisen

Die regionale Verteilung der Ausländer- und Aussiedleranteile unterscheidet sich zwischen den Schularten relativ wenig. Die räumliche Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist hier die bestimmende Einflussgröße (siehe Kapitel B 1.3). Die Grundstruktur lässt sich daher am Beispiel der Hauptschule verdeutlichen (Grafik D 5 (G2)). Nahezu alle kreisfreien Städte lagen im Schuljahr 2006/07 über dem Landesdurchschnitt des Anteils von Ausländern und Aussiedlern an den Schülern, allen voran die Landeshauptstadt Stuttgart. Über die Hälfte ihrer Hauptschüler hatte

Grafik D5 (G2)

Ausländer- und Aussiedleranteile an Hauptschulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs im Schuljahr 2006/07 in %



Datenquelle: Schulstatistik.

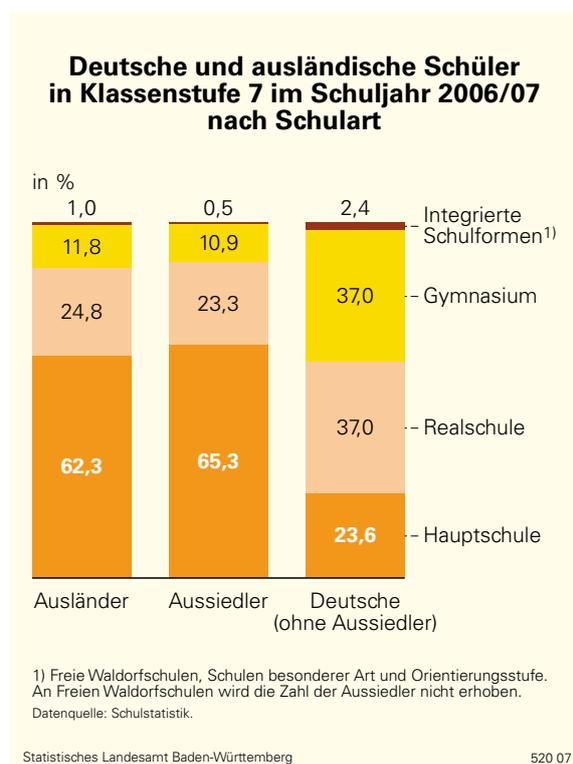
eine ausländische Staatsangehörigkeit oder stammten aus einer Aussiedlerfamilie. Dahinter rangierten die Städte Pforzheim, Heilbronn, Ulm und Mannheim mit Anteilen von etwas unter 50 %. Die Landkreise der Region Stuttgart waren ebenfalls in der oberen Hälfte zu finden. Die niedrigsten Anteile an Ausländern und Aussiedlern von zusammen 16 % bis knapp 18 % verzeichneten die Landkreise Emmendingen, Biberach, Ravensburg und Breisgau-Hochschwarzwald. Ein auffallend hoher Aussiedleranteil von fast 14 % war im Hohenlohekreis zu finden. Dieser Anteil ist sogar höher als der Ausländeranteil in diesem Kreis, der bei 12 % lag.

Dieses Bild wiederholt sich auf niedrigerem Niveau bei den Realschulen und Gymnasien. In der Reihenfolge der Kreise ergeben sich dabei zwar leichte Verschiebungen, aber an den zentralen Aussagen ändert sich hierdurch nichts.

Ausländer und Aussiedler mit ähnlichem Schulbesuchsverhalten

Wie sehr sich das Schulbesuchsverhalten von Ausländern und Aussiedlern einerseits und Deutschen ohne identifizierbaren Migrationshintergrund² andererseits unterscheidet, zeigt ein Vergleich der Verteilung der Siebtklässler (also nach Durchlaufen der Orientierungsstufe) auf die einzelnen Schularten (Grafik D 5 (G3)). Im Schuljahr 2006/07 unterschieden sich die Verteilungsmuster von ausländischen Schülern und solchen aus Aussiedlerfamilien nur geringfügig. Fast zwei Drittel besuchten eine Hauptschule, ein knappes Viertel eine Realschule und 12 % bzw. 11 % ein Gymnasium. Bei den Deutschen, die nicht aus Aussiedlerfamilien stammen, standen Gymnasium und Realschule mit einem Anteil von 37 % gleichauf an erster Stelle. Etwas weniger als ein Viertel dieser Gruppe wurde an einer Hauptschule unterrichtet. Die Sonderschulen können in diese Betrachtung nicht einbezogen werden, da dort in manchen Schultypen und Schulen die Jugendlichen aus pädagogischen Gründen zu klassenstufenübergreifenden Klassen zusammengefasst werden.

Grafik D5 (G3)



Unterschiede zwischen den Nationalitäten

Zwischen den Jugendlichen mit ausländischen Nationalitäten bestehen hinsichtlich der besuchten weiterführenden Schularten³ deutliche Unterschiede. An Haupt-, Real- und Sonderschulen stammten im Schuljahr 2006/07 jeweils rund drei Viertel aller ausländischen Schüler aus der Türkei, aus Italien, aus Serbien-Montenegro⁴, aus Griechenland oder aus Kroatien (Tabelle D 5 (T4) im Anhang). An den Gymnasien besaß nur etwa die Hälfte der ausländischen Schülerschaft die Staatsangehörigkeit eines dieser Länder. Dort sind dafür zum Beispiel französische Staatsbürger stärker vertreten, die an

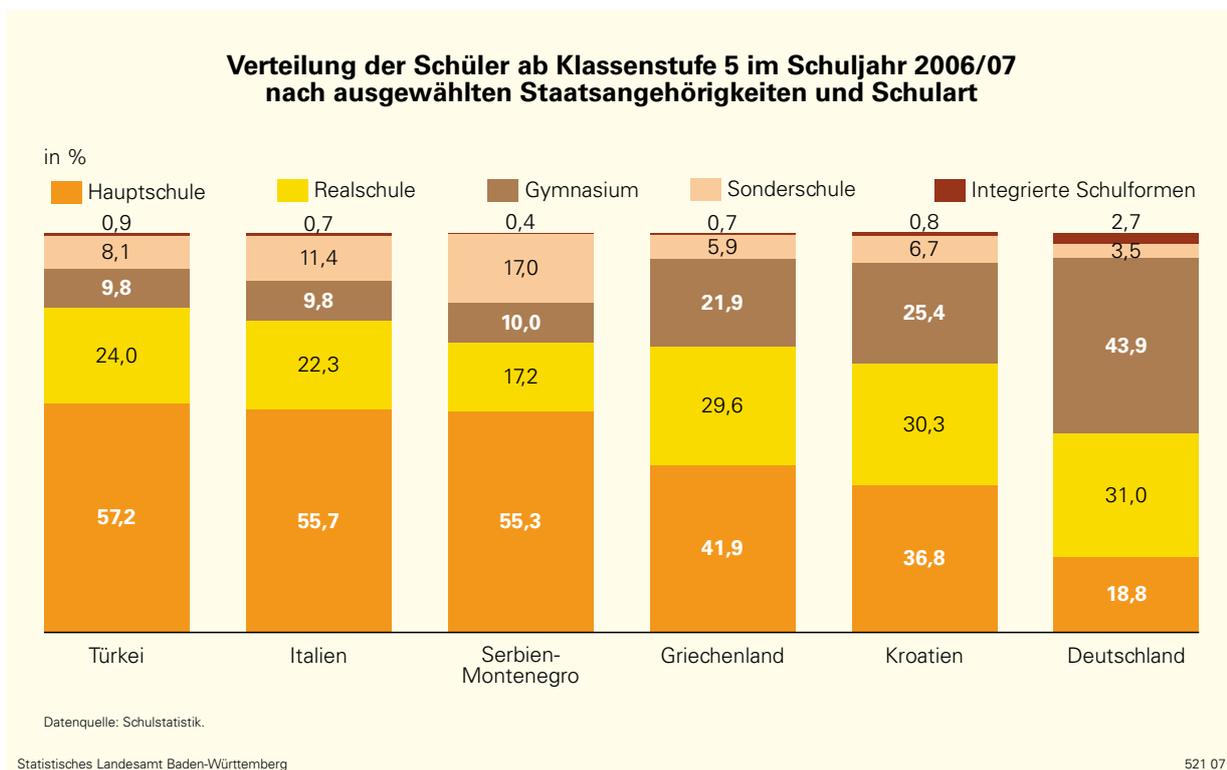
- 2 Vgl. Methodische Erläuterung „Migrationshintergrund“ am Ende des Kapitels.
- 3 Bei Sonderschulen und Freien Waldorfschulen wurden hier nur die Schüler ab Klassenstufe 5 einbezogen. Die entsprechenden Schülerzahlen wurden teilweise geschätzt.
- 4 Eine getrennte Erhebung von Serbien und Montenegro war 2006/07 noch nicht möglich.

den anderen Schularten seltener zu finden sind. Immerhin 5 % der ausländischen Gymnasiasten besaßen einen französischen Pass.

Im Schuljahr 2006/07 besuchten türkische und italienische Schüler wesentlich seltener ein Gymnasium als eine Realschule (Grafik D 5 (G4)). Bei den Italienern lag selbst der Anteil der Sonderschüler über dem der Gymnasiasten. Ähnliches galt auch für Schüler aus Serbien-Montenegro, nur dass dort bereits der Anteil der Realschüler noch deutlich niedriger war. Sonderschul- und Realschulbesuch

waren damit annähernd gleich häufig. Dagegen wurden kroatische und griechische Schüler relativ häufig an einem Gymnasium unterrichtet. So war etwa jeder vierte kroatische Schüler Gymnasiast. Diese Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass Jugendliche aus Griechenland oder Kroatien besser in das baden-württembergische Schulsystem integriert sind als Jugendliche aus Italien, der Türkei oder Serbien-Montenegro. Dies gibt Hinweise auf eine möglicherweise unterschiedliche Bildungsnähe unter der hier lebenden ausländischen Bevölkerung.

Grafik D5 (G4)



Methodische Erläuterung

Migrationshintergrund

In der Schulstatistik kann bislang nicht auf das umfassende Konzept der Bestimmung des Migrationshintergrunds zurückgegriffen werden, das im Mikrozensus verwendet wird. Erst der Übergang von der Erfassung summarischer Angaben zum Schulbesuch zur Erhebung von Schülerindividuen kann hier einen Fortschritt bringen. Daher beruhen die Ausführungen in diesem Kapitel auf den Angaben der Schulen zum Schulbesuch von Kindern und Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und aus Aussiedlerfamilien.

D 6 Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen bis 2025

Die öffentlichen und privaten allgemein bildenden Schulen erreichten im Schuljahr 2003/04 mit knapp 1,308 Mill. Schülern den höchsten in den vergangenen gut 20 Jahren verzeichneten Wert. Im Schuljahr 2006/07 lag die Schülerzahl mit 1,291 Mill. um knapp 17 000 darunter. Dieser Trend wird bis zum Ende des Voraussrechnungszeitraums im Jahr 2025 anhalten.¹ Hauptursache für diese Entwicklung ist die erwartete Abnahme der Bevölkerungszahl im Schulalter (siehe Kapitel B 1.1). Dann dürften entsprechend den Annahmen der Voraussrechnung etwas weniger als eine Millionen Schüler die allgemein bildenden Schulen im Land besuchen (Tabelle D 6 (T1) im Anhang). Damit würden insgesamt fast 23 % Schüler weniger unterrichtet werden als 2006/07.

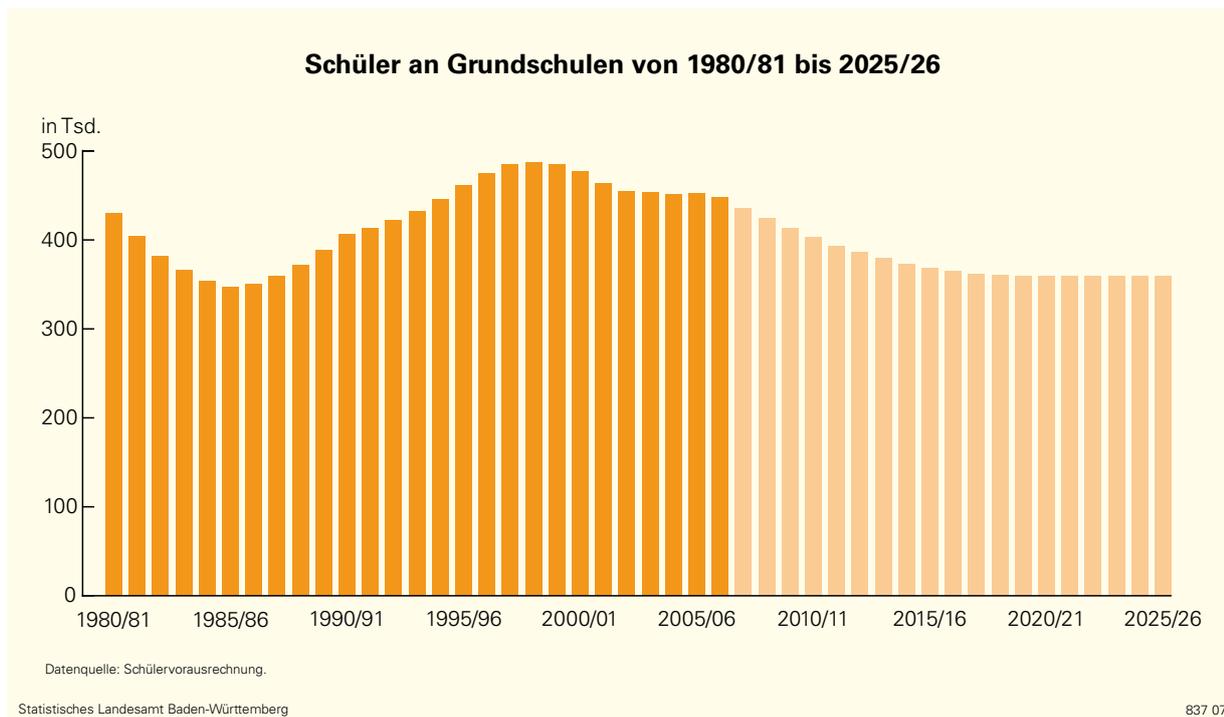
1 Zur Methodik der Schülervorausrechnung siehe die methodische Erläuterung „Vorausrechnung von Schülerzahlen“ am Ende dieses Kapitels.

Ab 2018 Stabilisierung der Schülerzahlen an Grundschulen

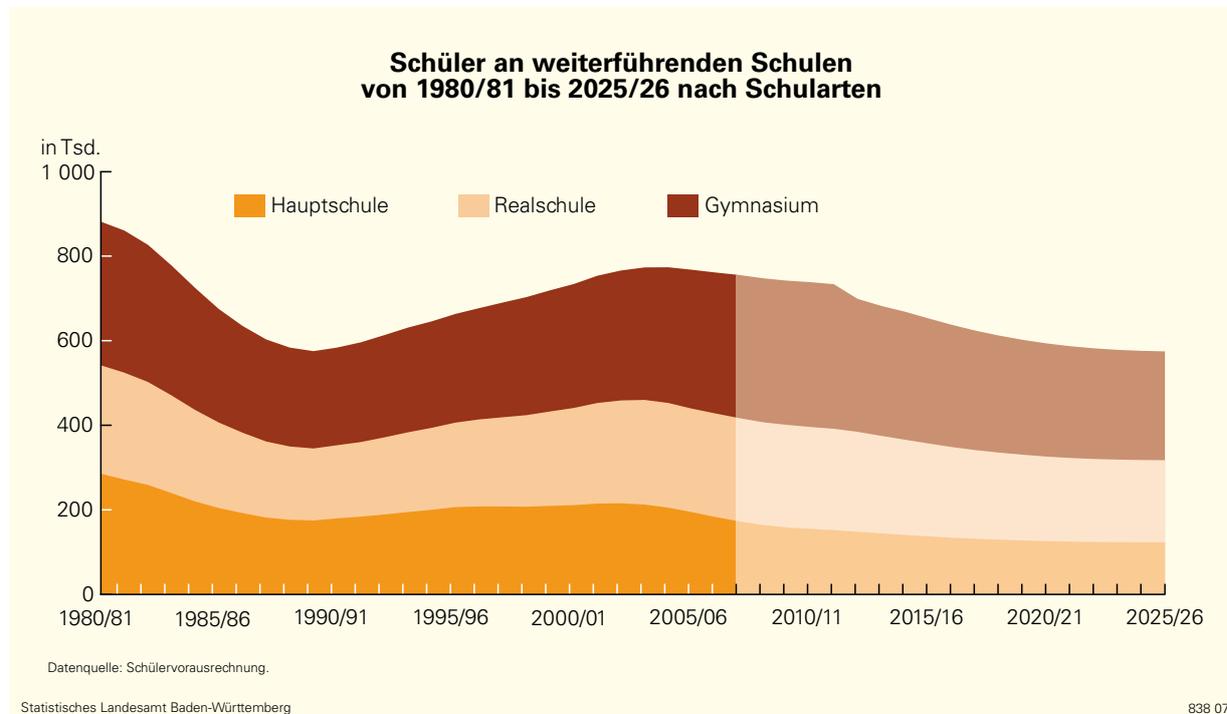
Im Schuljahr 2006/07 wurden an den Grundschulen des Landes 447 796 Kinder gezählt. Stärkere Geburtenjahrgänge und die kontinuierliche Verlegung des Einschulungstichtags seit 2005 haben für ein vorübergehend gleichbleibendes Niveau der Schülerzahlen mit Werten um 450 000 gesorgt.

Schwächer besetzte Geburtsjahrgänge führen aber bis zum Jahr 2018 wieder zu einem Rückgang der Schülerzahlen (Grafik D 6 (G1)). Für dieses Jahr werden rund 360 000 Grundschüler erwartet. Danach ist bis 2025 mit einer Stabilisierung der Schülerzahl auf diesem Niveau zu rechnen, da dann die Kinder einer zahlenmäßig wieder etwas stärker besetzten Elterngeneration in das schulpflichtige Alter kommen. Der Grundschulbesuch läge dann um etwa 20 % unter dem Wert von 2006/07.

Grafik D6 (G1)



Grafik D6 (G2)



Starker Rückgang der Schülerzahlen an Hauptschulen

Der vergleichsweise größte Rückgang der Schülerzahl wird an den Hauptschulen auftreten. Bereits zum Schuljahr 2006/07 war gegenüber 2002/03, als mit 215 532 Schülern der höchste Wert seit 1984/85 erreicht worden war, eine Abnahme von 15 % auf 182 988 Schüler zu verzeichnen. Neben der demografischen Entwicklung wirkte sich hierbei auch der Rückgang der Übergangsquoten von der Grundschule auf die Hauptschule aus.

Nach den jetzt vorliegenden Berechnungen werden die Hauptschulen gegenüber 2006/07 bis 2025 annähernd 60 000 Schüler verlieren, falls die Übergangsquoten auf dem Stand von 2007 verharren (Grafik D 6 (G2)). Mit dann nur noch rund 123 000 läge die Schülerzahl um nahezu ein Drittel unter dem Stand des Schuljahres 2006/07. Im Vergleich zum Schuljahr 2002/03 entspräche dies sogar einem Rückgang um etwa 43 %.

Ab 2021 weniger als 200 000 Realschüler zu erwarten

An den Realschulen blieb die Schülerzahl im Schuljahr 2006/07 stabil bei 244 836, nachdem im Jahr zuvor erstmals seit längerer Zeit wieder ein leichter Rückgang zu verzeichnen gewesen war. Im Schuljahr 2004/05 war mit 247 564 die höchste Schülerzahl in den letzten 25 Jahren erreicht worden.

In den kommenden fünf Jahren ist weiter mit einem leichten Rückgang auf 239 700 Schüler zu rechnen, bevor ab 2012 zahlenmäßig kleinere Altersjahrgänge zu deutlicher sinkenden Schülerzahlen führen (Grafik D 6 (G2)). Im Schuljahr 2021/22 könnte die Schülerzahl wieder unter die Marke von 200 000 absinken. Im weiteren Verlauf bis 2025 wird auf Grund der demografischen Entwicklung von nur noch wenig rückläufigen Zahlen ausgegangen, sodass dann gut 193 000 Schüler erwartet werden. Damit läge die Schülerzahl um rund 21 % unter dem Stand von 2006/07, entspräche aber immer noch dem in der Mitte der 90er-Jahre erreichten Niveau.

Neues Maximum an Gymnasien in Sicht

Bei den Gymnasien ist im Gegensatz zu den anderen allgemein bildenden Schularten noch mit einer steigenden Schülerzahl zu rechnen. Im Schuljahr 2006/07 wurden hier 333 322 Schüler unterrichtet. Der bisherige Höchststand war in Zeiten geburtenstarker Jahrgänge im Schuljahr 1980/81 mit 339 696 Schülern erreicht worden.

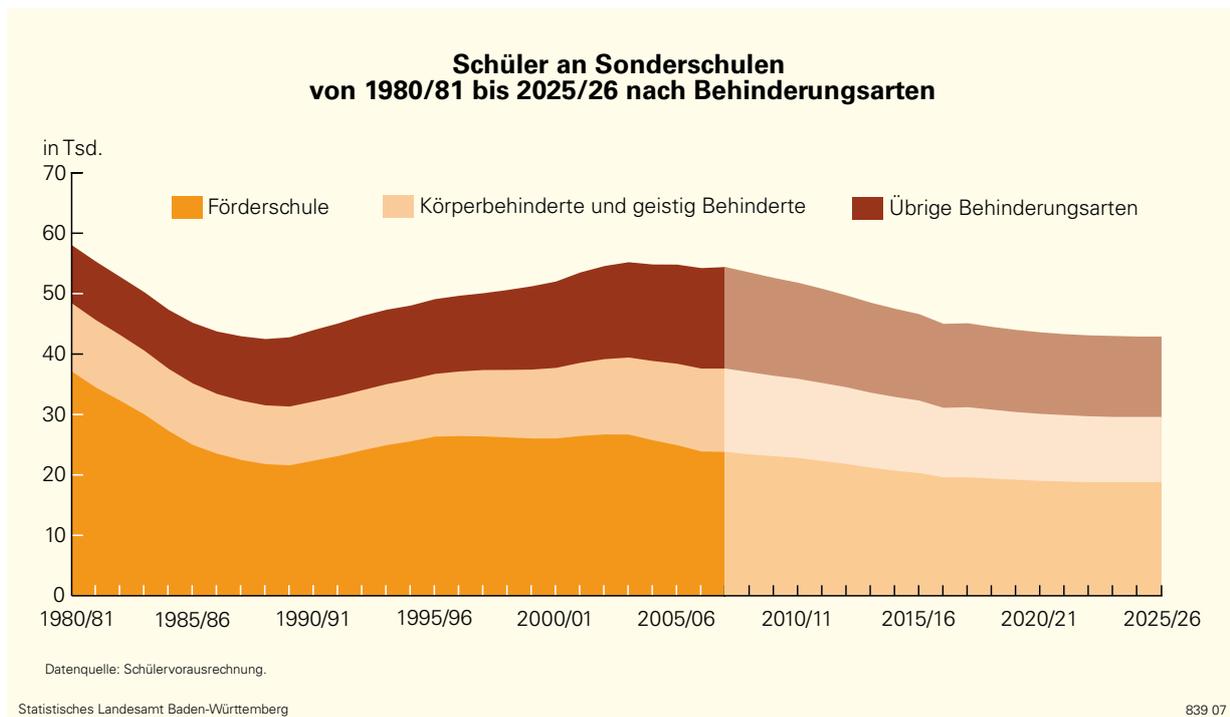
Der Höhepunkt der Entwicklung wird im Jahr 2009/10 mit 340 500 Schülern erwartet (Grafik D 6 (G2)). Dies würde sogar das bisherige Maximum aus dem Schuljahr 1980/81 übertreffen. Im darauf folgenden Schuljahr wird die Zahl der Gymnasiasten wohl in etwa diesen Stand halten können. Mit dem Ausscheiden des doppelten Abiturientenjahrgangs des letzten neunjährigen und des ersten flächendeckenden achtjährigen Gymnasialzugs im Sommer 2012 wird sich die Schülerzahl schlagartig um einen Jahrgang auf etwas mehr als 307 000 verringern. Im Anschluss daran machen sich auch an den Gymnasien des Landes die geburtenschwachen Jahr-

gänge bemerkbar: Die Schülerzahl dürfte bei Annahme gleichbleibender Übergangsquoten von der Grundschule bis 2025 auf gut 251 000 absinken – das wäre knapp ein Viertel weniger als 2006/07, aber immerhin noch mehr als im Schuljahr 1993/94.

Rückgang der Schülerzahl an Sonderschulen um gut 20 % möglich

An den Sonderschulen erhielten im Schuljahr 2006/07 insgesamt 54 227 Kinder und Jugendliche Unterricht mit spezieller sonderpädagogischer Förderung. Damit setzte sich der seit 2004 anhaltende Trend leicht rückläufiger Schülerzahlen fort. Im Schuljahr 2003/04 wurden 55 199 Schüler an Sonderschulen gezählt. Dies war seit 1981/82 die höchste Schülerzahl. Der Rückgang bis 2006/07 ist allerdings allein auf die Entwicklung der Förderschule zurückzuführen, die mit einem Schüleranteil von 44 % der Sonderschultyp mit der höchsten Schülerzahl ist (vgl. Kapitel D 3). Die anderen Sonderschultypen zu-

Grafik D6 (G3)



sammen weisen weiterhin noch leicht steigende Schülerzahlen auf. So stiegen die Schülerzahlen der Schulen für Körperbehinderte und für geistig Behinderte zusammen genommen seit dem Schuljahr 2000/01 um gut 17 % an, während die Zahl der Förderschüler in diesem Zeitraum um 8 % zurückging.

Entsprechend den demografischen Gegebenheiten ist in den nächsten Jahren mit einer Beschleunigung des rückläufigen Trends zu rechnen. Zwischen 2011/12 und 2016/17 ist mit einem Rückgang der Schülerzahl in der Größenordnung von über 1 000 Schüler pro Jahr zu rechnen (**Grafik D 6 (G3)**). Danach dürfte sich die Entwicklung wieder abschwächen; die Schülerzahl würde dann ab etwa 2021/22 bis zum Ende des Vorausschätzungszeitraums bei rund 43 000 liegen. Dies entspräche einem Rückgang von gut 20 % gegenüber dem Schuljahr 2006/07. An Förderschulen würden demnach knapp 19 000 Schüler unterrichtet werden, an Schulen für Körperbehinderte und für geistig Behinderte zusammen fast 11 000 und an den übrigen Sonderschularten insgesamt gut 13 000.

Stärkster Rückgang in ländlichen Kreisen zu erwarten

Für die Entwicklung bis zum Schuljahr 2015/16 wurde eine Regionalisierung der Landesergebnisse durchgeführt. Unter den getroffenen Annahmen wird die Zahl der Schüler an Grundschulen bis dahin in allen 44 Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs stetig zurückgehen – bei allerdings deutlichen regionalen Unterschieden. Der stärkste Rückgang mit einem Minus von gut 25 % wird für den Enzkreis erwartet. Insbesondere in ländlich geprägten Landkreisen wird der Rückgang am deutlichsten sein. Dagegen wird vor allem in den Stadtkreisen des Landes die Schülerzahl deutlich schwächer absinken als im Landesdurchschnitt von knapp 18 % (**Grafik D 6 (G4)**). Der Rückgang der Grundschülerzahl wird aller Voraussicht nach vor allem in denjenigen Kreisen dynamischer ablaufen, in denen die Bevölkerung heute noch relativ jung ist. In den Kreisen mit einer heute noch verhältnismäßig jungen Bevölkerung „wachsen“ nämlich

überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche aus dem Schulalter heraus. Damit stehen gerade diejenigen Kreise, die derzeit noch eine relativ günstige Altersstruktur aufweisen, vor verhältnismäßig großen Herausforderungen im Hinblick auf die Anpassung ihrer Infrastruktur. Dies gilt insbesondere für den Landkreis Sigmaringen und den Alb-Donau-Kreis.

Diese regional unterschiedliche Altersstruktur spiegelt sich auch bei der Entwicklung der Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen wider (**Grafik D 6 (G5)**). Landesweit dürften die Schülerzahlen hier bis 2015/16 um rund 15 % zurückgehen. Die Zahl der Schüler an Haupt- und Realschulen sowie an Gymnasien insgesamt wird im Stadtkreis Baden-Baden bis zum Schuljahr 2015/16 voraussichtlich nur um rund 4 % zurückgehen, im Zollernalbkreis sind es dagegen über 22 %.

Landesweit wird die Zahl der Schüler an Hauptschulen bis zum Schuljahr 2015/16 voraussichtlich um ein Viertel niedriger liegen als heute. In den Landkreisen Rottweil und Sigmaringen und im Zollernalbkreis wird das Minus demnach sogar 31 % betragen, im Stadtkreis Baden-Baden dagegen „nur“ gut 14 % (**Tabelle D 6 (T2) im Anhang**).

Die Zahl der Schüler an Realschulen wird zwar auch kontinuierlich zurückgehen, der Rückgang wird aber mit voraussichtlich – 10 % deutlich schwächer als an den Hauptschulen ausfallen. In Baden-Baden und Freiburg dürfte die Schülerzahl 2015/16 sogar noch leicht über dem Niveau von 2006/07 liegen. Die stärkste Abnahme wurde mit etwas über – 17 % wiederum für die Landkreise Rottweil und Sigmaringen und den Zollernalbkreis ermittelt (**Tabelle D 6 (T2) im Anhang**).

Bei den Gymnasien macht sich das Auslaufen des neunjährigen Gymnasialzugs bemerkbar. Dadurch wird dort ab 2012/13 ein kompletter Jahrgang weniger unterrichtet als heute. Deshalb ist für 2015/16 mit einem durchschnittlichen Rückgang der Schülerzahl um gut 13 % zu rechnen. Die Spannweite reicht hier von – 3 % in Baden-Baden bis über – 20 % im Zollernalbkreis (**Tabelle D 6 (T2) im Anhang**).

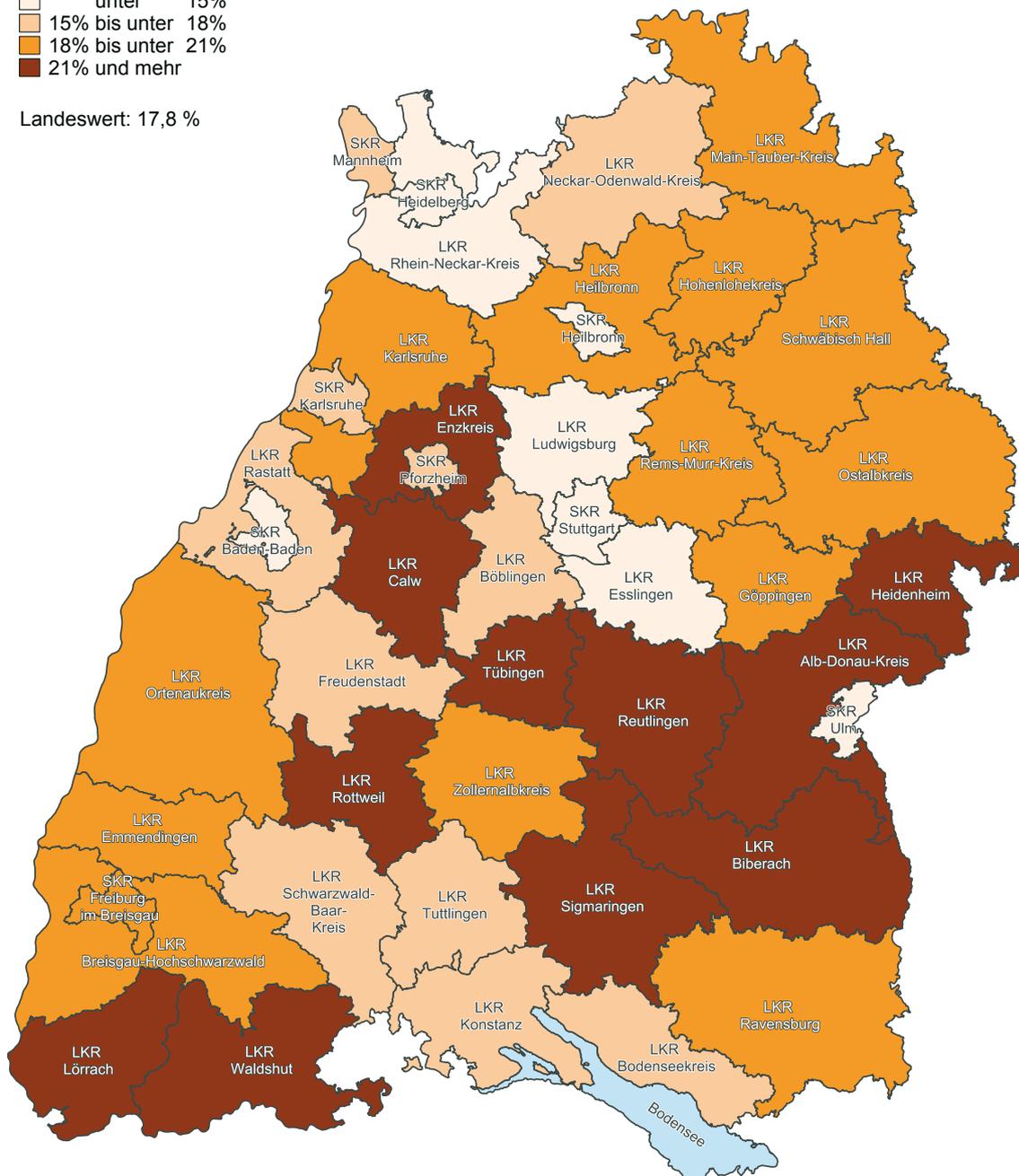
Grafik D 6 (G4)

Voraussichtlicher Rückgang der Schülerzahlen an Grundschulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2006/07 bis 2015/16

Abnahme um ...

- unter 15%
- 15% bis unter 18%
- 18% bis unter 21%
- 21% und mehr

Landeswert: 17,8 %



Datenquelle: Schülervorausrechnung.

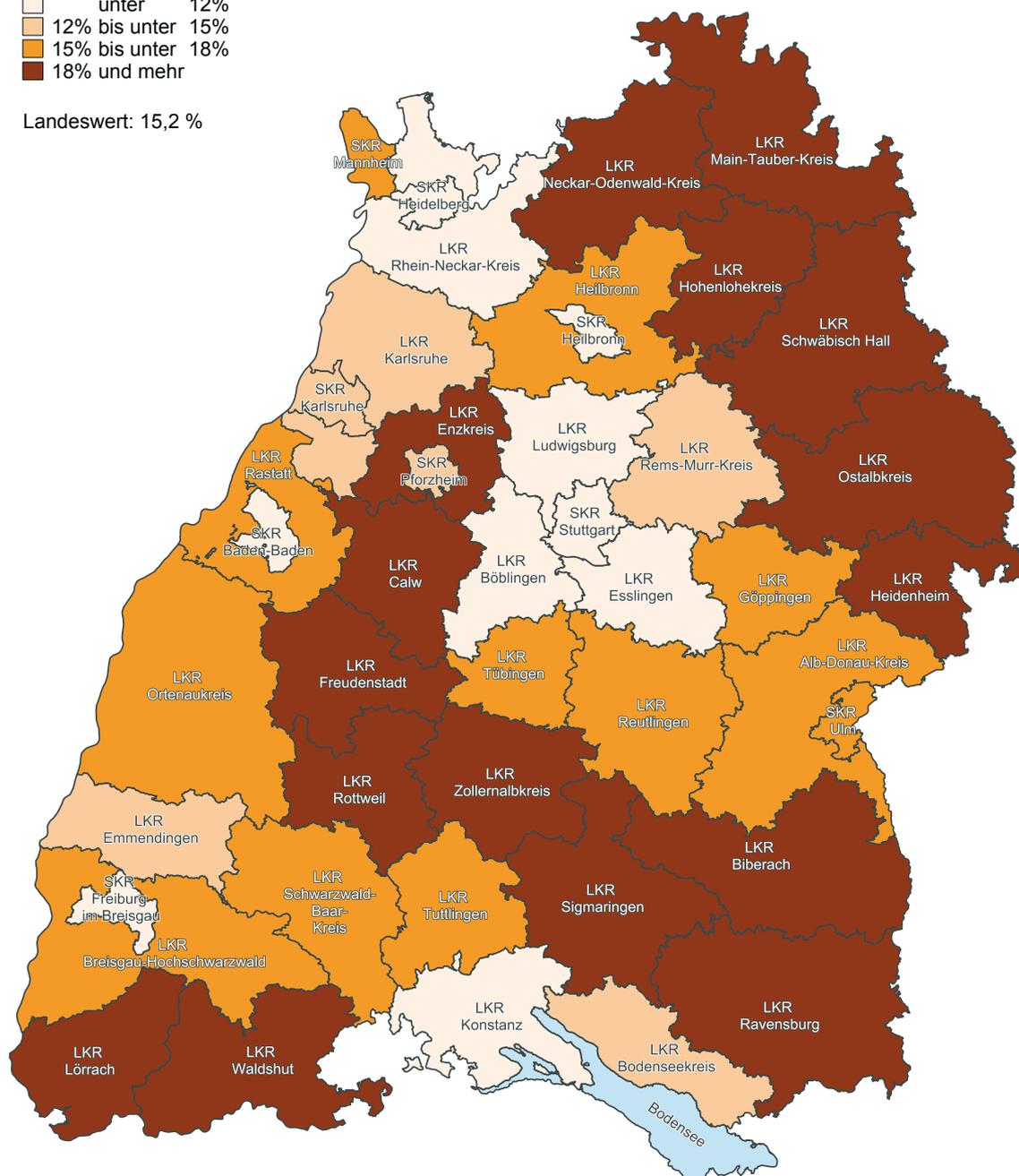
Grafik D 6 (G5)

Voraussichtlicher Rückgang der Schülerzahlen an weiterführenden Schulen in den Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs 2006/07 bis 2015/16

Abnahme um ...

- unter 12%
- 12% bis unter 15%
- 15% bis unter 18%
- 18% und mehr

Landeswert: 15,2 %



Datenquelle: Schülervorausrechnung.

Methodische Erläuterung

Vorausrechnung von Schüler- und Schulabgängerzahlen

Die in diesem Bericht zitierte Vorausrechnung der Schülerzahlen basiert auf Version 1 der landes-spezifischen Bevölkerungsvorausrechnung vom Oktober 2006.¹ Vom Ansatz her ist sie weitgehend ein Simulationsverfahren, das den Durchlauf durch das Bildungssystem nachbildet. Ausgehend von der Bevölkerung im einschulungsrelevanten Alter wird unter Verwendung altersspezifischer Einschulungsquoten die Zahl der Erstklässler berechnet. Die Besetzungszahlen der folgenden Klassenstufen werden anhand von Versetzungs- und Wiederholerquoten sowie Quoten für externe Zugänge ermittelt. Die Berechnung der Zahl der Übergänge von der Grundschule auf weiterführende Schulen erfolgt unter Heranziehung von Übergangsquoten. Die Zahl der Schulabgänger wird auf Grundlage von abschlusspezifischen Absolventenquoten (Schulabgängerzahl bezogen auf die Schülerzahl der entsprechenden Klassenstufe) bestimmt.

Für die Berechnung der Schülerzahlen an Sonderschulen wird dagegen ein Altersquotientenverfahren verwendet, da hier keine sinnvollen Übergangsquoten berechnet werden können. Das heißt, die Berechnung stützt sich auf die Ermittlung des Anteils der Schüler – hier differenziert nach Schulstufen und Behinderungsart – an der Bevölkerung im jeweiligen Alter.

Für die meisten Schularten an beruflichen Schulen bilden die Schulabgängerzahlen in Kombination mit abschlusspezifischen Übergangsquoten die Grundlage zur Ermittlung der Eintritte. Die Schülerzahlen einiger Schularten, vor allem des Zweiten Bildungswegs und im Bereich der beruflichen Weiterbildung, werden über ein Altersquotientenverfahren berechnet.

Grundsätzlich beruht diese Vorausrechnung auf einem Status-quo-Ansatz, das heißt, es werden jeweils die aktuellen Quoten des Schuljahres 2006/07 oder der entsprechende Durchschnitt der Quoten mehrerer Schuljahre als Basis für die Berechnung verwendet. Eine Fortschreibung von Trends in die Zukunft hinein wird nicht vorgenommen. Eine Vorausrechnung dieser Art kann immer nur die unter den gegenwärtig herrschenden Verhältnissen wahrscheinliche Entwicklung aufzeigen. Im Zeitablauf können schulorganisatorische oder Verhaltensänderungen sowie externe Einflüsse dazu führen, dass die getroffenen Annahmen nicht mit der tatsächlichen Entwicklung übereinstimmen.

1 Siehe methodische Erläuterung „Bevölkerungsvorausrechnung“ in Kapitel B 1.